

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich, 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eintragungen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 M. für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die schlagzeilenlose Annoncenzeile oder deren Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungs-Artikeln 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckt Wort 20 Pf. (gültig für die gewöhnliche Schrift), jedes weitere Wort 10 Pf. Schlagsätze und Schlagsatzzeilen gelten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 3. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Streikpostenverbot in Sachsen!

Als der kürzlich geschlossene Landtag zusammentrat, brachten die Konservativen einen Antrag ein, nach dem die sächsische Regierung im Bundesrat dafür einzutreten soll, daß baldmöglichst durch Ausbau der Reichsgesetzgebung ein ausreichender Schutz der Arbeitswilligen und der Freiheit des Gewerbes geschaffen werde. Der Sinn des Antrags ist das Verlangen nach einem Ausnahmegesetz gegen Streikende! Die Nationalliberalen waren in Rücksicht auf die solchen Verlangen entgegengegesetzte Haltung sozialdemokratischer Berufsorganisationen etwas vorsichtiger. Sie wollten auf einem anderen Wege aber im Grunde doch dasselbe. Sie fragten in einer Interpellation die Regierung, ob diese eine besondere Instruktion der Behörden für ihr Verhalten bei Streiks und zum Schutze der Arbeitswilligen für nötig erachte. Die sozialdemokratische Fraktion aber forderte gegen diese Bestrebungen eine größere Sicherung für Ausübung des geschlechtlich gewährleisteten Koalitionsrechts. Ende Januar wurde die Angelegenheit in der Zweiten Kammer vorberaten. Es stellte sich dabei — wie nicht anders zu erwarten — heraus, daß alle bürgerlichen Parteien in der Hauptsache einig in dem Bestreben waren, die Ausübung des Koalitionsrechts noch mehr einzusengen, besonders streikende Arbeiter so viel wie möglich daran zu hindern. Besonders robust in diesem Bestreben gebärdeten sich auch die Fortschrittler.

Der Minister des Innern kam in einer schriftlich fixierten, also wohl vorbereiteten Rede diesen Scharfmachervünschen weit entgegen. Zwar lehnte die Regierung die u. a. geforderte Landesstreikpolizei ab, und auch ein direktes Verbot des Streikpostenstehens wurde zurückgewiesen, weil das ungesetzlich sein würde, wie der Minister ausdrücklich erklärte. Er versprach aber, daß die sächsische Regierung bei der Reform des Strafgesetzes dafür eintreten würde, daß man die Wünsche des sozialistischen Unternehmertums berücksichtigen solle. Auch die von nationalliberaler Seite gewünschte „Instruktion“ an die Polizeibehörde wurde halb und halb in Aussicht gestellt. — Die Kämpfe zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen zogen sich durch zwei Plenarsitzungen hin. Dann wurde die ganze Materie an die Gesetzgebungsdeputation verwiesen. Dort ist sie stecken geblieben, die Kammern haben also keinen Beschluß fassen können.

Unsere fünf Genossen, die in der Deputation vertreten sind, sorgten für eine außerordentlich gründliche Beratung. Sie wehrten sich dagegen, daß in der Deputation ein durchaus arbeiterfeindlicher Antrag an das Plenum gelange. Sie verhinderten schließlich, daß es zu einem Beschluß des Landtags käme. Die letzten Sitzungen der Deputation, die sich mit der Sache befaßten, verliefen außerordentlich stürmisch. Der konservative Vorsitzende, der sonst immer den Schein der Sachlichkeit und Unparteilichkeit wahrte, fiel ganz aus der Rolle. In der letzten Sitzung legte die Regierung der Deputation eine Verordnung vor, die sie zu erlassen gedachte, um doch etwas zustande zu bringen. Die bürgerliche Mehrheit erklärte sich damit einverstanden, die Sozialdemokraten protestierten heftig und verließen schließlich die Sitzung. Die in Aussicht gestellte Verordnung wird nun gegenwärtig lebhaft in der Presse aller politischen Parteien besprochen. Und mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die Absichten der Regierung — entgegen den Ausführungen des Ministers in der Kammer — auf ein Verbot des Streikpostenstehens hinauswolle. Gegen diese Behauptung wurde, wie wir bereits erwähnten, die Dementierspritze in Bewegung gesetzt und in einer längeren halbamtlichen Beschäftigung jene Absicht der Regierung bestritten. Gegenwärtig hält die letztere noch eine Umfrage bei den Behörden der größeren Städte und Industriebezirke, wie sie darüber denken. Wir sind in der Lage, diese Verordnung, die zur amtlichen Bekanntmachung bereit liegt, schon jetzt zu veröffentlichen. Sie lautet wörtlich:

Verordnung,

das Verhalten der Polizeibehörden bei gewerblichen Streitigkeiten (Streiks, Aussperrungen) betreffend, vom . . .

Da Meinungsverschiedenheiten und Zweifel über die Befugnisse und Obliegenheiten der Polizeibehörden bei gewerblichen Streitigkeiten, insbesondere bei Streiks und Aussperrungen, entstanden sind, sieht sich das Ministerium des Innern veranlaßt, hierüber folgendes zu bestimmen:

§ 1. Die Polizeibehörden haben sich in solche Streitigkeiten selbst nicht einzumischen, sondern nur mit strengster Unparteilichkeit darauf zu sehen, daß die öffentliche Ordnung nicht gestört wird, insbesondere niemand an Leben und Gesundheit beeinträchtigt wird, Eigentumsbeschädigungen und andere strafbare Handlungen verhindert werden und die Freiheit und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs, insbesondere nach und von der Arbeitsstelle in jeder Hinsicht gesichert wird.

§ 2. Gegen Ausschreitungen, welche die öffentliche Ordnung stören oder gefährden, mögen sie im übrigen von Streikenden

oder Aussperrten oder auch von Unternehmern oder Arbeitswilligen ausgehen, ist mit Ruhe und Zurückhaltung vorzugehen, aber auch mit derjenigen Energie und Nachdrücklichkeit, die durch die Umstände geboten sind, um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß die Staatsgewalt den Willen und die Macht hat, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Gesetzesverletzungen zu verhindern.

§ 3. Die Ausstellungen von sogenannten Streikposten auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und Wasserstraßen sind dann nicht zu beanstanden, wenn sie den freien Verkehr nicht beeinträchtigen, insbesondere sich darauf beschränken, die Arbeitsverhältnisse zu beobachten, ohne hierbei Personen zu belästigen.

§ 4. Sofern Streikposten oder andere Personen in Verletzung eines Interesses am Ausgange einer gewerblichen Streitigkeit die öffentliche Ordnung oder Sicherheit, die Bequemlichkeit oder Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen stören, insbesondere Arbeitswillige oder andere Personen belästigen oder in bedrohlicher Weise aufreten, sind sie von dieser Stelle des Verkehrsraumes einschließlich Einfahrten und Hauseingängen fortzuweisen und nötigenfalls zu entfernen.

Als Belästigung ist auch anzusehen, wenn solche Personen wider ihren ausgesprochen oder erkennbaren Willen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen angesprochen oder augenfällig begleitet werden.

§ 5. Müssen Streikposten wegen derartiger Belästigungen fortgewiesen werden, oder ist durch Streikposten eine unmittelbare Störung der öffentlichen Ordnung zu erwarten, so kann die Polizeibehörde nach Lage des Falles die Ausstellung von Streikposten vorübergehend oder für die Dauer der betreffenden Streitigkeit ganz verbieten.

§ 6. In allen Fällen, in denen wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung und damit zusammenhängender Zuwiderhandlung mit Strafe einzuschreiten ist, hat die Polizeibehörde das nötige Beweismaterial auch dann, wenn es sich nicht um Haupttatsachen handelt, so rasch und gründlich als möglich zu sammeln und an die zuständige Behörde gelangen zu lassen.

Wir haben die Stellen dieser Verordnung, auf die es ankommt, besonders hervorgehoben. Es kann kein Zweifel

darüber bestehen, daß durch diese „Instruktion“ Streikende und Streikposten einfach der Willkür der unteren Polizeiorgane ausgeliefert würden. So harmlos dieses Ding scheinbar aussieht und so sehr die „Parität“ zwischen Unternehmern und Arbeitern gewahrt scheint, so arbeiterfeindlich ist sie. Der ganze Sinn der Regierungsaktion ist: Die Arbeiter haben zwar theoretisch das Recht des Streikpostenstehens, aber praktisch ausüben dürfen sie es nicht. So müßte und würde es kommen bei der Art, wie auch in Sachsen die Polizei auf streikende Arbeiter dreist ist. Die §§ 4 und 5 bringen sogar ein direktes, wenn auch bedingtes und verknüpfertes Streikpostenverbot, das als glatt ungesetzlich zu bezeichnen ist und den Putschverboten Streikerlass von 1887 noch übertrifft. Welchem schneidigen Polizisten oder Streikbrecher wäre es unter dem Einfluß der Unternehmer noch nicht gelungen, eine „Belästigung“ oder „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu provozieren? Dann aber ist die Voraussetzung zum Streikpostenverbot gegeben. Solche Situation herbeizuführen wird nicht schwerfallen, und selbst der ruhigste Streikposten wird es nicht hindern können; es sei denn, er sieht stumm und steif wie ein Bauerblümchen in einer Ede und — beobachtet. Das „Beobachten“ ist am Ende das einzige, was nach dieser Verordnung ein Streikposten noch tun darf.

Man könnte glauben, die Regierung wolle die Arbeiter foppen, wenn es sich nicht um eine so bitterere Sache handelte. Wenn diese Verordnung herauskommt, woran nicht zu zweifeln ist, dann werden die sächsischen Arbeiter noch schärfer als bisher den Kampf um das Koalitionsrecht zu führen haben.

Bemerkenswert ist, daß selbst bürgerlichen Kreisen Bedenken gegen dieses Vorhaben der Regierung aufsteigen. So schreibt das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ in einem längeren Artikel, daß der Polizei durch die Verordnung zu viel Gewalt eingeräumt werde und daß der § 5 wahrscheinlich vom Reichsgericht im Streitfalle als ungesetzlich erklärt werden würde. — Die Nationalliberalen scheinen also das Rind verleugnen zu wollen, dem sie so geschäftig Geburtshilfe leisteten. Damit werden sie jedoch die Verantwortung nicht von sich abwälzen können.

Die Ministerkrisis in Frankreich.

Die politische Lage.

Paris, 1. Juni. (Eig. Bericht.)

Die radikale Regierung hat aus den Wahlen eine verstärkte Mehrheit der Linken heimgebracht, trotzdem aber demissioniert. Die Situation ist indes nicht so kompliziert, wie man zunächst vermuten könnte. Aber um sie verständlich zu machen, empfiehlt sich ein rascher Rückblick auf die Ereignisse der letzten Monate.

Wie man sich erinnert, hat sich das nach Barthou's Sturz gebildete Ministerium Doumergue nicht ohne mühevollen Balancierkunst aufrecht erhalten. Die Erstlingsfrucht der Einigung der radikalen Partei, appellierte es in einer nicht gerade rühmlichen Schüchternheit mehr an die Duldsamkeit der gemäßigten Gruppen, als an die Kampfesentschlossenheit der Linken. In der Militärfrage stellte es, mit Ignorierung des auf dem radikalen Kongress in Pau beschlossenen Programms, die bloße Durchführung des Dreijahresgesetzes in sein politisches Bekenntnis, und nicht einmal in der Steuerfrage hielt es, besonders nach dem Ausscheiden Caillaux', alle seine Positionen fest. Trotzdem wurde es von der gesamten Linken wiederholt herausgehauen. Auch die Sozialisten verteidigten, ungeachtet dieser Schwächlichkeit, die Regierung. Einerseits, um den Triumph der „Föderation der Linken“, der von allen Reaktionären unterstützten Sippschaft Briand-Vorhou-Millerand zu verhindern, die, zur Macht gelangt, die Wahlen im Geiste einer chauvinistischen Peze „gemacht“ hätte. Andererseits, weil die Möglichkeit ausgenutzt werden mußte, im Radikalismus und weiterhin in seiner Regierung durch den Daseinskampf demokratische Energie zu entzünden.

Diese Taktik hat sich bisher erfolgreich gezeigt. Vor allem war es die Stichwahlkampagne, die — nachdem der erste Wahlgang außer dem Fortschritt des Sozialismus keine klaren Ergebnisse gebracht hatte — eine überraschende Auffrischung des bürgerlichen Radikalismus offenbarte. Fast überall zeigte sich die gegenseitige Unterstützung der Radikalen und Sozialisten durch, und daß diese nicht die bloße Vereinnahmung der Wähler entflammte, erwies sich in der Tatsache, daß die Massen der republikanischen Wähler der Parole mit imponierender Geschlossenheit Folge leisteten.

Das unmittelbare Ergebnis war eine Kammer, wo die geeinigten Radikalen und die „sozialistischen Republikaner“ mit den geeinigten Sozialisten zusammen die Mehrheit hatten, also nicht der Unterstützung durch „Demokraten“ und „unabhängige“, zu Briand's Gefolgschaft zählende Radikale bedürfen. Zugleich wurde die kaum gegründete „Föderation der Linken“ auseinandergerissen,

da die Möglichkeit einer Mehrheitbildung mit einem im linken Zentrum liegenden Schwerpunkt verfiel.

Die ganze reaktionäre, gemäßigte und briandistische Presse geriet über das Resultat einer Kampagne, der man die letzten Strahlen und sehr viel Geld geopfert hatte, in eine unbefriedigte Wut. Nach dem ersten Wahlgang hatte sie schon eine Mehrheit für die dreijährige Dienstzeit und gegen die Einkommensteuer herausgerechnet. Als nach dem zweiten die Verstärkung der Linken nicht mehr zu leugnen war, bemühte sie sich, dem neuen Parlament vorzurechnen, daß die Mehrheit der Wähler sich dem Dreijahresgesetz und dem Steuerprivilegium der Besitzenden zugestimmt habe und daß es daher zu keiner, diesem „Volkswillen“ widersprechenden Reform berechtigt sei. Und zur Sicherheit, da diese Verurteilung auf die Unterwelt fragwürdig schien, appellierte sie — und nicht vergeblich — nun an den Olympier Poincaré, um Versuche, die Armee in demokratischem Sinne zu reorganisieren, durch ein, mehr oder minder „verfassungsmäßiges“ Eingreifen hintanzuhalten. Der Präsident der Republik war indes vorsichtig genug, die Zumutung, das persönliche Regime in irgend einer Form zu erneuern und die Souveränität der gesetzgebenden Versammlung anzutasten, ausdrücklich zurückzuweisen.

Es soll nun nicht behauptet werden, daß der Sieg der Linken einer Volksabstimmung über die dreijährige Dienstzeit gleichkomme. Was die Wahlen zweifellos kundgemacht haben, war der Friedenswille der Nation, ihre entschiedene Abneigung gegen die Kriegsbege. Was aber das Dreijahresgesetz anlangt, so hat es nicht die entscheidende Rolle gespielt, die seine Anhänger wie seine Gegner erwartet hatten. Sicher kann der Fortschritt der sozialistischen Partei zum Teil auf ihre energische Haltung in der Militärfrage zurückgeführt werden, aber die Erstarkung des parlamentarischen Bewußtseins überhaupt und das Versichern der antiparlamentarischen Strömung sowie die Enttäuschung über den von der kapitalistischen Korruption angefressenen bürgerlichen Regierungskandidaten aber hat nur ein Teil die Militärfrage in den Vordergrund gestellt. Ueberhaupt darf man wohl sagen, daß die Mehrheit der Abgeordneten nicht mit Rücksicht auf ihre Stellung zu der einen oder anderen Frage, sondern wegen ihres Gesamtprogramms gewählt worden ist. Vermutlich würde man den Aufschwung links unterschätzen, wenn man ihn nur nach der Stimmenverschiebung zugunsten der Radikale zur zweijährigen Dienstzeit bemessen wollte. Auch unter den Stimmen jener republikanischen Deputierten, die mit mehr oder weniger Entschiedenheit die Unentbehrlichkeit der dreijährigen Dienstzeit in der augenblicklichen Situation vertreten haben, sind sicher sehr viele von Wählern, die sehr froh wären, wenn das Parlament die drückende Last wieder von

ihnen abnehmen wollte und die sich der Meinung einer Mehrheit, daß die Nationalverteidigung auf eine vollständige Weise ebensogut zu organisieren sei, noch lieber fügen würden, als den patriotisch-militaristischen Phantasien des vorigen Sommers.

Die entflammte Kampflust und das Siegerbewußtsein der geeinigten Radikalen kommt nun den Bestrebungen, mit den im Programm von Pau stehenden Reformen Ernst zu machen, sicher zugute. Natürlich handelt es sich nicht darum, einfach und unmittelbar den Status quo in der Heeresorganisation wieder herzustellen. Das ist schon durch das neue Kaderegesez ausgeschlossen, das neue Formationen geschaffen hat, die die Mannschäfterverteilung zur Grundlage haben. Aber was sehr gut möglich wäre, ist die schnelle Ausarbeitung von organisatorischen Gesezen, namentlich über die Verwendung der Reserve und die militärische Jugend-erziehung, die den ersten Willen, zum System der allgemeinen Volkswaffenübung überzugehen, kundgeben würde. Auch unter den jüngeren Offizieren ist ein nicht mehr unbeträchtlicher Teil zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Umwandlung der Kadern-armee in die bewaffnete Nation ohne jede Gefährdung der militärischen Kraft Frankreichs sehr gut möglich, sowie daß sie der sozialen Natur eines demokratischen Gemeinwesens entsprechend ist und schließlich durch die wirtschaftlichen Lebensinteressen des Landes, wie durch das Stoden der Volkervermehrung sogar notwendig wird. Selbstverständlich aber widersteht sich einer solchen Reform der Kastengeist der reaktionären, im Herzen der Republik abgeseigten Generalstabskreise und mit ihm im Bunde die imperialistische, mit dem Chauvinismus machende Bourgeoisie, die auch nicht mit Lucret fürchtet, daß ein richtiges Volkshoer im Kampfe gegen den „immeren Feind“ nicht zu brauchen wäre. Der alte Combès hat vor einigen Tagen erklärt, daß eine Heeresreform ohne einen großen Rebraus im Generalstab nicht durchzuführen sei. Unleugbar liegt hier eine der großen Schwierigkeiten der Reform. Denn nur eine sehr energische Regierung, die sich entschlossen auf die radikale und sozialistische Linke und die hinter ihr stehenden Volksmassen stützen würde, konnte der sicheren Schilderhebung der reaktionären Elemente der Armee und der mit allen Mitteln nationalisistischer Heerei und Wangemoderie arbeitenden Demagogie der großen kapitalistischen Presse widerstehen.

Für die Aufgabe fehlte Doumergue die Energie und deshalb hat er demissioniert. Wird sie das neue Ministerium aufbringen? Die Sozialisten haben keine Ursache, dem radikalen Ministerium weitere Fristen zu gewähren. Aber auch die geeinigten Radikalen sind sich bewußt worden, daß ihre Schicksalsstunde geschlagen hat, daß die letzte Gelegenheit für die bürgerliche Demokratie da ist, ihre Fähigkeit zur Teilnahme an der Umbildung der Gesellschaft zu erweisen.

Die Radikalen haben beschlossen, sofort die für die Vertiefung der bewaffneten Nation erforderlichen Maßnahmen, sowie die Deckung der neuen Militäraufgaben durch Besenerung des erworbenen Reichtums in Angriff zu nehmen. Es wird einem neuen Ministerium nicht gut möglich sein, mit einer Erklärung vor die Kammer zu treten, die dieser Forderung nicht Rechnung trägt. Ein radikales Ministerium, das gegen die Sozialisten und die fortgeschrittenen Radikalen regiert, kann im neuen Parlament keinen Tag leben. Und die Zweideutigkeit ist fortan ebenso unmöglich. Ein Versuch könnte vielleicht eine Wiederkehr der briandistischen Reaktion für kurze Zeit ermöglichen, aber diese würde nur die Verfassungskrise beschleunigen, der die Republik nicht entgegen kann, wenn nicht die Demokratie selbst die Kraft zu einer tiefgreifenden organischen Reform findet.

Die Auffassung der Presse.

Paris, 2. Juni. Die Erörterungen der Presse über die Ereignisse des gestrigen Tages: Demission des Kabinetts

Doumergue, die Wahl des Vizepräsidenten der Kammer und die Rede des Präsidenten Poincaré rufen vielfach den Eindruck hervor, daß die innerpolitische Lage keineswegs so geklärt sei, wie es nach den Ergebnissen der Kammerwahlen den Anschein hatte. Die radikale „Pau-terne“ schreibt: Der Rücktritt des Ministers Doumergue rechtseitig alle Beforgnisse; denn gerade in dem Augenblick, wo man wünschte, daß das Staatreiber in einer festen Hand bleibe, geraten wir in jenes Spiel der Ränke und Konflikte, von welchen jede Kabinettsbildung begleitet ist. Der „Radical“, das Blatt der geeinigten Radikalen sagt: Wenn auch Herr Doumergue geht, so bleiben doch die durch die Wahlen gegebenen Fingerzeige. Die Kammer besitzt eine homogene und geschlossene republikanische Mehrheit, deren Richtschnur das Programm von Pau bildet. Wer daran zweifeln könnte, braucht sich nur die von den geeinigten Sozialisten, der bereits 180 Mitglieder starken, geeinigten radikalen Gruppe und den republikanischen Sozialisten gefassten Beschlüsse vor Augen zu halten.

Die „Humanité“ erklärt: Der gestrige Tag war ziemlich verworren. Er begann mit einer unzweideutigen und festen Erklärung der drei Gruppen der Linken und der äußersten Linken, und in verworrenen Weise mit der Zerstückelung der republikanischen Stimmen bei der Wahl der Vizepräsidenten der Kammer, bei der schließlich die Rechte den Ausschlag gab.

Die Briand naheliegenderen Mütter tragen unverhohlene Befriedigung zur Schau. Sie erblicken in der Wahl Elementis und Messimy als Vizepräsidenten und in der Niederlage Augagneurs einen Beweis dafür, daß die Gegner des republikanischen Fortschritts anstrebenden Verbandes der Linken durchaus nicht die Mehrheit bilden. Die „Acton“ weist insbesondere darauf hin, daß Elementis als Mitglied des Kabinetts Barthou die dreijährige Dienstzeit vorgeschlagen habe, und daß Messimy, wenn er auch den dreijährigen Militärdienst beantragt habe, schließlich doch für das Dreijähriges gestimmt habe. Elementis schreibt im „Homme libre“: Man unternimmt gegenwärtig große Anstrengungen, um das Dreijähriges abzuändern. Man könnte keinen größeren Fehler begehen, als Deutschland wahrscheinlich für den Herbst eine neue militärische Kraftanstrengung unternimmt. Die Hauptaufgabe für das kommende, zweifellos sozialistisch-radikale Kabinetts besteht darin, daß es sich in dieser Hinsicht von der sozialistisch-revolutionären Partei ins Schlepptau nehmen lassen könnte. Ich würde zu irgendeiner Verringerung unserer Militärmacht meine Zustimmung nicht geben.

Die Kenner Rede des Präsidenten wird von den Anhängern der dreijährigen Dienstzeit mit außerordentlicher Befriedigung erörtert. Tagesschreiber Jaurès in der „Humanité“: Wie kann Präsident Poincaré nach dieser Rede noch den Willen der Linken berücksichtigen? In welcher Lage wird sich der neue Ministerpräsident befinden, wenn er den Ideen der republikanischen Parteien Rechnung trägt? Wird Poincaré die Linke des Einsees anziehen wollen? Diese brutale Erklärung des Präsidenten Poincaré ist in diesem Augenblick offenkundig verfassungswidrig. Die Drohungen der Rücktrittler waren nicht vergeblich. Sie wissen, wie man die Präsidenten zur Unterwerfung zwingt und Poincaré hat die forresten republikanischen Worte in Lyon nur deshalb gesagt, um seine Unterwerfung decken zu können.

Nach den Delegationen.

Aus Wien wird uns vom 1. Juni geschrieben:

Einen Monat waren die Delegationen in Budapest versammelt und geredet ist worden, daß der Draht es kaum bewältigen konnte; der Rest aber war: Bewilligen! Man genießt die Lächerlichkeit dieses drolligen „Parlamentis“ nun schon bald ein halbes Jahrhundert, aber immer überkommt einem das Staunen, wie dieser gehäufte Unfug nur möglich ist. Diese Delegationen sind belauscht worden von beiden Parlamenten des österreichischen Reichstags und des ungarischen Reichstags, denen die Bewilligung des gemein-

jamen Voranschlags (der Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten: Heeres, Meer und Marine) zustiebt; sie lagen in jedem Jahre einmal und zwar abwechselnd in Wien und in Budapest. Ihre Zusammenkunft ist die denkbar seltsamste: jede Delegation besteht nämlich aus vierzig Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und zwanzig des Herrenhauses, wozu noch für die österreichische die Sonderbarkeit kommt, daß die vierzig Delegierten des Abgeordnetenhauses nicht vom Haus und aus dessen Mitte gewählt werden; vielmehr ist die Zahl aus die sieben Kronländer aufgeteilt, und die Abgeordneten aus jedem Land wählen ihren oder ihre Delegierten selbst. Nun war die Entwicklung der Logik gerade entgegengesetzt: man hätte erwarten können, daß der innere Widerspruch die Delegation zerreiben und schließlich sprengen werde — man denke nur an die Zusammenfuppelung von Abgeordneten des allgemeinen Stimmrechts und ernannten und geborenen Herrenhäusern! — aber es ist gerade umgekehrt gekommen: durch ihre wunderbare Zusammenkunft ist die Delegation ein sehr handliches und verlässliches Werkzeug des Militarismus und Imperialismus geworden! Während sonst dessen Bedürfnisse, als Staatsnotwendigkeiten schon im parlamentarischen Staatsgebrauch geachtet, im Abgeordnetenhause den größten Schwierigkeiten begegnet, ist in der Delegation jeder Forderung des Militarismus die Zustimmung vorweg sicher. Sie werden immer in einer wahren Hurra-Stimmung bewilligt. Es bildet sich eben durch diese erstaunliche Zusammenkunft eine Stimmung heraus, in der der bürgerliche Widerstand — stark ist er ja an sich nicht — einfach davonschwimmt und das Bewilligen und Zustimmung so als eine Art Pflicht guter Manieren erscheint; man würde sozuzagen gegen die gute Lebensart verstoßen, wenn man den Anforderungen des Militarismus widersprechen wollte. Die Delegationen sind deshalb gleichsam ein Wandel geworden, in dem der schwarze Patriotismus die letzte Heimstatt gefunden hat.

Wohl würde ein kraftvolles Parlament die Defizitalisierung, die in der Tatlage liegt, daß man ihm die sämtlichen Rechte über den Militarismus entzogen hat, nicht ertragen; aber das arme Parlament ist derzeit enträftet, daß es an moralische Eroberungen nicht denken kann. An sich ist es ja sicher eine große Enttäuschung, daß über ein Budget von dreiviertel Milliarden sechzig Herren disponieren und das Abgeordnetenhause das reine Nachsehen hat; es kann sich dann höchstens den Kopf zerbrechen, wie das Geld herbeigeschafft werden soll. Wie wenig sich aber die Delegierten darüber Sorgen machen, zeigt die Bewilligung der neuen Schiffe: es sind wieder vier Dreadnoughts, und was so noch dazu gehört, bewilligt worden und zwar beträgt der angeforderte Kredit nicht weniger als 425 Millionen Kronen. In der ungarischen Delegation hat nun die Verhandlung des gesamten Marineetat's eine volle Viertelstunde gedauert, und auch in der österreichischen konnte der Marinekommandant stolz sagen: „Wie ist es einem Marinekommandanten leichter gemacht worden, mit so großen Forderungen durchzubringen, als es, wie es scheint, mir in dieser Delegation durch das Entgegenkommen fast aller Redner, die das Wort ergriffen haben, möglich gemacht wurde!“ Es war auch wirklich so, und wenn nicht die Sozialdemokraten dagewesen wären, so hätte man, statt geredet, gleich die Volkshymne gesungen. Und dabei, das ist das merkwürdige, geht diese schrankenlose Lust am Bewilligen keineswegs aus einem patriotischen Hochgefühl hervor. Auch sie ist unecht und nur als Verbeugung nach oben zu werten.

Den breitesten Raum nimmt in der Delegation die Rede über die auswärtige Politik ein; dieser Kammer wurde diesmal freilich durch den über die innere Schamastil überläßt. Aus den Betrachtungen über die internationale Lage ging erstens eine allgemeine, wenngleich keineswegs gleichgerichtete Unzufriedenheit mit der Verhältnissen der Politik hervor; insbesondere keine glatte Schöpfung, das selbständige Albanien, an der sich die Schwarzgelben so lange erbaut hatten, findet jetzt nur Hohn und Spott. Zum zweiten aber zeigte sich ein starkes Furchtgefühl, das die von so viel Seiten bedrohte Lage des Reiches erweckt. Und über die Patrioten breitet sich der Schatten der Krankheit des Kaisers und alle denken mit Pein und Unruhe an das, was dann kommen kann.

© heiliger Geist, kehre bei uns ein...

So langen sie alle andächtig, im Vierfuß oder Luetschtor, die Strenggläubigen wie die modernistisch verfeuchten Kirchenchristen liberaler Couleur. In den Kreis synoden der Stadt Berlin nämlich, die in der Woche vor dem Feste der Ausgießung des heiligen Geistes stattfanden. Da mir die positive wie liberalisierende kirchliche Glaubensstärke völlig abhanden gekommen ist, kann ich nicht beurteilen, ob nach dem andächtig und einträchtig gesungenen Eingangsgesange der heilige Geist tatsächlich in den Herren Synodalen Wohnung genommen hat, was aber nachher in wilder Rede schallt dem Gebege ihrer Zähne entfloß, will mir wenig heilig erscheinen. Jedenfalls waren die Herren nicht so „einmütig beieinander“, wie das Evangelium des Pfingstsonntages von der ersten kirchlichen Gemeinde erzählt, und auch von dem Frieden, von dem die Pfingstheiligkeit spricht, war blutwenig bei ihnen zu spüren. Und das, was sie in Zungen redeten, das sang zwar feurig, aber es war das Feuer des Jornes und der Unbilligkeit. Es sind wahrlich keine feinen und lieblichen Blüthen, diese Positiven und Liberalen, und sie wohnen gar nicht einträchtiglich im Hause der evangelischen Landeskirche beieinander.

Was haben sie sich nicht alles vorgeworfen: Fälschung und Verpeisung, Mangel an Anstands- und sittlichem Gefühl. Vom Kampf bis aufs Messer war die Rede und vom „Durchziehen der positiven Weisheit durch die Zähne“. Von parteilich aufgestellten Wählerlisten und von Kirchenwahlen, zu denen die Wähler aus Besitzlichen herangeschleppt werden.

Und trotz alledem glaubt jeder der feindlichen Brüder das unfehlbare Mittel zu besitzen, den Kampf gegen den Unglauben zu führen und einen Damm gegen die Kirchenaustrittsbewegung zu errichten. Die einen mit einer kritischen Anerkennung der sogenannten biblischen Offenbarungen und einer wortwörtlichen Hinannahme des Apokalypsen (des lutherischen Glaubensbekenntnisses), die anderen mit dem, ach so ausichtslosen Versuch, das alte Kleid des Bibelglaubens mit neuen, der Natur- und Geisteswissenschaft entnommenen Lappen auszufüllen. Aber weder die mittelalterliche Orthodoxie noch die modernen Halbheiten der liberalisierenden Theologen werden das auf dem wankenden Fundament überwunderer Wirkschafts- und Gesellschaftslehren errichtete Gebäude der Landeskirche auf die Dauer stützen können. Die Verschmelzung der Ergebnisse der Naturerkenntnis mit denen der Gesellschaftswissenschaft, wie sie im wissenschaftlichen Sozialismus ihren geistigen Ausdruck und in dem un wirtschaftliche, politische und geistige Freiheit ringenden Proletariat tatbereite Fänger gefunden hat, wird aller Offenbarungseligion, allen vergilbten Glaubenssagenungen, vor allem aber der in die Zwangsmauern des Klassenstaates eingebauten Landeskirche in langlamer, aber sicher wirkender Auflösungsarbeit ein Ende machen.

Doch zurück zu unseren Berliner Synodalen. So wenig vom Beben und Walten des Pfingstgeistes in ihrer mit Choral und Gebet

eingeleiteten Tagung zu spüren war, in einer Frage gingen die Positiven und die Liberalen kampfhähne brüderlich Hand in Hand. Das hochwohlwollende Konsistorium hatte kraft seiner Amtbefugnis den Synodalen als offizielles Thema vorgeschrieben: „Kirche und Vaterland.“ Bei der Behandlung dieses, der berrussischen Kirchenbehörde offenbar sehr am Herzen liegenden Tagesordnungspunktes wetteiferten Positiven und Liberalen an „vaterländischer“ Gesinnung. Fast in allen Synodalen wurde einmütig beschlossen, die entsprechenden Referate in Druck erscheinen zu lassen. Liberale brachten kirchlich-vaterländische Resolutionen ein, denen die Positiven einhellig zustimmten, und umgekehrt. Da wird z. B. von der Pflicht der Kirche geredet, „in allen vaterländischen Fragen mit heiligem Ernst, höchster Wahrhaftigkeit und peinlichster Gerechtigkeit gegen jedermann den religiös-sittlichen Gedanken des Christentums Raum zu schaffen“. Klingt das nicht pompös? Wird also jetzt die Kirche gegen die Entrechtung der Armen, wie sie im preussischen Dreiklassenwahlrecht ihren aufreizendsten Ausdruck findet, Front machen? Denn die Frage der Volksrechte ist doch sicher eine vaterländische Frage von elementarster Bedeutung, bei der „die peinlichste Gerechtigkeit gegen jedermann“ sicherlich angebracht ist.

Du lieber Himmel! Wer in diesen und ähnlichen „vaterländischen“ Fragen auf die Mitwirkung der Kirche warten will, der kann so alt werden wie Methusalem. Denn das, was die Herren, die das Thema „Kirche und Vaterland“ ontlich kommandiert haben, unter Vaterland verstehen, das ist der Staat, der ihnen heute ihre Macht oder ihren Besitz garantiert. Das Vaterland der Herren Trost zu Solz, von Koebel, der Junker vom Schloze eines Puttkamer, der dieser Tage in der berrussischen Rumienkammer Vettermord über der Zeiten Verderbnis schrie, soll die Kirche schützen helfen. Und die „liberalen“ Kirchenlichter spannen sich eifertig vor den Wagen dieser Rückwärtsseher. Vielleicht gab ihnen das „Himmelslicht“ und die „Perzonsonne“, von der sie in ihrem Eröffnungschoral inbrünstig gesungen, die reservatio mentalis ein, daß sie sich beim Aussprechen des Wortes Vaterland doch etwas anderes dachten als die vorgelesenen Herren Konsistorialräte. Aber handeln werden sie, wie die königlich preussische Kirchenbehörde befiehlt. Sonst... Siehe Jatho und Traub!

Schon nimmt sich auch in der vaterländischen Resolution der Synodalen der Passus an: Es ist Pflicht der Kirche, „dem Reichsgottesgedanken, der alle Nationen zu einer Friedensgemeinschaft einigt, in den Lebensbeziehungen der Völker zum Siege zu verhelfen.“

Si, ei! So, so! Aber warum bleiben denn die edlen Kirchenlichter stumm bei den ewigen Rüstungen und beim Säbelgerassel unierer Militaristen vom Kriegsmünister bis zum Kriegsbereitschaftsminister in Klein-Riederhummendorf? Warum predigen sie nicht heiligen Jornes voll gegen die Kriegshereyen eines General Reim und anderer blutdürstiger Diener? Warum schweigen sie muddschamschenstil beim „Immer feste drauf“-Telegramm und bei der kronprinzlichen Attadebegeisterung? Wahrlich doch alles Dinge, die

auf die Friedensgemeinschaft der Völker passen, wie die Faust aufs Auge. Ach, in dem heiligen Lande der Bibelhaube ist das Band zwischen Bibel und Säbel nur zu fest geknüpft. Hofprediger und Militärpfarrer binden den Knoten täglich fester. Und die positiven Kirchenlichter wollen den Knoten täglich fester. Und die positiven Kirchenlichter wollen den Knoten täglich fester. Und die positiven Kirchenlichter wollen den Knoten täglich fester.

In der kirchlich-vaterländischen Frage einigten sich in einer anderen Synode Positiven und Liberale auf den Grundtag: Aufgabe der Kirche ist die „Pflege staatsbürgerlicher Tugenden als Christentugenden“. Christentugenden sind belauscht! Demut, gläubiges Vertrauen, Gehorsam. In's Staatsbürgerliche übertragen, gipfelt diese Tugenden in dem Sage: Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Das heißt auf berrussisch: Maul halten, Soldat werden und Steuern zahlen. Dafür sind also auch die liberalen Theologen und Synodalen voll und ganz und unentwegt zu haben. Mit solcher loyalen Opposition kann das rechtgläubige Kirchenregiment in Preußen schon zufrieden sein.

Sieht man die positiven und liberalen Kirchenlichter in den Fragen des Volkslebens so ein Herz und eine Seele, so wirken ihre wüsten Rathbegerien und Kaufereien um die kirchliche Futtertruppe um so abstoßender. Daß der berrussische Klassenstaat sich nicht in seine Kirchenordnung hineinreden läßt, das mußten einige Synodale selbst zugeben. Darum ist auch das Gerede so töricht, das da empfiehlt, in der Landeskirche zu bleiben, um sie von „unten heraus“ zu reformieren und modernisieren. Der Kampf um Geistesfreiheit wird denn doch auf anderem Boden aufgesucht als in den dumpfen Kirchengewölben; und solange Bureaokratie und Junkertum in Preußen Trumpf sind, können sich die liberalen Pastoren und Synodalen den Mund fußlig reden, solange bleiben Kirche und Schule unter der orthodoxen Fuchtel. Solange verschmelzen auch die Sympathien der Geschorenen und Geschietelten. Ist doch nichts charakteristischer als der Stoßaufsatz der preussischen Positiven: Lieber mit Katholiken als mit Liberalen!

Lassen wir also die Berliner Synodalen den echten Pfingstgeist pflegen und geben wir unbeirrt unsere Strahe. Wie sagt doch Renan?

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht verstreuen, noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten. Den Albigenfern folgen die Hussen Und zahlen blutig heim, was jene litten. Nach Fuß und Ziska kommen Luther, Gutten, Die dreißig Jahre, die Ewennenstreiter, Die Stürmer der Basille und so weiter.

In diesem „und so weiter“ stehen wir noch mitten drin. In diesem „und so weiter“ ist der sozialistische Kampf um wirtschaftliche und geistige Befreiung ein weit wichtigerer Faktor als das Kirchengesank der Ultramontanen, Positiven und Liberalen.

Politische Uebersicht.

Der Schrei nach dem Staatsanwalt.

Das Blatt mit dem eisernen Kreuz vor der Stirn denunziert mit Gott, für König und Vaterland. Unter der Spitzmarke „Scheidemann macht Schule“ schreibt es: „Eine Niederträchtigkeit, die unbedingt niedriger gehängt werden muß, leistete sich jüngst das Mainzer Sozialistenorgan, die „Mainzer Volkszeitung“, der man wegen ihrer Beziehungen zu den „Genossen“ David und Adelfung revisionistische Tendenz nachsagt. In einer Besprechung über die Einführung der neuen Stadtverordneten in ihr Amt schreibt das Blatt unter anderem:

„Die Neugewählten gelobten dem Oberbürgermeister durch Handschlag, ihr Amt treu und gewissenhaft zu verwalten — ohne Hintergedanken zu hegen, wie der preussische König der 48er Revolution. Von ihm wird erzählt, daß er bei der Formel: „Ich gelobe und schwöre es, daß ich die Verfassung treu und gewissenhaft halten werde“, gesagt habe: „Ich gelobe schwerlich, daß ich die Verfassung treu und gewissenhaft halten werde.“ Es ist zu hoffen, daß diese Verunglimpfung des monarchischen Gefühls die gehührende Beachtung beiden Stellen findet, die berufen sind, mit den Handhaben des Gesetzes der gänzlichen Verwilderung und Verrohung zu begegnen. Charakteristisch ist, daß diese Leistung, über die der Hohenzollernbeschimpfer Scheidemann vor Reich erröten wird, gerade in Mainz zustande gekommen ist, wo der Fortschritt seit Jahr und Tag Hand in Hand mit diesen „Revisionisten“ geht. Das wirkt ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Artung des heftigen Freijournals.“

Es sind prächtige Kerle, diese konservativen Herrschaften mit der wahren „Herzensbildung“. Wo haben denn diese Verfechter des „monarchischen Gefühls“ Geschichte gelernt? Sie scheinen nicht zu wissen, daß jener Breitenkönig getreu nach den jülicheren Worten gehandelt. Das preussische Dreiklassenwahlrecht ist ein nur noch zu lebendiger Beweis dafür.

Professor von List über die Baseler Konferenz.

Zu der „Vossischen Zeitung“ gibt der bekannte Rechtslehrer Reichstagsabgeordnete v. List seine Meinung über die Baseler Konferenz, zu deren Teilnehmern er zählt, wieder. Er führt u. a. aus:

„Von französischer Seite ist der von uns einstimmig angenommene Vorschlag ausgegangen, an demselben Tage je eine Rundgebung in jedem der beiden Länder unter Beteiligung von Mitgliedern des Reichstages wie der französischen Kammern zu veranstalten. Wenn irgend möglich, sollen die beiden Versammlungen noch in diesem Jahre stattfinden. Die Wahl der Städte für die Rundgebung ist in der Resolution offen gelassen. Auf beiden Seiten hielt man es für zweckmäßig, fürs erste von Berlin und Paris abzusehen; München und Lyon hielt man dagegen für durchaus geeignet. Aufgabe des Vorlandes wird es sein, für die Durchführung des Beschlusses zu sorgen. Daß die machtvolle Rundgebung des Willens zum Frieden in der französischen wie in der deutschen Bevölkerung lebhaften Widerhall finden werde, stand bei uns allen fest. Die gewerdmäßigen Kriegshörer hüben und drüben werden sich überzeugen müssen, daß sie eine verschwindend kleine Minderheit des Volkes hinter sich haben. Daß die führenden Parteien im Deutschen Reichstag wie in der französischen Deputiertenkammer für eine Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland vor aller Welt vereint einzutreten sich entschlossen haben, wird auch in den Kreisen den Eindruck nicht verfehlen, die bewußt oder unbewußt den Interessen der internationalen Nützlichkeitsindustrie zum Nachteil ihres Vaterlandes dienen.“

Professor v. List begrüßt dann den vereinbarten Nachrichtenendienst und schließt seine beachtenswerten Ausführungen mit den Sätzen:

„Die aus natürlichen Ursachen entstandene, aber künstlich geschürte Spannung zwischen Deutschland und Frankreich bildet heute den Angelpunkt der europäischen Politik, den einzigen Rechtfertigungsgrund für das sinnlose Wettrüsten zu Wasser wie zu Lande. Eine Annäherung der beiden Völker wäre die Sicherung nicht nur des europäischen Friedens, sondern auch der europäischen Kultur. Die Erreichung dieses Zieles ist heute in greifbarer Nähe gerückt. Verbrecherische Torheit wäre es, nicht zuzugreifen.“

Erledigtes Landtagsmandat.

Der fortgeschrittliche Landtags-Abgeordnete Justizrat Wolff-Lissa ist am 31. Mai im Alter von 62 Jahren gestorben. Er vertrat seit 1900 den Wahlkreis Braustadt-Lissa. Bei der letzten Wahl hatte Abg. Wolff von 817 Wahlmännern 773 erhalten. 244 waren auf den polnischen Gegenkandidaten entfallen.

Ein Arbeiterjägerfest unter Belagerungszustand.

Trotz aller Verbote und Unterdrückungen, die dem 4. schlesischen Gaujägerfest in Breslau zuteil geworden waren, hatten sich doch während der Pfingstfeiertage 98 Arbeitergesangsvereine zusammengefunden, die das Fest in dem Vorort Morgenau begingen. Das Festlokal war schon vor Beginn von 8 Polizeioffizieren mit 50 Schutzeinheiten besetzt, die zunächst alle Kinder und alle unter 18 Jahre alten Personen aus den beiden Miesensälen und dem angrenzenden Garten vertrieben. Diese Maßnahme löste unter den Zehntausenden, meist mit Kindern anrückenden Proletariats ungeheueren Entrüstung aus; die Ordner hatten alle Mähe, die Ausbrüche der Leidenschaft, besonders der Mütter, einigermaßen zu beschwichtigen. Das Festlokal war überfüllt, die Massen lauften den Kampfesliedern unter den besonderen Umständen mit doppelter Aufmerksamkeit. Dem Festredner, Genossen Löbe, wurde brausender Beifall zuteil, als er auf das Empörende und Lächerliche des Versuches hinwies, polizeilich zu verhindern, daß die Kinder hören, was die Eltern singen! Bei dem Rückmarsch der Massen war der ganze Weg bis zum Gewerkschaftshaus alle hundert Schritte mit einer Polizeikette besetzt, die „Umzüge“ verhindern sollten, dazwischen patrouillierten alle Polizeioffiziere und die gesamte heritzene Schutzmännerschaft. Sämtliche Straßenkreuzungen und das Gewerkschaftshaus waren mit Schutzeinheiten zu Fuß und zu Pferde besetzt, die bis in die späten Abendstunden vergeblich auf die Umzüge warteten.

Diese kamen erst am anderen Morgen! Am zweiten Feiertag früh, ehe die Polizei erwachte, sammelten sich die Sänger und Genossen eilig in ihren Stauquartieren und zogen, 400 Mann, vor die Wohnung des Oberbürgermeisters, der die Jahrhunderthalle verwandelt hatte, ein zweiter Chor gleichzeitig zum Landratsamt, das die Genehmigung zum Singen unter freiem Himmel verboten hatte, ein dritter zum Regierungspräsidentium, das den Festzug verboten hatte, und um Punkt 8 Uhr morgens erschallten an allen drei Stellen die Lieder mitten in den Straßen und Promenaden, die man tags zuvor verboten hatte! Die Bürger in den vornehmen Stadtwerteln kannten nicht wenig und guden erschreckt hinter den Fenster-

gardinen hervor, als die kräftigen Arbeiterlieder durch die Straßen hallten. Sogar von einem vollbesetzten Dampfer der Oder Klang das freie Lied zu dem am Ufer gelegenen Regierungspräsidentium hinauf, schließlich machte sich eine Schaar Sänger zur Jahrhunderthalle auf, und ließ im Restaurant und den Ausstellungsanlagen ihre Lieder ertönen. Die Polizei, die eben erst abgerückt hatte, war nirgends zu sehen und als die Beamten erschienen, um die Sicherheit und Ordnung des Preußenstaates vor den verbotenen Liedern zu schützen, waren die Sänger bereits wieder spurlos verschwunden! Der Schutz kam zu spät und alle Welt lachte über den Vereinsfall trotz geradezu kriegsmäßiger Rüstungen. Um sich zu revanchieren, besetzte die Polizei am Nachmittag wieder alle Saalräume des Gewerkschaftshauses mit Fußtruppen und die Straße davor mit Berittenen, was dem weiteren guten Verlauf des Festes aber keinen Abbruch tat.

Die Brutalität der Konkurrenzkaufel.

Wie sehr die Angehörigen unter der Konkurrenzkaufel zu leiden haben, zeigt wieder einmal ein Fall, der sich vor dem Bremer Gewerbegericht am 20. Mai abgepielt hat. Ein Kaufmann klagte gegen einen Boten, weil dieser nach seiner Entlassung einer Anzahl Personen Zeitungen geliefert hatte, obgleich er sich verpflichtet hatte, nach der Entlassung sechs Monate lang keine buchhändlerischen Erzeugnisse zu vertreiben. Das Unglaubliche geschah: Trotzdem der Beklagte nachweislich, aus Rot zum Rotrieb der Zeitungen gezwungen gewesen zu sein, wurde er vom Gewerbegericht zur Einhaltung des Vertrages verurteilt, gegen eine Haftstrafe von einer Woche für jeden Verstoß. Da der Angeklagte erkrankt, zahlungsunfähig zu sein, wurde von einer Geldstrafe abgesehen.

Aus dem Kölner Polizeisumpf.

Aus Köln wird vom Dienstag gemeldet: Gegen den Polizeisekretär Scharfstein vom hiesigen Polizeipräsidium war in voriger Woche ein Verfahren wegen Unregelmäßigkeiten im Amte eingeleitet. Der Beamte, der von Vorgesetzten zur Rede gestellt worden war, weil die Duitungen nicht in Ordnung waren, entfernte sich alsbald vom Bureau und kehrte nicht mehr zurück. Wie nunmehr aus Düsseldorf gemeldet wird, hat sich Scharfstein dort in den Pfingsttagen erschossen. Eine bei ihm vor der Tat vorgenommene Hausdurchsuchung förderte belastendes Material zutage. Unter anderem wurde festgestellt, daß Scharfstein selbst Strafmandate ausgefertigt und die Geldbeträge in seine Tasche gesteckt hat.

Preussisches Landrecht gegen Reichsgesetz.

Die Solinger Polizeibehörde hat bekanntlich kürzlich eine protestantische Freidenkerversammlung aufgelöst. Der Redner Genosse Peus sollte zunächst eine Gotteslästerung begangen haben. Diese Begründung wurde dann fallen gelassen und nachträglich die Auflösung mit Bestimmungen des „Allgemeinen Landrechts“ aus dem Jahre 1793 gerechtfertigt. Das Reichsgesetz wurde von der Solinger Polizei einfach ausgehalten, und der Regierungspräsident in Düsseldorf wies die Beschwerde ebenfalls ab mit folgender Begründung:

„Nach den Feststellungen (der Polizei, D. Red.) herrschte in der Versammlung, namentlich nach Annahme der Resolution, eine große Erregung. Die Unruhe steigerte sich während des Schlüsswortes des Reichstagsabgeordneten Peus ständig. Als dieser endlich mit immer schärferen Worten die religiösen Gefühle zahlreicher Anwesender verletzte, entstand in der Versammlung, deren Teilnehmer sich größtenteils erhoben hatten, ein starker Tumult. Nach diesem Verlaufe der Versammlung war die Annahme gerechtfertigt, daß durch Ausschreitungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet würde. Die Auflösung ist daher zu Recht erfolgt.“

Gegen diese sonderbare Begründung ist beim Oberverwaltungsgericht nunmehr Rekurs angemeldet.

Der bayerische Reichsrat und das Elektrizitätsprojekt.

Der Ausschuss des Reichsrates hat am letzten Sonnabend nach sehr lebhafter, den ganzen Tag während Beratung die Regierungsvorlage über den Ausbau des Waldensees mit 5 gegen 2 Stimmen angenommen. Der Reichsrat war der Herd der privatkapitalistischen Treiberien gegen die staatliche Elektrifizierungspolitik. Stimmt das Plenum, wie zu erwarten ist, dem Beschluß des Ausschusses zu, so ist damit vorläufig eine Regierungskrise vermieden, die bei der vielfach erwarteten Ablehnung auch dieser Vorlage unabwendbar gewesen wäre.

Die Wirren in Albanien.

Die Hilfe der katholischen Bergstämme.

Durazzo, 2. Juni. (Meldung der Agenzia Stefani.) Achtundert Malissoren, Miriditen und Katholiken aus Kossowo sind zusammen mit einigen Mohammedanern aus Alessio hier angekommen. Der Fürst empfing sie und beauftragte den Finanzminister Rogga, ihnen die Verteilung von Durazzo zu übertragen. Sie erklärten aber, gegen die Aufständischen ins Feld ziehen zu wollen. In der Stadt ist alles ruhig. Von den Aufständischen fehlen Nachrichten.

Flucht des Fürsten?

Paris, 2. Juni. Das „Journal“ erhält von seinem Sonderkorrespondenten in Durazzo die Meldung, daß Fürst Wilhelm sich tatsächlich mit dem Plane trage, Durazzo vollkommen aufzugeben und sich nach Skutari zurückzuziehen. Gestern war bereits der ganze Palast in Bewegung; Koffer wurden gepackt und weggeschafft. Die in Tirana liegenden Mohammedaner haben fortwährend Streligkeiten mit der internationalen Kontrollkommission; sie zeigen sich äußerst feindselig und beunruhigten gestern große Manifestationen, wobei immer wieder Rufe wie „hoch der Sultan“ ertönten. Die Abreise des Fürsten nach Skutari gleicht absolut einer Flucht und man kann annehmen, daß die Flucht nach Skutari der erste Schritt auf dem Wege zur Abdankung ist.

Das Wachsen des Aufstandes.

Wien, 2. Juni. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Skutari: Es verlautet, daß Kroja von den aufständischen Anhängern Essad Paschas eingenommen worden sei. Bei den Chefs der Mohammedaner in Skutari wurde eine Anzahl von türkischen Jöhnen entbedt, die dieser Tage geflohen werden sollten. Die Mohammedaner agitieren hier öffentlich für ein Zusammengehen mit den Aufständischen. Dagegen ist die arifliche Bevölkerung bereit, für den Fürsten einzutreten. Essad Pascha soll seine hiesigen Anhänger zu sich befohlen haben; sie seien auch bereit, zu ihm zu reisen. — Dasselbe Blatt meldet aus Durazzo: Morgen geht die Kontrollkommission nach Schial ab, um die Verhandlungen mit den Aufständischen wieder aufzunehmen.

Der mexikanische Konflikt.

Carranza gegen die Vermittlungaktion.

El Paso, 2. Juni. In einer Mitteilung an die amerikanische Presse drückt General Carranza sein Erstaunen über den anscheinenden Mangel an Verständnis für die Lage in Mexiko und die Haltung der Rebellen aus, welche er bei den Vermittlern in Niagara Falls beobachtet. Die Vermittler schienen Carranza als quantitäts nebligsaub und als verpflichtet anzusehen, jede beliebige von den Vermittlern gefundene Lösung anzunehmen. Carranza betonte, die Rebellen hätten die Revolution durchaus erfolgreich durchgeführt; ihre Vollendung würde ihnen Anspruch auf die formelle Anerkennung durch die übrige Welt geben. Nur die Zerstörung der Eisenbahnen hindere sie, binnen einer Woche in die Hauptstadt einzurücken. Die Rebellen würden die mexikanische Frage binnen weniger Monate lösen, da sie bereits zwei Drittel des Landes besetzt hielten; der Führer der Rebellenarmee müsse bis zum Ausgang der Wahlen provisorischer Präsident sein.

Geldstrafe für deutsche Schiffe.

Washington, 2. Juni. Kriegssekretär Garrison hat über die Landung von Kriegsmaterial für Huera durch deutsche Schiffe in Puerto Mexico folgende Erklärung erlassen: Die Zoll- und Hafenbehörden haben den Dampfer der Hamburg-America-Linie „Savaria“ mit 118685 Pesos Geldbuße belegt, weil er einen großen Teil seiner für Veracruz bestimmten Ladung in einem anderen Hafen vor der Ankunft in Veracruz ausgeladen hat und nach seiner Ankunft im Hafen von Veracruz sein Ladungsmanifest ausbefferte. Eine ähnliche Geldstrafe, in Höhe von 89490 Pesos, wurde dem Dampfer „Piranga“ auferlegt wegen nicht entsprechender Ladungsverzeichnisse und wegen Löschens der Ladung in einem anderen Hafen als dem, wohin sie konfiguriert war. General Junston erklärt, daß die betreffenden Beamten nach dem mexikanischen Gesetz keine andere Wahl hätten und die Geldstrafen aus die genannten Summen festsetzen mußten. Eine Berufung ist für die Schiffe nicht eingelegt worden und man nimmt an, daß, wenn das Verfahren seinen Lauf weiter nimmt, im Staatsdepartement Vorstellungen erhoben werden dürften.

Letzte Nachrichten.

Ministerkrise und Dreijahresgesetz.

Paris, 2. Juni. In den gemäßigten republikanischen und nationalistischen Blättern wird die feste Uebergangung ausgesprochen, daß Viviani, falls er an die Spitze der Regierung treten sollte, ebenso wie Doumergue gendigt sein werde, an dem Dreijahresgesetz festzuhalten. Der „Temps“ meint, Präsident Poincaré habe für die Wahl des künftigen Ministerpräsidenten eine ganze Reihe wichtiger Fingerzeige erhalten, so das Beispiel Doumergues, der das Dreijahresgesetz mit einer Treue angehend habe, in welcher er durch die fünfmonatige Leitung des Ministeriums des Aeußeren noch bekräftigt worden sei. Das „Journal des Débats“ erklärt, keine Regierung werde bestehen können, wenn sie nicht dafür Sorge, daß das Dreijahresgesetz vor allen direkten und indirekten Angriffen geschützt bleibe. Der Präsident der Republik sei gestern mit seiner Kenner Rede der Dolmetsch der Befinnung des ganzen Landes gewesen. Seine Worte, die von allen verstanden worden seien, dürften eine große Tragweite haben.

Die „Liberté“ sagt, Viviani habe zwar als Deputierter gegen das Dreijahresgesetz gestimmt, aber er werde in diesem Punkte dem Programm des Kabinetts Doumergue, nämlich der lokalen Anwendung des Dreijahresgesetzes, treu bleiben. Man behauptet sogar, daß Viviani, um diese seine Absicht entsprechend zu kennzeichnen, Koulens ersuchen solle, das Kriegsporteleville beizubehalten. Die „Presse“ schreibt, der Einsatz in dem gegenwärtigen Kampfe sei das Dreijahresgesetz. Es sei dieses auch die einzige Frage, auf welche Poincaré Wert lege; denn als dieses Gesetz unter dem Kabinett Barthou bewilligt wurde, sei es offenkundig geworden, daß das Einverständnis des Ministeriums damit und daß dabei das ganze Bündnisystem Frankreichs im Spiele war.

Ministerkrise in Serbien.

Belgrad, 2. Juni. In der auf heute anberaumten Sitzung der Skupstina sollte die zweite Lesung der Gesetzesvorlagen über die Verlängerung der Präsenzdienstpflicht und über die außerordentlichen Meereskredite im Betrage von 122 Millionen Dinar vorgenommen werden. Auf Beschluß der Regierung unterbreitete Ministerpräsident Paschitsch dem Könige bereits am 31. Mai die Forderung der Regierung, noch vor der definitiven Annahme der beiden Gesetzesvorlagen das Mandat für die Auflösung der Skupstina und die Durchführung der Neuwahlen zu erteilen. Als der König die Forderung des Ministerpräsidenten bis gestern Abend nicht erfüllt hatte, beschloß die Regierung, noch bis heute vormittag gegen 10 Uhr zu warten. Da auch diese Frist verstrich, ohne daß die Regierung das erstrebte Mandat für die Vornahme von Neuwahlen erhielt, wurde die Sitzung der Skupstina mit der Motivierung bis Freitag vertagt, daß die Regierung verhindert sei, an der Sitzung teilzunehmen.

Einem heute nachmittag veröffentlichten Communiqué zufolge hat der König von der Demission des Kabinetts Paschitsch mit Bedauern Kenntnis genommen und sich weitere Entscheidungen vorbehalten.

Blutige Zusammenstöße zwischen portugiesischen Royalisten und Republikanern.

Paris, 2. Juni. Wie aus Lissabon gemeldet wird, fanden in Coimbra infolge der monarchischen Kundgebungen eines Studenten im Laufe des gestrigen Tages blutige Auferereien statt, bei denen zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Drei Arbeiter durch elektrischen Strom getötet.

Brüssel, 2. Juni. In einer elektrischen Fabrik bei Charleroi wurden drei Arbeiter, die mit einem elektrischen Bohrer beschäftigt waren, durch einen elektrischen Strom getötet. Es handelt sich vermutlich um Kurzschluß.

Ührung einer Schriftstellerin.

Stockholm, 2. Juni. Die schwedische Akademie wählte die Schriftstellerin Dr. phil. Selma Lagerlöf zu ihrem Mitglied.

Pockenepidemie in einer mexikanischen Stadt.

New York, 2. Juni. Nach einer Meldung aus Mazatlan sind in Culiacan im Staate Sinaloa die Pocken ausgebrochen. Die Sterblichkeit in der Garnison der Konstitutionalisten soll groß sein.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Petersburger Viertel. Bez. 349.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unter Verstoß, der Schloßer
Friedrich Zoch
Waldweg 57, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 4. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle der Andreas- und Markus-
Gemeinde in Hohen-Schönhausen,
Berliner Str. 30/31, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
214/1 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk 579.

Am 1. Juni verstarb unser
Genosse, der Bergsegenmacher
Max Schulz
Halsplatz 2. 229/7

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 4. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des hiesigen Zentral-Fried-
hofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Gesangverein Märzgruß.

Am 1. Juni verstarb unser
Sangesbruder, der Bergsegen-
macher
2287b

Max Schulz
nach kurzem, schwerem Leiden.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 4. Juni, nach-
mittags um 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Fried-
hofes in Friedrichshagen aus statt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Angehörigen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Schloßer
Erich Schnee
gestorben ist.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 3. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Dorothienstädtischen
Kirchhofes in der Wiesenstraße
aus statt.

Ferner starb unser Mitglied,
der Schloßer
Richard Kunze
Glockenstraße 10, am 30. Mai an
Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 3. Juni, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Stöpenitz aus statt.

Nachruf.
Ferner starb unser Mitglied,
der Mediziner
Willi Schmidt
Urbanstr. 5, am 29. Mai an
Eitröhrentzündung.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer,
Anstreicher usw.**
Filiale Berlin.
Bezirk Gesundbrunnen.

Am 30. Mai verstarb unser
Kollege, der Maler
Paul Bublitz
Kolonietstr. 78, nach langem Leiden
am Schlagfluss, im Alter von
62 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle des Sophien-
Kirchhofes, Julemwalder Straße,
aus statt. 137/2

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Böttcher, Weinküfer
und Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Böttcher
August Siemon
(letzte Beschäftigung Kaiserbrauerei)
am Sonntag, den 31. Mai, im
Alter von 46 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
3. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle des Spandauer
Gemeindefriedhofes (Pöschel) aus
statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis.
Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung
am Freitag, den 5. Juni 1914, abends 8 1/2 Uhr,
für den 34. Kommunal-Wahlbezirk
im „Zwinemünder Gesellschaftshaus“, Zwinemünder Str. 42
Auf zur Stadtverordneten-Wahl!

Referent: Gewerkschaftssekretär Genosse Karl Heschold.
Freie Diskussion. 228/8* **Achtung!** **Achtung!**
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Krankenkassenvorstands - Vertreter!
Arbeitnehmer!

Die Wahl der Versicherungsvertreter — Arbeitnehmer — als Beisitzer zum Versicherungsamt der Stadt Berlin findet am **Sonnabend, den 6. Juni, vormittags 11 Uhr bis nachm. 2 Uhr**, statt. Die von den vereinigten Krankenkassenvorständen der Arbeitnehmer aufgestellte und dem Versicherungsamt Berlin eingereichte Liste trägt die amtliche Bezeichnung

Liste „C“

Wir eruchen alle Arbeitnehmer-Vorstandsvertreter ihr Wahlrecht auszuüben und ihre Stimme für die

Liste „C“

abzugeben. 300/4* **Arbeiterssekretariat Berlin.**

Frauen - Sterbekasse von Mit-
gliedern der Zentral-Kranken-
und Sterbekasse der deutschen
Wagenbauer.

Ortsverwaltung Berlin 18.

Am Freitag, den 29. Mai, ver-
storblich plötzlich unser Mitglied
Frau Berla Guhl.

Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 3. Juni, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
227/16 **Der Vorstand.**

Für die freundliche Teilnahme und
Krankenspende bei der Beerdigung
meines lieben Mannes, des Bildhauers
Walter Lenius
sage ich meinen Geschätzten, der
Widwe A. Lenius.

Mohrenstr. 37a
Kolonaden.
Gr. Frankfurterstr. 115

**Trauer-
Magazin**
Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise

**Farbige
Konfektion**
in größtem
Maßstabe
zu billigsten
Preisen

Westmann

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schick, dauerh. Zutaten
von 25 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bstr.)

Zentralverband der Lederarbeiter.
Filiale Berlin I.
Donnerstag, den 4. Juni, abends 8 Uhr:
Versammlung
in Schmidts Festsaal, Prinzenallee Nr. 33.

1. Bericht von der Generalversammlung. — 2. Wahlen.
Um zahlreichen Besuch ersucht! 134/13 **Der Vorstand.**

Westmann
Mohrenstr. 37a (Kolonaden)
Gr. Frankfurterstr. 115 nahe
Andreasstr.

**Heute
und
morgen**

Sonnabend bis 9 Uhr
abends geöffnet!
Sonntag von 8-10 Uhr
geöffnet!

Extra-Angebote:

Gummimantel, echt englisch	1675
Staubmütze, imprägn. mit weichen, Stiefel . . .	1350
Sportjacke in vielen Farben	875
Malré - Blusen - Jackets	950
Frauen - Mütze bis zu den stärkst. Figur, nur entzück. Fassons . . .	2500
Hochparis Kostüme, entzück. Fassons . . .	2950
Gediegene Ulster in Fabrikat	1625
Weisse Blusen in höchst. Ausführung nur Erfolgsfabrikat	550
Kollennkostüme, das schönste a. d. Gebiet nur Lodenmütze, imprägn. mit Kapotte	4900
Echte Lodenkostüme, neueste Fabrikate . . .	1300
Feine Plüschmütze auf Seide	2500
	6000

Sozialdemokratischer Wahlverein
für d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis

Sonntag, den 7. Juni 1914, vormittags von 8 Uhr ab:
Urwahl des Vorstandes
und der Kommissionsmitglieder
für Groß-Berlin

in folgenden Lokalen:
H. Seiler, Steinmühlstr. 29
H. Mühl, Steinmühlstr. 67
H. Zickert, Zimmerstr. 59
Rauskat, Parkgrabenstr. 85
H. Reimer, Hagenbergstr. 20 a

H. Zerk, Kottb. 29
G. Thomsen, Gneisenaustr. 30
W. Reilig, Gneisenaustr. 51
Karl Riebel, Blauer 15
Kobe, Diefenbachstr. 36

Zentrale: Thomsen, Gneisenaustr. 30.

Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das den Beitrag für
Februar 1914 bezahlt hat. Das Wahlrecht kann in irgendeinem
der vorgenannten Lokale ausgeübt werden.

Die Wahl beginnt um 8 Uhr vormittags und wird um
12 Uhr mittags geschlossen. 200/8* **Der Vorstand.**

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.

Freitag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, in der Alhambra,
Wallner-Theaterstr. 15:

Mitgliederversammlung
der Holzbildhauer.

Tagesordnung:
Bericht der Verhandlungskommission.

Da aller Voraussicht nach sehr wichtige Beschlüsse über die Forderung
unserer Bewegung zu fassen sind, so ist es unbedingte Pflicht eines jeden
organisierten Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Branchenkommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Donnerstag, den 4. Juni 1914, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.

Tagesordnung: 119/12
1. Verbands- und Branchenanangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. H. Sahnisch, Widenstr. 174.
O. Petersburger Weg 4. Gustav Vogel, Köpenickerstr. 82.
H. Wenzel, Karlstr. 36.
NO. 2. Just. Immanuelstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.
N. H. Wolgast, Wallstr. 9. G. Fischer, Bahnhofsstr. 6.
Karl Mars, Gneisenauer Str. 22. J. Hönisch, Wallstr. 34a.
G. Vogel, Logenplatz 37. H. Ties, Innalidenstr. 124.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 48.
SW. G. Schmidt, Bernauerstr. 42. Dachs, Hagenbergstr. 27.
S. St. Fris, Prinzenstr. 31. G. Lehmann, Kottb. Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lantier Weg 14/15. P. Horich, Engelauer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28.
Baumschulenweg. G. Hornig, Marienbader Str. 13, I.
Borsigwalde. Paul Rieck, Randsstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schwarberg, Selenbeimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gönner, Randsstr. 6.
Karlshorst. Richard Käter, Köpenicker Str. 9, II.
Köpenick. Emil Wisker, Randsstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifert, Bartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Harub, Bräudenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Joppe, Luthenstr. 2.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmshagenstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Rikmann, Wühlstr. 30.
Reinickendorf. V. Gursch, Bronnstr. 56, Laden.
Neukölln. W. Grunich, Waidstr. 2. Conrad, Hermannstr. 30.
G. Rohr, Siegfriedstr. 29/30.
Rummelsburg. H. Rosenkranz, Alt-Bogdano 56.
Schöneberg. Wilhelm Baumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Dreieckstr. 64.
Steglitz. G. Bernice, Wiesenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krahn, Dorffstr. 62.
Treptow. Robert Gramen, Rieboldstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 106. Schiller, Berliner Allee 253.
Wilmerdorf. Paul Schubert, Wilhelmshagen 27.

Problem Cigarettes

LYSOFORM

in geringer Menge dem
Waschwasser zugesetzt,
gibt ein erprobtes Haar-
wasser, das in seiner
Wirkung die teuren
Spezialitäten weit über-
trifft. Grüne Flaschen
in weißer Hülle von
65 Pf. an.

Der Stoff hat fertige Anzug
nach Maß, schick, dauerh. Zutaten
von 25 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bstr.)

Der Stoff hat fertige Anzug
nach Maß, schick, dauerh. Zutaten
von 25 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bstr.)

Bewerkschaftliches.

Arbeiterverhältnisse - zufriedenstellend!

Die Handelskammer zu Berlin beobachtet das gesamte Gebiet des Wirtschaftslebens. Ihr engeres Beobachtungsfeld umfaßt rund 1 Millionen Einwohner. Als selbstverständlich ist vorauszusetzen, daß die Handelskammer alle wichtigen Erscheinungen des Wirtschaftslebens würdigt. Man könnte sich daher nicht wundern, wenn der Bericht der Handelskammer über das Jahr 1913, der nun vorliegt, ein Sammelwerk von Klagen über die Not der Unternehmer und den Terrorismus der Arbeiter darstelle, wenn auch nur ein kleiner Teil von dem wahr wäre, was die Scharfmacher glauben machen möchten. In dem Bericht wird allerdings sehr oft auf die Arbeiterverhältnisse Bezug genommen. Aber man muß schon sehr feinhörig sein, um Klageklänge über gewerkschaftliche Ausschreitungen herauszuhören. Man gewinnt vielmehr den Eindruck, daß die Unternehmer sehr zufrieden sind, vornehmlich die Tarifverträge, deren Voraussetzung starke Gewerkschaften sind, geradezu als einen Segen betrachten.

Regierung und Scharfmacher werden sich wohl oder übel mit dem, was die bedeutendste Handelskammer in dieser Beziehung festgestellt hat, auseinandersetzen müssen. Aus diesem Grunde registrieren wir die Feststellungen als Material, das angeht die Frage gegen das Koalitionsrecht gewürdigt werden muß. Wir folgen der Handelskammer und geben ihre Bemerkungen zu den einzelnen Branchen und zwar im Wortlaut wieder:

Bierbrauerei: Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern waren im allgemeinen gut.

Holzindustrie: Die Baustragen beider Parteien hatten viele Mängel, die Unternehmer von der Notwendigkeit der Durchführung der Vertragsbestimmungen zu überzeugen. Im allgemeinen sind beide Parteien mit der Tätigkeit der Schlichtungskommission zufrieden gewesen; die Nützlichkeit dieser Einrichtung verdient... volle Anerkennung.

Hochbau: Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist tariflich geregelt.

Ziegeleiunternehmen: Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern waren... zufriedenstellend.

Eisenwaren: Die Arbeiterverhältnisse waren besser als im Vorjahre.

Eisengüterwaren: Differenzen... dürften im Berichtsjahre kaum in die Erscheinung getreten sein.

Werkzeuge: Die Arbeiterbewegung hat... nicht auf die Branche eingewirkt.

Wandbeschläge: Die Beziehungen... waren gute, nur dadurch, daß die Arbeiter sich auch dazu verstanden, weit unter den Tarifpreisen zu arbeiten, waren Aufträge hereinzuholen.

Eisengießereien: Die Beziehungen... blieben in den meisten Betrieben ungeändert.

Eisenkonstruktionen: Bis auf geringfügige Differenzen, die sofort beigelegt werden konnten, sind Lohnstreitigkeiten... nicht vorgekommen.

Holzbearbeitungsmaschinen: Das Verhältnis zu den Arbeitern war durchweg gut.

Kunst- und Bauhölzerindustrie: Die Lohnverhältnisse waren durch Tarifverträge geregelt, die bis 1913 gelten.

Chemische Großindustrie: Das Angebot an Arbeitskräften gestaltete sich im Anfang des Jahres erheblich schwächer als im Vorjahre... Wesentliche Lohnhöhungen wurden nicht vorgenommen.

Chemisch-pharmazeutische Produkte: Das Verhältnis zu den Arbeitern kann im allgemeinen als dauernd gut bezeichnet werden.

Wollene Garne: Die Arbeitsverhältnisse dürfen auch für die Zukunft als gesichert angesehen werden. Die Löhne blieben unverändert.

Stid., Birf- und Industriewaren: ... Daß der Tarifverträge können die Lohnverhältnisse für längere Zeit als gesichert gelten.

Linoleum: Die Beziehungen... haben durch die seitens der Arbeiter... gegebene Aufkündigung des bestehenden Lohnvertrags eine kleine Kollision erfahren, die aber durch Zulage von etwa 5 bis 10 Prozent der bisherigen Löhne ihre Regelung für weitere zwei Jahre erfuhr.

Bücher: ... ebenjowenig haben Arbeitsstörungen stattgefunden.

Seidwaren: Die Beziehungen... blieben gut. Lohnstreitigkeiten kamen kaum vor.

Dampfwäscherei: Arbeitskräfte waren genügend zu haben; sie waren mit den bisherigen Löhnen zufrieden.

Herrenkonfektion: Differenzen mit den Arbeitnehmern haben im Berichtsjahre in größerem Umfang nicht stattgefunden... Durch die abgeschlossenen Tarifverträge sind geregelte Arbeitsverhältnisse festgelegt.

Belagkonfektion: Ein längerer von den Arbeitern sehr energisch betriebener Streik... trübte die Beziehungen... Da aber das Geschäft um diese Zeit an sich ruhig war, bereitete der Ausstand den Fabrikanten sehr wenig Schaden.

Damenhüte: Das Verhältnis... war zufriedenstellend.

Sonnen- und Regenschirme: Die Beziehungen... waren im allgemeinen gute.

Kartonnagen: Die Beziehungen... waren im ganzen gut, dank dem neuen Tarif.

Schreibhefte und andere Lernmittel: Die Beziehungen... waren ungeändert.

Dreifarbendruck: ... Im Sommer ist es gelungen, einen neuen Tarif auf weitere fünf Jahre zu vereinbaren, der hoffentlich wie bisher Ruhe und Frieden im Gewerbe erhalten wird.

Kupferdruck: In beiden Arten des Kupferdrucks gelten die Arbeitsverhältnisse für absehbare Zeit als gesichert.

Reklamantile Lithographie: Das Verhältnis zu den Arbeitern ist im Berichtsjahre zufriedenstellend gewesen.

Chromolithographie: Die Beziehungen... waren durchaus normale und gute.

Schriftgießerei und Messinglinienfabrikation: Das Verhältnis... war infolge der... geschlossenen Tarifverträge ein gutes.

Buchdruckerei: Wesentliche Streitigkeiten... oder Arbeits-einstellungen kamen nicht vor.

Musikverlag und Musikalienhandel: Die Beziehungen... waren in den Verlagsgeschäften durchaus friedlicher Natur.

So spiegeln sich die Verhältnisse im Urteil der Unternehmer in ihrem sozusagen amtlichen Bericht. Können sie sich noch bequemere Arbeiterverhältnisse wünschen, als sie hier selbst feststellen? Und man muß sich fragen: woher nehmen die Scharfmacher den Mut zu ihrem Terrorgeschrei? Weiter darf ausgeprochen werden: die Feststellungen im Handelskammerbericht können durch pikant gemachte, von der Polizei gesammelte, scharfmacherisch garnierte Einzelfälle nicht erschüttert werden!

Die Koalitionsrechtsheher sind gerichtet durch das Urteil der Unternehmer. Nach ihrer wirklichen Ansicht sind die Arbeiterverhältnisse - zufriedenstellend!

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung bei der „Dreiteilung“.

Die Aussperrung bei der Müllwertungs-Gesellschaft dauert unverändert fort. Die Gesellschaft läßt zwar erklären, daß der Betrieb jetzt wieder ein geregelter sei, das trifft aber in keiner Weise zu. In der „Berliner Morgenpost“ werden immer noch die großen Annoncen, die auch die Charlottenburger Anschlagtafeln zierten, erlassen, wodurch stadtkundige nüchternere Leute als Müllfischer und Schaffner bei sofortigem Eintritt und hohem Lohn gesucht werden.

während alle übrigen Abteilungen des Museums nach Dahlem verlegt werden.

Zwei neue Museums-Kontrollen erhalten ihre Kronen nach der Aximallee und sie werden sich dann um einen großen sogenannten Ehrenhof gruppieren, der von der Aximallee durchschnitten wird. Der auf der westlichen Seite der verlängerten Aximallee gelegene Museumsbau ist bereits in Angriff genommen worden. Dieser Bau ist dazu bestimmt, sämtliche asiatische Abteilungen des Museums für Völkerkunde aufzunehmen, also die indisch-asiatische Sammlung, die ethnologische Abteilung, die orientalische Kunstabteilung und die persisch-islamische Sammlung. Man nennt daher diesen Neubau das „Asiatische Museum“.

Der auf der östlichen Seite der Aximallee gelegene Museumsbau, der in drei großen Flügeln die amerikanische, die afrikanische, ozeanische und anthropologische Sammlung aufnehmen wird, soll erst in einigen Jahren in Angriff genommen werden. Bei diesem Neubau wird der Ehrenhof eine Breite von 100 Meter und eine Tiefe von 200 Meter aufweisen, während der ihm gegenüber liegende Ehrenhof des asiatischen Museums bei derselben Breite nur eine Tiefe von 35 Meter haben wird.

Der gesamte für das asiatische Museum bestimmte Baublock hat eine Größe von 38 300 Quadratmeter; die bebauten Fläche wird 5000 Quadratmeter einnehmen. Der Entwurf zu dem Bau des asiatischen Museums stammt von Professor Bruno Paul, die Ausführung erfolgt durch die Staatsbauverwaltung. Die gesamten Baukosten für das asiatische Museum sind mit Ausschluß der Kosten der Museumseinrichtung auf 2 Millionen Mark veranschlagt.

Eine hundertjährige Zypresse. Der bekannte Baumkunde des botanischen Gartens von Missouri in den Vereinigten Staaten, v. Schenk, hatte gelegentlich eines Aufenthalts in Mexiko Veranlassung genommen, eine Zypresse, die auf dem Kirchhof von Santa Maria del Tule steht, zu untersuchen. Nach einem eingehenden Studium des Baumes kommt v. Schenk zu der Ansicht, daß dieser Baum ein Alter von mindestens hundert Jahren hat.

Dieser Baum, der zuerst für die Wissenschaft durch Alexander v. Humboldt bekannt wurde, hat einen Stammumfang von 38 Metern, also einen Durchmesser von mehr als 12 Meter. Schon Humboldt schätzte nach Vergleichen mit anderen Zypressen das Alter des Baumes auf fünf- bis sechstausend Jahre. Schenk wollte zu einem ganz sicheren Resultate kommen und daher den Baum aushöhlen. Durch ein besonderes Verfahren wollte er dann die Jahresringe der Zypresse feststellen. Doch dieser etwas überflüssige Vandalismus wurde verhindert. Der Bevölkerung ist die Zypresse heilig und so mußte der Gelehrte von seinem Vorhaben ablassen. Bleibt somit das Alter des Baumes immerhin ein wenig zweifelhaft, so ist es doch nicht unwahrscheinlich, daß die Zypresse von Santa Maria del Tule der älteste Baum der Welt ist, der mithin sogar die biblische Sündflut glücklich überstanden hat.

Humor und Satire.

Instruktionsstunde.

Keulich hatte der Unteroffizier Instruktionsstunde abgehalten. Heute sollte es mal John und Sam mit dem Rusterier Mater zu folgenden Ergebnis: „Also, der Soldat soll auf seinen Verkehrt achten. Wie macht er das?“ „Der Soldat soll nur mit anständigen Leuten verkehren!“ „Schön! Wer sind anständige Leute?“

Auch ein Anschlag am Eingang des Depots besagt, daß Prämien bis zum 6. d. M. gezahlt werden. Unabweislich geht daraus hervor, daß von einem geregelten Betrieb keine Rede sein kann. Die der Streikleitung von Arbeitswilligen, die die gasliche Stätte am Sonnabend verlassen haben, mitgeteilt wurde, sollen bei der Lohnzahlung sich recht eigenartige Vorkommnisse abgespielt haben, so daß man zum Schutze der Gesellschaft selbst einen Sicherheitsmann im Kontor postiert hat.

Die Nachricht, daß selbst Kontrolleure und sonstige Vorgesetzte mit den Ausgeperrten sympathisieren, hat der Gesellschaft und im besonderen den Direktor derselben sehr verärgert. Aus diesem Grunde haben einige Vorgesetzte, um nicht in bestimmten Verbänden zu geraten, selbst ihre Frauen in den Dienst der Gesellschaft gestellt. Interessant ist, daß Kinderwagen mit und ohne Kind die Tourenwagen begleiteten, um die Arbeitswilligen zu kontrollieren.

Wenn der Fuhrherr Lauterbach in einer Verächtigung sagt, daß er nur aus Unkenntnis seine Wagen zur Verfügung gestellt hat, so haben wir demgegenüber zu erklären, daß der betreffende Herr sogar selbst den Arbeitswilligen gemacht hat.

Der Streikleitung sind während der Aussperrung Mitteilungen zugegangen, die das System der „Dreiteilung“ bei der Müllwertungs-Gesellschaft in Seefeld nicht in das beste Licht rücken. Die Aktionäre werden später darüber sehr erstaunt sein, zu erfahren, mit welchen Mitteln operiert worden ist.

Die Gesellschaft hat vor einigen Tagen dem Deutschen Transportarbeiterverband mitteilen lassen, daß der seinerzeit anerkannte Tarifvertrag seine Gültigkeit verloren habe, die Antwort ist die Organisation natürlich nicht schuldig geblieben.

Weiter ist zu berichten, daß der Magistrat der Stadt Charlottenburg sich bemüht hat, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Wegen des eigenartigen Verhaltens des Direktors sind diese Versuche bisher ohne Erfolg gewesen. Die Ausgeperrten stehen einmütig zusammen und erwarten nach wie vor die moralische Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft.

Deutscher Transportarbeiterverband
Bezirk Groß-Berlin.

Zum Kasseler Brauerarbeiterstreik.

Wir weisen darauf hin, daß man auch in Berlin eifrig nach unorganisierten Brauern sucht. Geboten werden 36 M. Lohn pro Woche und freie Reise. Meldungen werden in der Linienstr. 112 im Restaurant entgegengenommen.

Wir erfragen die Kollegen, solche Angebote energisch zurückzuweisen.

Deutsches Reich.

Der Streik der Maler und Anstreicher in Kottbus dauert nun bereits sechs Wochen. Trotzdem insgesamt 33 Unternehmer mit 140 Gehilfen den Tarifvertrag unterschrieben haben, weigern sich die paar noch übrigbleibenden organisierten Unternehmer hartnäckig, dieselben Bedingungen zu akzeptieren. Von den organisierten Unternehmern haben vier den Tarif unterschrieben anerkannt und sind aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Es werden jetzt noch 11 Unternehmer, die vor dem Streik etwa 80 Gehilfen beschäftigten, bestrickt. Die Streikenden sind trotz der schwarzen Liste, die jede Woche prompt in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ veröffentlicht wird, bis auf wenige in Arbeit. Der Streik geht daher weiter bis die Anerkennung des Tarifes erreicht ist. Die Fernhaltung des Zuguges ist auch weiterhin dringend geboten!

Der Buchdruckerverband im Jahre 1913.

Es waren am 1. September v. J. 25 Jahre verfloßen, seitdem der Sitz des Verbandes sich in Berlin befindet und Emil Döblin an der Spitze desselben steht. Es gibt wohl keine zweite gewerkschaftliche Organisation, die in diesem Zeitraum eine solche Entwicklung aufweisen kann. Wir sehen da ein Anwachsen der Mitgliederzahl von 12 610 auf 68 916, ein Anwachsen des Verbandsvermögens allein in der Hauptkasse von 270 626 auf 10 658 111

Kleines Feuilleton.

Der Feind als Freund. Der Junker von Puttkamer, der im Herrenhaus gegen uns loslegte, gehört zu jenen Instrumenten der Vorsehung, die eben der Sache, die sie vernichten möchten, schädliche Dienste leisten. Nicht bloß, indem sie durch borniertes und maßloses Heben wertvolle Empörung wecken und ihre ganze Partei kompromittieren, sondern auch im einzelnen. Rämlich so. Dem Genossen Göbke sagte dieser Puttkamer nach, er habe dazu aufgefordert, im Namen Gottes Bomben auf die Straße zu werfen. So hat der Mann es in seinen Zeitungen gelesen, so liest es wieder in allen Zeitungen, die seine Rede bringen. Daß seine Zeitungen lügen, will ihm nicht in den Kopf. Er ist so beschränkt, dieser Wirkliche Geheim-Oberregierungsrat v. Puttkamer, daß er tatsächlich glaubt, Göbke sei so dumm, derartiges Zeug zu reden. Er weiß so wenig Bescheid, daß er den Redakteuren seiner Blätter zutraut, sie glaubten selber an die kindischen Schauererzählungen, die sie doch nur aufzischen, um die Sozialdemokratie zu verleumdern und zu schädigen.

Aber nun begibt sich folgendes. Der konservative Leser sieht diese Dinge in seiner Zeitung. Er liest auch die Brandreden der Puttkamer und Genossen. Die Fußtritte für die säumige Staatsanwaltschaft. Aber - es geschieht nichts. Was tut der konservative Leser? Entweder - das soll vorkommen - er denkt nach und sagt sich: da die Staatsanwaltschaft nichts tut, muß die Geschichte sich wohl anders verhalten, es muß irgend jemand geschwindelt haben, der Redner, der Redakteur, der Gewährsmann - vielleicht alle zusammen. Oder - das ist die Regel - der Leser sagt sich: also das darf ein Sozialdemokrat sagen, so weit sind wir gekommen! Welche Macht muß diese Partei schon haben, daß so etwas möglich ist! Man mag sich nicht mehr an sie heran!

Damit ist für uns viel gewonnen, denn die Macht zieht ungezählte Solde und Schwache zu sich heran. Zu denen gehört der Junker von Puttkamer freilich nicht, aber er zählt zu jenen Schwachköpfen, die wirklich solche albernsten Geschichten wie jene über Göbke glauben. Daran glauben und sie weiterverbreiten, um sich, da nichts dagegen geschieht, heillos zu blamieren.

Uff, wie die wütendsten Reaktionäre einlenken müssen, wenn sie Minister sind. Sie berichtigen zwar nicht den Irrtum, in der Sache lassen sie nichts tun. Warum erklären sie das? Weil sie längst, mit lechzenden Jüngern, hinter der Affäre hergelaufen sind, aber nichts, gar nichts gefunden haben, wo sie hinterhaken könnten. Sie sind nicht ehrlicher, diese Minister, aber weniger dumm als ihre unverantwortlichen Parteifreunde.

Aber die einen wie die andern sind im Grunde unsere Parteifreunde

Das Museum für Völkerkunde in Dahlem. Der in der Nähe des Untergumbdahnwegs Dahlem-Dorf in Dahlem gelegene mächtige, etwa 80 000 Quadratmeter große und jetzt noch zum größten Teil mit freihändigen befindliche Baublock ist dazu bestimmt, zwei große Neubauten für das Völkerkunde-Museum aufzunehmen. Nach Vollendung dieser Bauten verbleibt in den jetzigen Räumen des Museums für Völkerkunde in der Königsgräber Straße in Berlin nur die vor- und frühgeschichtliche (prähistorische) Abteilung.

„Reine Kameraden und der Herr Leutnant!“
„Wer sind unanständige Leute?“
„Frauenzimmer und Sozialdemokraten!“
„Woran erkennt man Frauenzimmer?“
„Sie gehen in Samt und Seide und werfen frohe Blicke!“
„Woran erkennt man einen Sozialdemokraten?“
„Er läßt einen zu einem Glas Bier ein und rüttelt am Stoo!“
(Aus dem „Simplicissimus“.)

Notizen.

Die Arbeitermöbel im Gewerkschaftshaus sind Montag, Mittwoch und Sonnabend von 6-9 Uhr zu beschäftigen. Sachberater sind stets anwesend.

Vorträge in der Bugra. Schon die vorjährige Vortragerausstellung hat mit ihren Gratisführungen durch Sachverständige etwas Besonderes. Auf der Buchgewerbeausstellung werden vom Donnerstag an (jeweils zwischen 5 und 6 Uhr) literarische Vorträge und Vorklesungen in der Halle des „Deutschen Buchgewerbes“ gratis veranstaltet.

Der 19. Deutsche Geographentag begann am Dienstag in Straßburg unter Beteiligung von etwa 400 Freunden der geographischen Wissenschaft. Auf ihm werden alle Hauptgegenstände der neuesten Forschungsbereiche und die letzten Erdbeben behandelt werden.

Um Bahnrufes Ehre wird jetzt auch noch ein Zeitungsprouzet entbrennen. Kapellmeister Weidert will das Sprachrohr der Bahnrufespartei, die „Münden-Augsburger Abendzeitung“, wegen verkehrlicher Verleumdung belangen, weil sie statt seine Verleumdungen abzurufen, ihr mit Schmähungen überhäuft habe.

Eine Bernstein-ausstellung. In London haben die königlich preussischen Bernsteinbergwerke eine Ausstellung von Lebenswürdigkeiten veranstaltet, die während der letzten 30 Jahre in diesen Minen gefunden worden sind. Die Bergwerke liegen ausschließlich in Ostpreußen. Hunderte von Bernsteinstücken in roher und geschliffener Form veranschaulichen die Art des Vorkommens und die Möglichkeiten der Verarbeitung. Die größten Merkwürdigkeiten aber sind die Stücke, die Einschüsse von Pflanzen, Vogelfedern, Tierhaaren und Insekten enthalten.

Der Kartenpielende Hund. Allen Verehrern der rechnenden und denkenden Tiere wird es eine Genugtuung bereiten, nun auch von einer Kartenpielenden Hündin zu hören. Sie ist einem Gärtner im ostpreussischen Pleden Klein-Dlesko zu eigen und spielt mit ihrem Herrn tadellos Sechszündschig. (Wer's nicht glauben will, wende sich an die „Dleskoer Zeitung“, deren Redakteure dabei waren, wie „Kumi“ gewann.)

Der Fernsprecher als Beduhr. Die Londoner Fernsprechkämter führen seit kurzer Zeit eine Liste der „Fernhafter“, die sich nach besonderer Uebereinkunft mit der Fernsprekverwaltung gegen eine bestimmte Gebühr weiden lassen. Ganz billig ist die Verwendung des Fernsprechers als Beduhr nicht, denn es kostet jedesmal 3 Pence, also rund 25 Pf., wenn man sich weiden läßt. Dafür arbeitet dieser Fernsprecher als Beduhr aber auch durchaus fehlerlos; man kann sich um 8 oder 4 Uhr morgens weiden lassen. Der Fernsprecher klingelt unermüdblich weiter, bis der Hörer abgehoben ist.

Marx. Dabei hat es nur ein einzigesmal ein Zurückgehen an Mitgliedern und Vermögen gegeben. Das war im Jahre 1892, als Folge der sängerischen Niederlage in dem Kunsthandelskampfe. Die Fluktuation ist dem Buchdruckerverband gänzlich unbekannt. Ueber 90 Proz. der Berufsangehörigen gehören ihm an. So reichlich auch der sich eine „aristokratische“ Gewerkschaft nennende Gutendbergbund alle Agitationskünste spielen läßt und so sehr auch die Wähler und Wähler der Zentrumspresse, die christlichen Gewerkschafts- und die geistlichen Oberen sich für diese „aristokratische“ Gewerkschaft ins Zeug legen, der Verband bleibt unberührt von diesem Treiben.

Die materiellen und ideellen Erfolge in den 25 Jahren können sich recht wohl sehen lassen. Der Lohn wurde im ganzen Verbandsgebiete um 81 Proz. erhöht. Durch die Bestimmungen des Tarifvertrages, der in so ausgebauter Form und einheitlicher Durchführung seinesgleichen nicht hat, sind für besondere Gruppen (Maschinenbauer) noch sehr erhebliche Zuschläge geschaffen. Außerdem existieren 622 lokale Feuerzuzuschläge (vor 25 Jahren nur 87), die für nicht weniger als 89,1 Proz. aller Gehilfen Geltung haben. Da die Buchdrucker überdies einen Minimaltarif besitzen, so entspricht ihnen daraus noch ein anderer Vorteil: 94,4 Proz. werden zum Minimallohn entlohnt, 55,5 Proz. aber darüber. Unter Einrechnung bestimmter Spezialgruppen würde das Verhältnis noch besser werden. Durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung um vier Stunden wöchentlich ist jetzt eine Wochenarbeitszeit von 53 Stunden die Regel, die von den Maschinenbauern mit zwei Stunden weniger durchbrochen wird. Das Belohnungswesen ist gegen früher bedeutend verbessert; in einigen Gegenden ergibt sich jedoch noch ein merklicher Abstand. Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker umfaßt nunmehr 8500 Firmen in 2400 Orten und 70.000 Gehilfen, hat also beinahe restlos alles im Gewerbe erfasst.

Am Jahre 1910 ist auf Unternehmerseite die Scharfmacherei in weiterer Ausbreitung begriffen gewesen, die auf eine erhebliche Umgestaltung der Dinge und Zurückdrängung des Verbandes abzielt. Es haben deshalb lebhaft Auseinandersetzungen zwischen der Leitung des Verbandes und den Vertretern der Unternehmer, namentlich aber zwischen dem Verband und dem Prinzipalorgan stattgefunden. Es wird aus diesem Grunde den deutschen Buchdruckerunternehmern vor Augen geführt, wie in Oesterreich bei dem langen und sängerischen Kampfe 1913/14 zur Erneuerung des Tarifrechtes sich gerade die Vermittlung des deutschen Tarifamtes bewährt habe; dort hatten die Unternehmer sich von den großindustriellen Scharfmachern zu stark beeinflussen lassen.

Dem Gutendbergbund hat die Leitung der Unternehmerorganisation durch Ausstellung eines zweifelhaften Sichtwechsels für die nächste Tarifrevision (1916) die Hände gebunden in den Angriffen auf die Tariforgane. Dafür verdrängte diese Arbeiterorganisation ihre Äntzen auf den Verband. Kürzlich hat sie eine Agitationsbroschüre herausgegeben, die mit dem hilflossten Zeug über den Zweck der politischen Drangsalation bestimmt erscheint. Eine nette „christliche“ Gewerkschaft!

Die Arbeitslosigkeit ist bei den Buchdruckern teils durch die wirtschaftlich ungünstigen Verhältnisse, noch mehr aber durch die Folgen der maschinellen Entwicklung weiter gestiegen: 5,50 Proz. Arbeitslose, gegen 4,75 Proz. in 1912. Die durchschnittliche Dauer eines jeden Falles von Arbeitslosigkeit erhöhte sich von 24,75 auf 26,50 Tage, und zur Unterstützung der Arbeitslosen hatte ein jedes Mitglied im Jahre 1913 22,10 M. beizubringen gegen 20,80 M. in 1912. Im ganzen mußten im Berichtsjahre 1.513.827 M. zur Unterstützung der Arbeitslosen aufgewendet werden, das sind gegen 1912 rund 136.000 M. mehr. Wegen der enormen Belastung wurde im Jahre 1913 die Erhöhung des Verbandbeitrages um 10 Pf. vorgenommen. Im ganzen führt die Buchdruckerorganisation neun Unterstützungszweige, unter denen die für Arbeitslose, Reisende, Kranke und Invaliden die wichtigsten sind. Das gesamte Unterstützungswesen erforderte 1913 lediglich bei der Hauptkasse eine Ausgabe von 2.967.414 M., das sind 201.240 M. mehr als 1912. Trotz dieser bei 68.915 Mitgliedern gewiß höchst respektablem Leistungen vermochte die Hauptkasse noch 889.320 M. gutzumachen, so daß mit einem Kassensolde von 10.658.111 M. am Jahresabschluss zum erstenmal die sechste Million Vermögen überschritten werden konnte. Für Unterstützungszwecke hat seit Bestehen des Buchdruckerverbandes allein die Hauptkasse 42 Millionen Mark verausgabt, mit den Gau- und lokalen Kassen zusammen 64 Millionen Mark.

Ausland.

Solidaritätsstreik mit den Tabakarbeiterinnen?

Rom, 31. Mai. (Fig. Bez.) Die seit 40 Tagen streikenden Tabakarbeiterinnen wenden sich durch ihre Agitationskomitee an alle Arbeiterkassen des Landes, um die Proklamierung des Solidaritätsstreiks zu erzielen. Sie machen geltend, daß die Regierung mehr als 16.000 Arbeiterinnen zum Streik gezwungen hat, weil sie eine Bestimmung der Arbeitsordnung der staatlichen Tabakfabriken außer acht läßt, die die tatsächliche Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich festsetzt, falls nicht die Nachfrage nach Zigarren den achtstündigen Arbeitstag unerlässlich macht. In der gestrigen Kammer Sitzung hat Genosse Peroni die Angelegenheit zur Sprache gebracht und die Befolgung des Reglements gefordert, natürlich erfolglos, denn nur 41 Abgeordnete stimmten für den Antrag Peroni und 177 dagegen. Trotzdem hat eine Solidaritätskundgebung in Form eines Generalstreiks wenig Aussicht auf einmütige Durchführung. In Italien wird in den meisten Fabriken zehn Stunden und darüber gearbeitet. Es ist daher nicht zu erwarten, daß die Masse der Arbeiter sich zu großen Opfern versteht, um einer Kategorie den Siebenstundentag zu erringen.

Rom, 2. Juni. (Private Telegramm des „Vorwärts“.) Der Versuch, zugunsten der streikenden Tabakarbeiterinnen einen Generalstreik ins Werk zu setzen, den die Konsolidierung der Arbeit widerstanden hätte, ist völlig mißglückt. Der Sympathiestreik wird nur in Neapel, Vucca, Palermo und einigen kleineren Orten durchgeführt. Es ist dabei zu keinerlei Zwischenfällen gekommen.

In den Warschauer Gasanstalten ist vor einigen Tagen ein Streik ausgebrochen, welcher durch Entlassung eines Mitgliedes des Krankenkassen-Ausschusses hervorgerufen wurde. Dies ist bei den Gasanstalten bereits ein dritter derartiger Fall. Die Direktion der Gasanstalten beschloß, sich nach Deutschland zu wenden, um von dort Streikbrecher (Reisler) zu holen. Es falle also kein Gasarbeiter auf Arbeitsangebots nach Warschau hinein, denn es handelt sich um Streikarbeit.

Zehnter Verbandstag des Holzarbeiter-Verbandes.

5. Verhandlungstag. Abend Sitzung.

Dresden, den 29. Mai 1914.

Zu der Frage der Krankengeldzuschüsse aus Lokalfassen erklärt Leipart: Die Gewerkschaft sei keine Krankenkasse; es erhebe sich die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaft, wenn für solche Zwecke die Mitglieder durch lokale Zuschüsse in Anspruch genommen würden. Es soll deshalb beschlossen werden, daß keine neuen Lokalförderträge für die Krankenerkennung eingeführt werden dürfen.

Glode-Verein begründet einen Antrag auf Einführung eines Verfalls. Er komme den Wünschen der Mitglieder entgegen, die Entscheidung über wichtige Aktionen werde einer größeren Körperschaft überwiesen. Angenommen wurde folgender Antrag: Der Verbandstag erkennt an, daß bisher schon bei allen wichtigen Anlässen in weitmöglichster Weise eine vorherige Verhandlung zwischen dem Vorstand, den Gauvorstehern und den beteiligten Kollegen stattgefunden hat und kein Anlaß besteht, an diesem Zustand grundsätzlich etwas zu ändern.

Um dem vorhandenen Bedürfnis einer möglichst umfassenden und schmeißeligen Information in weitergehendem Maße zu entsprechen,

wird dem Vorstand zur Erziehung anheimgegeben, solche Konferenzen, wie sie bisher schon mit den Gauvorstehern stattgefunden haben, in Zukunft auch mit den leitenden Lokalfassen abzuhalten.

Bei dem Punkt „Geschwerden“ kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die von Berlin gestellten Anträge betr. den Bau des Verbandshauses. Hin-Hannover erhob heftige Vorwürfe gegen die Jahreshalle Berlin, die von Leipzig und Glode als unberechtigt zurückgewiesen wurden. Die Anträge fanden Erledigung durch Uebergang zur Tagesordnung oder Ablehnung.

6. Verhandlungstag.

Unter anderem wurde beschlossen, eine Sammelstelle für wichtiges Material zu schaffen, eine planmäßige Agitation unter den in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiterinnen zu betreiben, weiter bei der Generalkommission die Herausgabe eines Gewerkschaftsblattes in französischer Sprache zu betreiben, der Hygiene in den Arbeitsräumen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Eine längere Debatte entspann sich über die Einberufung von Branchenkongressen. — Der vorgeschlagene Zeit wegen wird das Referat über: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Aufgaben und Ziele des Verbandes“ von der Tagesordnung abgesetzt. Es soll jedoch als Flugdrift verbreitet werden. Zustimmung findet ein Antrag des Vorstandes, betreffend Einrichtung einer Unfall-Unterstützungskasse für Verbandsfunktionäre.

Der nächste Verbandstag wird in Hamburg abgehalten.

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes ist in der Angelegenheit des Werftarbeiterstreiks eine Erklärung eingegangen. Leipart berichtet darüber: Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat aus den Verhandlungen über den Werftarbeiterstreik den Eindruck gewonnen, als ob ihm der Vorwurf gemacht werden sollte, er habe die übrigen Verbände majorisiert. Dazu könne er (Leipart) erklären, daß ein solcher Vorwurf nicht erhoben werden sollte. Alle Beschlüsse seien in gemeinsamen Sitzungen nach vorhergegangener Verständigung gefaßt worden. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes habe nicht beansprucht, seiner großen Mitgliederzahl wegen berücksichtigt zu werden.

Leipart gibt zum Punkt Gewerkschaftskongress kurz Auskunft über das dem Gewerkschaftskongress vorliegende Regulatorium betreffend gemeinsamer Aktionen der Gewerkschaften. Laut Beschluss soll der Vorstand zwei Delegierte entsenden.

Ueber den internationalen Holzarbeiterkongress referiert Leipart. Das Schwergewicht müßte auf die Fragen der Arbeitszeit gelegt werden. Im Auslande betrage die Arbeitszeit teilweise noch 10 und 11 Stunden. Am internationalen Kongress nehmen 6 Vertreter des Holzarbeiterverbandes teil.

Mit Rücksicht auf Vorgänge in Hamburg spricht Leipart den Wunsch aus, die Zahl der Vorstandsmitglieder in geheimer Abstimmung vorzunehmen. Bei der durch Affirmation vorgenommenen Wahl wurden sämtliche Vorstandsmitglieder und Gauvorsteher einstimmig wiedergewählt.

Nach einem Schlußwort Leiparts wurde die Generalversammlung in der üblichen Weise geschlossen.

Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

(Lehter Verhandlungstag.)

Hamburg, 30. Mai 1914.

Am Sonnabend wurde zunächst der Rest der Anträge erledigt. Altvater-Stuttgari und Genossen beantragten eine Statutenberathungskommission einzusetzen, die jeweils vor dem Verbandstage alle vorliegenden Anträge durchberaten soll. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag angenommen.

Roß-Verein berichtete nunmehr über die internationale Verbindung.

Die Beziehungen zwischen den einzelnen Bruderorganisationen haben sich in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Einige Verbände haben sich während der Berichtsperiode neu angeschlossen. Die Rapporte der angeschlossenen Organisationen laufen heute prompter und gewissenhafter ein. Der gegenwärtige Mitgliederstand der einzelnen Organisationen ist folgender:

Diese Zahlen entsprechen dem Mitgliederstande zu Anfang des Jahres 1913.

Land	Arbeiter	Mitglieder
Belgien	Gemeinde- und Staatsarbeiter	3.098
Böhmen	Gemeinde- und Staatsarbeiter	1.600
Dänemark	Kommunalarbeiterverband	2.810
Dänemark	Arbeitsmännerverband	3.500
Deutschland	Gemeinde- und Staatsarbeiter	48.021
England	Gemeindearbeiter	24.140
Frankreich	Gemeindearbeiter	10.000
Holland	Gemeindearbeiter	5.477
Luxemburg	Gemeindearbeiter	83
Schweden	Gemeindearbeiter	2.004
Schweiz	Gemeinde- und Staatsarbeiter	2.500
Zusammen		168.083 Mitglieder.

Gauleiter Schöneberg-Hamburg beantragte, nachdem der Verbandstag beschlossen hat, die Anstellung eines internationalen Sekretärs zu empfehlen, daß die Kontrolle wie auch die Ausübung des Sekretariats dem deutschen Verbandsvorstande übertragen werde. Roß wandte sich gegen diesen Vorschlag und meinte, daß die Kontrolle der angeschlossenen Organisationen zuziehen. Die Verammlung stimmte aber mit großer Mehrheit dem Antrage Schönebergs zu.

Als Delegierte zur nächsten internationalen Konferenz, die 1916 in London stattfindet, wurden bestimmt: 2 Mitglieder des Verbandsvorstandes, der Vorsitzende der Filiale Berlin, Riedel-Hamburg, Sebald-Wünchen, Ehret-Kürnberg, Pfeiffer-Treben und Besolowski-Königsberg. — Ueber

Koalitions- und Streikrecht

sprach der Verbandsvorstand Dittmer. Er schilderte den Entwicklungsgang des Verbandes und die Arbeitsverhältnisse in den Gemeindebetrieben. Der Gemeindearbeiter war auch dann immer noch von der Gnade der Stadtverwaltung abhängig, als in den anderen Verufen die Gewerkschaften bereits einen großen Einfluß gewonnen hatten. Der Verband wurde erst beim Streik der Berliner Gasarbeiter 1896, der die Befestigung der 18stündigen Wechselschicht bezweckte, aus der Taufe geboren. In den Köpfen der bürgerlichen Stadträte spukt auch heute noch die Idee von der Unterordnung des städtischen Arbeiters. Wenn immer noch gemischt-wirtschaftliche Betriebe eingerichtet werden, so geschieht dies mit aus dem Grunde, die Ausbreitung der Organisation und die Vermehrung ihres Einflusses zu hindern. Mit der Verleihung des Beamtencharakters verliert die Stadtverwaltung den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht zu nehmen. Das gleiche Ziel streben gewisse Bestimmungen der Arbeitsordnungen an. Die Gewerbeordnung wird noch häufig genug von den städtischen Betrieben gar nicht anerkannt, und nicht selten wird von den Stadtverwaltungen die Ruhepflicht der Gewerbebetriebe dekretiert. Einzelne Behörden gehen sogar so weit, in die Arbeitsordnungen Bestimmungen einzufügen, die nichts Geringeres bedeuten als die Gemeindearbeiter zum Streikdruck zu zwingen. In neuerer Zeit machen sich nun Bestrebungen bemerkbar, durch Schaffung von gesetzlichen Bestimmungen das Koalitionsrecht der Gemeinde- und Staatsarbeiter, wie auch der Transporthilfsarbeiter zu beseitigen. Wenn der Reichstag bisher noch standhielt, so nur deshalb, weil er den offenen Angriff scheut. Auf Umwegen werden aber die Scharfmacher schon ihr Ziel erreichen. Die Politischerklärung der Gewerkschaften ist der Auftakt zu den kommenden Kämpfen. Einige Filialen sind auch schon von dem Schicksal der Politischerklärung ereilt worden. Die öffentlichen Betriebe scheinen, wie auch die Verichte der Auslandsorganisationen befanden, ganz besonders zum Experimentierfeld für Koalitionsbeschränkung auserwählt zu sein. Dem muß sich der Verband mit aller Macht entgegenstellen, den

letzten Indifferenten zur Organisation holen, um bei den bevorstehenden Kämpfen gerüstet dazustehen. Zum Schluß seiner Ausführungen empfiehlt Dittmer eine Resolution, in der gesagt wird:

Der 7. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die geplanten und neu geschaffenen Koalitionsbeschränkungen im Straßengebiet, im Entwurf zum bayerischen Gemeindebeamtengesetz sowie in der überaus willkürlichen polizeilichen Auslegung und Handhabung des Vereinsgesetzes.

Der Verbandstag als die Vertretung von 54.000 organisierten Gemeinde- und Staatsarbeitern hält die vollständige Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts aller Arbeiter öffentlicher Betriebe für unbedingt erforderlich, sollen nicht die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritte dieser Arbeiterkategorieen schweren Schaden erleiden.

Die beste Gewähr gegen Streiks in öffentlichen Betrieben erblickt der Verbandstag in der vollen Anerkennung der Organisation, wodurch ein Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung und Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen wird. Die Unterstellung aller Arbeiter öffentlicher Betriebe unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung ist ferner dazu angeht, den gewerblichen Frieden zu erhalten.

Zu dieser Frage liegt ein Antrag Düsseldorf vor, der will, daß der Verbandstag den Verbandsvorstand beauftragt, im Falle eines ernstlichen Angriffes auf das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter öffentlicher Betriebe oder einzelner Kategorien derselben unverzüglich einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Dieser Antrag wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Die Resolution fand einstimmig Annahme. Karole-Berlin referierte nun über den Münchener Gewerkschaftskongress. Er verarbeitete sich in der Hauptsache über die Grenzstreitigkeiten und über die Frage der Betriebsorganisation. Er wünscht, daß diese Streitigkeiten in München ihrer Lösung näher gebracht werden. Die Resolution, die allerdings die Vorstandskonferenz dem Kongress unterbreite, bedeute eher eine Verhärtung des seitdemigen Zustandes.

Cohen-Berlin empfiehlt dem Verband, mit allen im Vertracht kommenden Organisationen Fühlung zu nehmen, um eine Verständigung herbeizuführen. Einer endgültigen Lösung nach dem Wunsch der Gemeindearbeiter fänden die zu verschiebenden Interessen der anderen Gewerkschaften gegenüber. Die Generalkommission betrachte es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben, in diesen Streitfragen allen Interessen nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Karole erklärte in seinem Schlußwort, daß die Lösung der Grenzstreitigkeiten im Sinne der Betriebsorganisation keineswegs nur im Interesse der Gemeindearbeiter liege. Die Betriebsorganisation sei die höhere Form der Organisation.

Zum Gewerkschaftskongress wurden 3 Vorstandsmitglieder und weitere 15 Delegierte gewählt.

Zum internationalen Kongress wurde der 1. Vorsitzende des Verbandes bestimmt.

Hiermit waren die Arbeiten des Verbandstages erschöpft. Der nächste Verbandstag findet 1917 in Nürnberg statt.

Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

Leipzig, 31. Mai.

In einer am Sonnabend abgehaltenen Eröffnungssitzung konstituierte sich die Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer. Aus dem gedruckt vorliegenden

Geschäftsbericht des Vorstandes

führen wir folgendes an:

Das Jahr 1913 war für den Verband ein Sturmjahr im vollen Umfang. Die Organisation stand im harten Kampf in der Binnenschiffahrt, im Hochseefischereibetrieb und war mitbeteiligt an dem unglückseligen Kampf auf den Seeschiffswerften. Außerdem hatte sie noch eine größere Zahl kleinerer Kämpfe zu bestehen. Doch nicht nur schwere Kämpfe waren zu bestehen, welche die Mittel des Verbandes in außerordentlichem Maße in Anspruch nahmen, sondern auch innere Krisen. Doch mit einer gewissen Verdrückung kann konstatiert werden, daß der Verband die schweren Schläge ausgehalten und ohne Schaden zu nehmen überwunden hat. Hat es einerseits nicht an Fehlschlägen gefehlt, so vermochte der Verband aber auch schöne Erfolge zu erringen und bestend und bestend in das Lohn- und Arbeitsverhältnis seiner Mitglieder einzugreifen. Dank der Mitarbeit vieler Kollegen und Vertrauensleute wurden bedeutende wirtschaftliche Fortschritte erzielt, und die Mitgliederzahl konnte trotz Krise und anderer Hemmnisse weiter gesteigert werden.

Die Mitgliederzahl am Jahresabschluss 1913 betrug 26.267 und war auch die Beitragszahlung durchschnittlich eine recht gute. Wohl wurden in der Berichtszeit an 14.152 Mitglieder aufgenommen, doch blieb die Zunahme nur 1098 gleich 14,1 Proz. Die Fluktuation herricht also auch in diesem Verande hart.

Angriffstreiks fanden 52 für 406 Betriebe mit 3357 Beteiligten statt. Erreicht wurden für 706 Mitglieder 4386 Stunden Arbeitszeiterkennung pro Woche und eine Lohnhöhung von 4075 Mark für 1496 Mitglieder. Außerdem wurden noch Zuschläge für Ueberstunden und für Sonn- und Feiertagsarbeit erzielt.

Abwehrstreiks mußten 8 geführt werden, die 8 Betriebe mit 126 Mitgliedern umschloßen. Es handelte sich darum, Lohnregelungen und Lohnreduzierungen abzuwehren. Auch fanden 17 Aussperrungen statt. Von diesen endeten 4 mit vollem und 9 mit teilweisem Erfolg. Der Erfolg bestand in diesen Fällen in Arbeitszeiterkennung und in Lohnreduzierungen.

Lohnbewegungen ohne Einstellung der Arbeit fanden 265 statt. Erreicht wurden dabei 552.192 Stunden Arbeitszeiterkennung und eine Lohnreduzierung von 721.004. Ferner wurde für eine große Anzahl Kollegen Urlaub von 2 bis 14 Tagen herausgeholt.

Tarife bestanden am Jahresabschluss 1913 83, mit deren Abschluß gute Erfolge betreffs Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, Zuschüsse für Ueberstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit, Gewährung von Ferien, sowie Verbesserung der hygienischen Einrichtungen in den Betrieben erreicht wurden.

Das Verbandsvermögen betrug am Jahresabschluss 1913 257.972,75 M., am Jahresabschluss 1912 dagegen 372.521,57 M. Dem steht 1913 eine Ausgabe von 748.304,53 M., und im Jahre 1912 eine solche von 440.018,76 M. gegenüber. Die Mehrausgabe seit sich aus Mehrkosten an Streik- und Aussperrunterstützung zusammensetzen.

Die Verhandlungen begannen am 1. Pfingstfeiertag mit der mündlichen Erläuterung des Geschäftsberichtes durch den Vorsitzenden Scheffel. Er schilderte, wie 700 bis 800 Deputierte 8 Wochen ausgesperrt wurden, weil sie nicht die Generalratsversammlung, sondern der tariflichen Bestimmung gemäß, die Beschlüsse der Einnahme von Maschinisten durch die Reederei zu erfüllen habe, handelten. Auch wurde bei dieser Gelegenheit versucht, für die Maschinisten der Fischdampfer einen gelben Verein zu gründen. Die Regierung arbeitete während des Kampfes, daß statt des zweiten Maschinisten ein Oberheizer fahren könne. Nach 26 Wochen mußte der Kampf aufgehoben werden und wurde nichts weiter erzielt, als daß die alten tariflichen Bestimmungen nicht neue anerkannt wurden. In flammenden Worten forderte Redner zum Protest gegen die Gabelnpolizei und die Reichsregierung auf, indem er die Schranken schilderte, womit die Streikposten beimgefühlt wurden. Ohne Streikposten sei heute fast jeder Streik verloren, da den Arbeitgebern alle Wege offen ständen zur Anwendung von Arbeitsmilizen. Der Verbandstag mußte laut und energisch die Befestigung des § 153 der Gewerbeordnung fordern und auf die Gewährung eines vollen, freien Koalitionsrechtes drängen.

Redner schilderte dann den Kampf in der Binnenschiffahrt, hierbei wurde scharfe Kritik an der Agitationsform des Trans-

potentatverbände gelöst. Uebergend zu dem Kampf auf den Geschäftswerten schiedliche Scheffel die sorgfältige Vorbereitung der Bewegung seitens der betreffenden Vorstände; doch plötzlich fand in Hamburg die Niederlegung der Arbeit statt, weil ein Vertrauensmann gemahnt wurde, und damit war jede Verständigung mit dem Arbeitgeberbund unterbunden. Der Vorstand sah die Arbeitniederlegung als einen wilden Streik an und bewirkte die Streikunterstützung und sperrte auch die Vorkassisten. Die Sperrung der Vorkassisten hat nun einen Antrag gestellt, der will, daß den Ortsgruppen die alleinige Verfügung über die Vorkassisten zusteht.

Durch die starke Inanspruchnahme der Kasse, nicht nur durch die Kämpfe, sondern auch durch das Anwachsen der Erwerbslosenunterstützung sei eine finanzielle Stärkung der Verbandskasse sehr notwendig. Und ihn freue es, daß Anträge auf Beitragserhöhung vorliegen. Der Vorstand sei auch einer minimalen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung nicht abgeneigt.

Der Kassendirektor wird vom Kassierer Klein, der Aufsichtsbereich von Becker, der Redaktionsbereich vom Redakteur Ritzschmid erstattet.

Leipzig, 1. Juni.

2. Verhandlungstag.

In der

Debatte über den Vorstandsbericht

wurden von den Hamburger Delegierten Ausführungen über den Werftarbeiterstreik gemacht. Die Redner beurteilten die Maßnahmen des Vorstandes. — Günter v. Bremen ist der Meinung, daß der Streik auf den Fischdampfern nicht wegen gemachter Fehler, sondern lediglich durch das Verhalten des Transportarbeiterverbandes gescheitert ist. Die Auffassung der Hamburger im Werftarbeiterstreik könne er nicht teilen. Disziplin müsse in der Gewerkschaftsbewegung sein. Doch hätte der Vorstand auch Fehler gemacht, vor allem dürfte er, nachdem der Streik ausgebrochen war, die Unterstützung nicht verweigern. Von anderer Seite wurde auf die Vorgeschichte der Hamburger Werftarbeiterbewegung eingegangen und betont, daß den Maschinen in diesem Kampfe nichts weiter übrigbliebe, als Solidarität gegenüber den anderen Organisationen zu üben und mitzumachen. Die Schwierigkeiten, die dem Vorstande aus dieser Bewegung erwachsen, wurden vielfach anerkannt.

Reichel, Vertreter des Metallarbeiterverbandes, betont, daß man sich nicht mit der Werftarbeiterbewegung als Einzelschicksal beschäftigen solle, sondern hierbei müsse das ganze Verfassungsverhältnis der Gewerkschaften behandelt werden. Bei Führung der Kämpfe dürfe man sich nicht von Gefühlsregungen leiten lassen. Das führt nur zu planlosem Draufgehen, das die Arbeiter meistens teuer bezahlen müssen. Die Führer haben nicht so gehandelt, weil sie den Arbeitern schaden wollten, sondern sie haben jene Gesetze, die die Arbeiter selbst in ihren Statuten geschaffen haben, respektiert. Man tue den Führern bitter Unrecht, wenn man sie beschuldigt, sie hätten die Fühlung mit den Arbeitern verloren. Daß man für alle Vorstände erklären, daß sie sich viel lieber an die Seite der Werftarbeiter gestellt hätten, aber sie konnten es nicht, weil die Arbeiter die Vorstände verlassen hatten, weil sie selbstgezeichnete Beschlüsse und Gesetze nicht anerkennen. Dieses Vorgehen auf alle Gruppen der Organisation übertragen, würde einfach zur Anarchie führen. Im weiteren legte der Redner Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß der Vorstand der Maschinen vom Vorstand der Metallarbeiter abhängig sei. Er könne aber versichern, daß die Metallarbeiter stets befreit seien, ein drüberliches Zusammenarbeiten mit dem Verband der Maschinen zu ermöglichen.

Brunow, Düsseldorf wünscht, daß die Grenzstreitigkeiten nicht mit solcher Geschäftigkeit geführt werden. Sabrowsky, Berlin plädiert für eine Erhöhung der Beiträge, um die Kampfsfähigkeit des Verbandes zu erhöhen; doch dürfe unter keinen Umständen eine Erhöhung der Unterstüzungseinrichtungen erfolgen.

Nachdem noch allerlei Anregungen betreffs der Kasse und der Agitation gemacht waren, erhielt Sabath als Vertreter der Generalkommission das Wort. Die Generalkommission debattiere die häßliche Form, in der oft die Grenzstreitigkeiten geführt werden, und deshalb unterbreite sie dem Verfassungskongress einen Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichtes, das endgültig entscheiden soll und dessen Schiedspruch sich die Organisationen fügen müssen. Im weiteren betont er, daß die Generalkommission noch wie vor auf dem Boden der Berufsorganisation steht und deren Entwicklung zu Industrieverbänden fördert.

Jugendliche als Ausbeutungsobjekte.

Nach der Wille der politischen Polizei gelten Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre als „Jugendliche“, nach der Gewerbeordnung gehören nur die 14 bis 16-jährigen zu den Jugendlichen, denn Jugend als Begriff der Schutzbefürchtung ist dem Kapital fremd und läßt sich. Seine Arbeitskraft ist ihm zu jung, um nicht seine Ausbeutungslust zu reizen. Von politischen Gedanken, die doch vom Arbeiterinteresse geboten werden, hält man die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre mit allen Mitteln der Staatsbrutalität und der Parteilichkeit fern; mit zügellosem Gier dagegen zwingt die Politik der Herrschenden die Jugendlichen, ja selbst die Kinder in immer wachsender Zahl in dumpfe, die Gesundheit schädigende Fabriken hinein. Und die Jungen und die Jüngsten in den Fabriken finden in den staatlichen Schutzgesetzen oft nur einen schwachen, sehr viel durchdringenden Dampf gegen die Uebergriffe kapitalistischer Ausbeutungslust. Anscheinend ist die sonst auf Jugendliche so aufmerksame Polizei taub und blind, wenn es sich um Verletzung des Arbeiterschutzes handelt. Sie bekundet eine aufreizende, empörende Rube und Nachlässigkeit gegen die Unternehmer, die aus Eigennutz die Schutzgesetze ungeniert übertreten. Davon gibt einen neuen Beweis der Bericht der preussischen Gewerbeinspektoren für das Jahr 1913. Einen Vergleich mit früheren Jahren liefert diese Uebersicht:

Es wurden beschäftigt:

	1908	1913
Jugendliche von 14 bis 16 Jahren:		
männliche	117 160	190 799
weibliche	50 240	89 849
zusammen	167 400	280 648
Kinder unter 14 Jahren:		
männliche	1 844	2 405
weibliche	659	1 179
zusammen	2 503	3 584
Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren:	169 903	284 232

Das ist eine Zunahme um fast 70 Proz. In der gleichen Zeit hat die Zahl der beschäftigten erwachsenen Arbeiter nur um 32 Proz. zugenommen. Aber nicht nur die Fabriken befehlen einen unerträglichen Hunger nach jugendlicher Arbeitskraft, auch die Grundbesitzer lieben das gefügige, billige Ausbeutungsmaterial. Im Jahre 1908 waren auf Bergwerken 18 183 Jugendliche, darunter 715 weibliche und 98 Kinder, beschäftigt; im Jahre 1913 wurden 30 318, darunter 205 weibliche und 40 Kinder, Jugendliche gezählt. Die Zahl der kindlichen Bergarbeiter hat demnach abgenommen, die der Jugendlichen aber ist um 67 Proz. gestiegen. Die Beamten ermittelten von den Zuwiderhandlungen gegen die zum Schutze der Jugendlichen erlassenen Bestimmungen:

13 499 in 6907 Anlagen im Jahre 1908.	
12 858 6017 1913.	

Der Respekt der Unternehmer vor den Gesetzen ist nur wenig gewachsen, oder, was vielleicht noch eher zutrifft, sie verstehen es besser, die Aufsichtsberechtigten zu betrügen. Erfährt man doch zum Beispiel aus einem Bericht, daß eine sehr umfangreiche, schwere Gesetzesübertretung 6 Monate lang ganz ungehindert und ungestört im Schwunge war. Und der Beamte muß weiter darüber klagen,

daß nach erfolgter Anzeige die große Gesetzesübertretung nur kurze Zeit unterbrochen und dann einfach wieder in alter Weise fortgesetzt wurde. Allerdings, das muß man geteilt, die Unternehmer werden zu solcher Frechheit und Mißachtung der Gesetze zum Schutze jugendlicher Arbeiter durch die Art der Beurteilung, die solche Vergehen vor der „unparteiischen“ Rechtsprechung finden, direkt aufgemuntert. Verachtet doch ein Beamter, daß die gnädige Beurteilung einer ungeschicklichen Beschäftigung von Kindern in einer Fabrik mehrere Fabrikanten veranlaßt habe, ebenfalls schulpflichtige Kinder zu beschäftigen. Die Strafe dafür, die vielleicht zu erwarten war, fand in gar keinem Verhältnis zu dem Profit, den man aus der kindlichen Arbeitskraft herausholte. Es lohnte sich daher auf jeden Fall, sich um die Gesetze nicht zu kümmern. In solcher Ueberzeugung, zu solcher Moral erzieht die — Rechtsprechung.

Empörend ist es, wenn man sieht, wie Jugendliche ausgebeutet werden und wie die Verböhrer der Schutzgesetze — fast könnte man sagen — belohnt werden. Ein paar Beispiele als Zeichen der Kulturlosigkeit mögen hier genügen. Ein Schlossermeister im Bezirk Arnberg ließ seine Lehrlinge abends bis 10 Uhr und länger nacharbeiten. Er bezahlte 3 M., weil es zufällig herauskam, und er durfte weiter das Gesetz mißachten. Ganze Nächte hindurch in den Ferien und von 4 1/2 Uhr früh bis zum Schulanfang in der Schulzeit, und nach Schluß wieder bis in die späte Nacht hinein ließ ein Badermeister einen 11-jährigen Knaben zu seinem Vorteil arbeiten und sich abplagen. Und die „Strafe“? Jomohl, die beleidigte Humanität und Rechtsordnung rächte das Vergehen. 5 M., ganze 5 M., hatte der Kinderfreund zu bezahlen. Nur für die Uebertretung des Kinderbeschutzes! Wegen schwerer Mißhandlung desselben Knaben mußte er noch extra 9 M. opfern. Das ist doch sehr hart! Der Mann hatte das Kind doch nur geprügelt, weil es ihm nicht früh genug aufstand. Es ist doch etwas Wunderbares und Schönes um unsere Humanität und die Rechtspflege! Goh- und Schanmirtel, Fleischermeister, die Jugendliche geistwidrig des Sonntags und bis nachts 11 Uhr ausbeuten, machten die Geschichte durch Zahlung einer Geldstrafe von 3 bis 10 M. wieder gut. Die empörte Justitia läßt sich manchmal billig besänftigen.

Aus Königsberg hört man weiter, daß 119 Personen die Mißachtung des Kinderbeschutzes schwer büßen mußten; auf 3 bis 20 M. lautete das Urteil gegen sie. Daß Inhaber von Rauchwarenfabriken, die jahrelang Jugendliche an Sonntagen beschäftigt hatten, nur 5 M. Strafe zu zahlen hatten, wird aus dem Regierungsbezirk Merseburg berichtet.

Der Beamte aus Hildesheim meldet: Ein Tuchdruckermeister wurde mit 10 M. bestraft, weil er Kinder unter 14 Jahren 2 1/2 bis 3 Stunden beschäftigt hatte. Daß Verhöre gegen das Kinderbeschutzes mit Geldstrafen bis hinunter zu 1 M., sowie auch nur mit „Bemerkungen“ und „Berweisen“ bestraft worden seien, läßt der Beamte von Lüneburg wissen. Ein recht typisches Beispiel kapitalistischer Bestimmung und Achtung vor dem Gesetz enthält der Bericht aus Trier. Er lautet: Eine Kolonne junger Leute von 14 bis 16 Jahren hatte etwa 4 Wochen lang täglich 1 1/2 Stunde gearbeitet und zwar ohne Einhaltung der halbstündigen Vor- und Nachmittagspausen. Wegen den Direktor und drei Meister wurde das Strafverfahren eingeleitet. Bei der Schöffengerichtsverhandlung plädierte der stellvertretende Amtsanwalt — ein Fabrikbesitzer — unter besonderer Betonung der Unbedenklichkeit der Arbeiterbeschäftigungen hervor, so müssen, es müsse ihnen von Gott und Gesetz erlaubt sein, so lange arbeiten zu lassen, wie es ihnen gefiele. Er beantragte, zwei Meister mit je 3 M. und den Direktor mit einer Mark zu bestrafen. Das Gericht folgte dem Antrage nicht, sondern belegte die beiden Meister mit je 80 M. und den Direktor mit 240 M. Geldstrafe. Diese verhältnismäßig hohe Strafe läßt auf die Höhe der Verletzung schließen. Aber für den Fabrikbesitzer-Amtsanwalt müßte solche Ausbeutung „von Gott und Gesetz“ erlaubt sein. Wie würde der verständnisvolle Hüter des Rechts wohl gemittelt haben, wenn er über eine jugendliche Streikfährde geurteilt haben würde! Selbst die ungeschickte lange Beschäftigung bei überhaupt verbotswidriger Arbeit wird nur sehr milde bestraft. Ein Rostreibeisler mußte 28 M. Strafe bezahlen, weil er ein 14-jähriges Kind als Kesselbeizer und Maschinenisten in der mit einer elektrischen Zentrale verbundenen Kesselfabrik wochenlang je 16 Stunden, außerdem Sonntags 8 Stunden beschäftigt hatte. Aus demselben Bezirk — Coblenz — wird über zahlreiche Uebertretungen des Kinderbeschutzes berichtet, die mit nur ganz geringen Geldstrafen gesühnt wurden. Schonhaft verschmeigt der Beamte die Höhe der Strafe, die einen Werkmeister traf. Dieser beschäftigte in einer Drahtzieherei Jugendliche häufig nachts und tags ununterbrochen 24 Stunden. Wiederholte ergab sich im Verlaufe der eingeleiteten Strafverfolgungen, daß Jugendliche veranlaßt worden waren, die Uebertretungen zu leugnen. Auch in solchen Fällen war die Strafe meist sehr gering. Zahlreiche Fälle unmenüchlicher langer Arbeitszeit und von Nacharbeit Jugendlichen in Bädereien konnten ermittelt werden. Sehr oft macht die Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskräfte den Kartibildungsschulunterricht fast gänzlich illusorisch. Und überall im Lande das gleiche: Heißhunger nach jugendlicher Arbeitskraft gefüllt sich zu der Verachtung und Verböhrung der Schutzgesetze dieser Arbeiter. Und als possenden Rahmen zu diesem häßlichen Bild findet man überall die gleiche verständnisvolle Rube der Gerichte, wenn ein Unternehmer das Wohl der Arbeiter wegen dergleichen Vagabunden, wie Uebertretung von Arbeiterschutzes, angeklagt zu werden.

Die Berichte der preussischen Gewerbeinspektoren zeigen, wie jammervoll es noch mit dem Arbeiterschutz bestellt ist.

Aus der Partei.

Freuchisches aus Baden.

Den Kreisversammlungen steht in Baden das Recht zu, die Mitglieder für den Bezirkrat, den kollegialen Beirat der Verwaltungsbehörde, vorzuschlagen. Von der Kreisversammlung Borsheim waren neben 9 bürgerlichen Kandidaten auch 3 Sozialdemokraten vorgeschlagen worden. Die Regierung hat diese drei Genossen von der Liste gestrichen und zum Bezirkrat nur durchgängig bürgerliche Männer ernannt.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Erfurt-Schleusingen hielt am Sonntag in Arnstadt seine diesjährige Kreisgeneralversammlung ab. Aus dem Bericht des Kreisvorstandes ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl von 4252 am Ende des vorigen Berichtsjahres auf 5384 (4271 männliche und 1113 weibliche) am 31. März 1914 gestiegen ist. Abgesehen von dem sehr erfreulichen Ergebnis der roten Woche wurden auch schon in den ersten drei Quartalen des Berichtsjahres etwa 550 Neuaufnahmen vollzogen. In zwei Sonntagen im vorigen Herbst und während der roten Woche wurden insgesamt 1500 neue Leser für die Erfurter „Tribüne“ gewonnen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Kreise beträgt rund 14 000. Im Berichtsjahre wurden drei neue sozialdemokratische Ortsvereine gegründet, deren Gesamtzahl jetzt 27 beträgt. Es fanden 295 Mitglieder, und 82 öffentliche Versammlungen im Kreise statt. In 16 Orten zählten wir 43 Gemeindevorsteher und in den Städten Erfurt (2) und Sulz (7) zusammen 9 sozialdemokratische Stadtvorsteher. Die Kreisliste schloß in Einnahme und Ausgabe mit 13 428 M. und einem Kassenbestand von 1449 M. ab. — Die Kreisgeneralversammlung war von 77 Delegierten aus 24 Orten besucht. Den wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung bildete der gemeinsame Antrag des Kreis- und Bezirksvorstandes, der Kontrollkommission und der Ortsvereinsvorstände von Erfurt und Sulz auf Anstellung eines Kreissekretärs und Erhöhung des an den Kreis abzurührenden Anteils aus den Beiträgen der Mitglieder und sonstigen Einnahmen von 50 auf 60 Proz. Nach sehr langer, aber sachlicher Debatte wurde der schon das dritte

Mal die Kreisgeneralversammlung beschließende Antrag bei einer Stimmenhaltung wohl mit 46 gegen 34 Stimmen angenommen, weil aber Zweidrittelmajorität erforderlich ist, galt er trotzdem als abgelehnt. Von den 32 Erfurter Delegierten stimmten je die Hälfte dafür und dagegen. — Zum deutlichen Parteitag werden mit Einfluß des Reichstagsabgeordneten Heinrich Schulz drei Delegierte entsandt. — Zum Kreisvorsitzenden wurde an Stelle des nach Berlin bezogenen Genossen Riß Genossen Heinrich Reichert gewählt.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Biedendruck hielt am Sonntag in Bielefeld seine Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl konnte im Berichtsjahre um 1600 gesteigert werden. Sie betrug am 31. März 1914 9485 (8087 männliche, 1398 weibliche). Die Zahl der Ortsgruppen stieg von 20 auf 26. Die Einnahmen belaufen sich mit dem Kassenbestand von 2107,88 M. auf 33 467,00 M., die Ausgaben auf 26 927,67 M., so daß ein Kassenbestand von 6539,32 M. verblieb. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher stieg von 45 auf 63. In vier Orten haben wir die ersten Mandate in Gemeindevorstellungen erobert, so daß wir jetzt in 17 Gemeinden Vertreter zu sitzen haben, davon besitzen wir in drei Gemeinden die gesamten Mandate der dritten und zweiten Klasse. Außerdem sind die 16 Stadtvorstehermandate der 3. Abteilung der Stadt Bielefeld seit 1905 in unserer Besitz. Die Zahl der „Volkswacht“-Abonnenten stieg von 10 730 auf 11 630. Das Parteigeschäft „Volkswacht“ hat sich auf weiter entwickelt. Die Agitation wurde durch Verbreitung von Flugblättern und Proschüren kräftig gefördert. Für Bibliotheksangelegenheiten wurden 2000 M. aufgewendet. Vortragskurse, wissenschaftliche Vorträge, Kunstabend und Theaterveranstaltungen wurden veranstaltet. Die Abrechnung des Bildungsausschusses balanziert mit 203,52 M. Neun Jugendkommissionen bestanden im Kreise und die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ beträgt 692, darunter sind 62 weibliche.

Zum Kampf um das Landtagswahlrecht in Preußen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Bielefeld-Biedendruck erklärt, daß sie von den programmatischen Äußerungen des neuen preussischen Ministers des Innern mit Bezug auf das preussische Landtagswahlrecht nicht enttäuscht worden ist. Sie erhofft die Initiative zur Änderung des Landtagswahlrechts nicht von irgendeinem Polizeiminister, sondern von den Volksschichten, die ein Lebensinteresse an einer gerechteren Vertretung im preussischen Landtag haben. Der organisierte Massenwille der unteren Volksschichten wird berufen sein, die Bewegung zur Erringung eines freien Preußenwahlrechts zur siegreichen Verwirklichung zu führen. Die Generalversammlung verpflichtet darum ihre Teilnehmer sowie alle anderen tätigen Parteigenossen, für eine weitere Ausbreitung der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen zu sorgen, um schnellstens die notwendigen Voraussetzungen zur Anwendung aller gesetzlichen Kampfmittel im Streite zur Erringung eines freien Preußenwahlrechts zu schaffen.“

Im Agitationsbezirk Frankfurt a. Main schloß die Parteioffiziation ihr Geschäftsjahr mit 32 935 Mitgliedern — darunter 4563 weibliche — ab. Das letzte Jahr brachte einen Zuwachs von 5187 (3916 männliche, 1271 weibliche) Mitgliedern, an dem alle Kreise Anteil nehmen. Die einzelnen Parteioffiziationen weisen folgende Mitgliederzahlen auf (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 1. April 1913): Frankfurt 11 333 (9533), Hanau 9871 (9081), Gießen 5906 (4719), Wiesbaden 3026 (2626), Weimar 818 (810), Ronneburg 447 (406), Diez-Dillenburg 422 (342), Siegen 337 (302), Dillkreis 314 (180), Fulda 243 (144), Marburg 238 (106). Die 11 Wahlkreise haben zusammen 1808 Orte. In 319 Orten (im Vorjahre 259) bestehen Parteifunktionen, deren Mitglieder sich auf 448 Orte (Vorjahr 369) verteilen. Die Parteioffiziation führt mehr und mehr auf dem Lande festen Fuß und bringt erfreulicherweise auch in die arbeitslosen- und Zentrumsdomänen ein. Die Gegner lassen jedoch kein Mittel — und sei es noch so schäbig — unversucht, um unser Vordringen aufzuhalten; doch vergeblich. 52 Genossen (davon 1 Kandidat) sind als Stadtvorsteher in 12 häßlichen Kommunen tätig, ferner 267 Gemeindevorsteher und 12 Gemeindevorstandsmitglieder, die sich auf 103 Landgemeinden verteilen. Bildungsausschüsse bestehen in 59 Orten, die Hand in Hand mit dem Bezirksbildungsausschuss eine erhebliche Tätigkeit entfalten. 37 Orte verzeichnen Jugendauschüsse, Kinderkommissionen 8. Die preussische Landtagswahl steigerte im Agitationsbezirk Frankfurt a. Main die sozialdemokratischen Stimmen von 17 733 auf 27 458, die Zahl unserer Wahlmänner von 536 auf 812.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Köslin-Kolberg hielt am Sonntag seine Kreisgeneralversammlung in Köslin ab, in der über die Arbeit vom 1. Juni 1913 bis 31. März 1914 berichtet wurde. Die Mitgliederzahl ist sich in dieser Zeit ziffernmäßig gleich geblieben, jedoch nur, weil in der Kolberger Abteilung viele Papierfabriken gestrichen wurden. 558 Mitglieder, davon 75 Genossinnen, wurden gezählt. Die Arbeiterpresse hat nur wenig Eingang gefunden. 42 000 Flugblätter, 11 000 Broschüren und 30 000 Volkswacht wurden in der Berichtsjahre verbreitet. In Köslin stellt der Verein 6 Stadtvorsteher, in Kolberg dagegen wirkt der Bürgerrechtsschloß als kommunales Ausnahmegericht gegen die Arbeiter. In Rogow bei Köslin sitzen 3 Genossen in der Gemeindevorstellung. Der Verein vereinnahmte 2220,44 M. und verausgabte 2198,19 M. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils, referierte Bezirkssekretär Horn über unsere nächsten Aufgaben in Bezug auf die Partiarbeit und Parteiköslin über den politischen Streik.

Der sozialdemokratische Verein Nürnberg-Milobitz hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Geschäftsführers des Parteiunternehmens Frankische Verlagsanstalt ging hervor, daß im vergangenen Jahre sämtliche Privatgesellschaften abgelöst und das Unternehmen in den Kleinbetrieb der Partei (Wahlkreisorganisationen Nürnberg und Fürth und Parteivorstand Berlin) übergegangen ist. Die rote Woche hat der „Frankischen Tagespost“ 900 neue Abonnenten gebracht. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß im vorigen Jahre wegen des vom letzten Parteitag gefassten Beschlusses auf Ausschluß des früheren Genossen Schumacher eine Reihe von Austritten und die Gründung einer sogenannten „neuen Partei“ erfolgte, daß aber ein großer Teil der Austritteneren bereits ihre Wiederaufnahme erlangen haben, nachdem sie eingesehen haben, daß sie von jener Seite falsch berichtet und gegen das Interesse der Partei mißbraucht worden sind. Als Vorstände wurden wieder die Genossen Dorn und Giermann gewählt.

Der Jahresbericht des Bezirks Oldenburg-Offriesla und gibt ein umfassendes Bild über die geleistete Organisations- und Agitationsarbeit. Entsprechend dem Beschluß des vorjährigen Parteitag wurde der „Nordwestdeutsche Volkswacht“ neu herausgegeben, der besonders im 1. hannoverschen und 1. oldenburgischen Wahlkreis Verbreitung fand. Flugblätter und Proschüren wurden ebenfalls in größerer Zahl verbreitet. Die Einführung jährlicher Gemeindevorstellungen hat allgemeinen Anklang gefunden; der erste war von 50 Delegierten aus etwa 20 Orten besucht. Es wurden 243 Mitglieder, und 58 öffentliche Versammlungen abgehalten. Die „rote Woche“ erbrachte 934 männliche und 208 weibliche Parteimitglieder, ferner 357 neue Abonnenten auf die Parteipresse. Die Mitgliederzahl hat insgesamt gegenüber dem Vorjahre nur um 504 männliche und 247 weibliche zugenommen und beträgt 7774 resp. 1765, denen 21 850 Gewerkschaftsmitglieder und 27 833 bei der letzten Reichstagswahl abgegebene sozialdemokratische Stimmen gegenüberstehen. Die Abrechnung der Bezirkskasse ergibt bei einem Kassenbestand von 5965,92 M. an Einnahmen

und Ausgaben 14 512,05 M. Bei den preussischen Landtagswahlen wurden in allen drei Wahlkreisen Wahlmänner aufgestellt und auch einige gewählt. Von zwei neu zu besetzenden Mandaten zum Oldenburger Landtage wurde das eine in Kühringen bestritten; es war kein bürgerlicher Gegenkandidat aufgestellt worden. Das im Fürstentum Lüneburg ging verloren. Zur Einführung der Verhältniswahl in den Gemeinden traten die Genossen in einzelnen Orten mit den Fortschrittlichen wegen Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten in Verbindung; ein Erfolg ist jedoch nur aus der Stadt Barel zu melden. Von 53 sozialdemokratischen Gemeindevertretern im Bezirk sind 47 Stadtratsmitglieder, 43 Mitglieder von Land-Gemeinderäten und 3 Magistratsmitglieder. Dem Bildungswesen wurde erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet. Zur Förderung der Jugendbewegung bestehen Ausschüsse in zehn, Jugendheime in fünf Orten. Auch die Parteipresse hat eine Weiterentwicklung zu verzeichnen, befriedigt jedoch noch nicht im Verhältnis zu der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Mainz-Oppenheim wurde am Sonntag in Mainz abgehalten. Die Mitgliederzahl steigerte sich auf 3370, davon sind 500 Frauen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter beträgt 38, das ist eine Zunahme von 8. — Ueber die voraussichtlich im November stattfindenden heftischen Landtagswahlen sprach Genosse Adeling.

Die Generalversammlung für den zweiten weimarschen Wahlkreis (Eisenach-Deimbach) fand am Sonntag in Eisenach statt. Die Mitgliederzahl stieg im verflorenen Geschäftsjahr um 400 auf 2078 (1722 männlich, 356 weiblich). Die Gesamtausgaben betrugen 4435,50 M.; es verblieb ein Kassenbestand von 1553,51 M. Beschlissen wurde, einen Reichstagswahlfonds zu schaffen. Als Kreisvorsitzender wurde Genosse Köder (Eisenach) gewählt, als Geschäftsführer wieder der Genosse Rundnagel (Eisenach).

Im Wahlkreis Kronach-Lichtenfels verzeichnet der an die Wahlkreis-Generalversammlung erhaltene Bericht des sozialdemokratischen Vereins einen Fortschritt unserer Bewegung, der um so höher anzuschlagen ist, wenn man die eigenartigen Verhältnisse dieses Wahlkreises betrachtet, der keine einzige größere Stadt enthält und dessen Bevölkerung aus schwarzen Zentrumsbauern und unter erbärmlichen Verhältnissen lebenden Kordfleckern, Schieferbrucharbeitern usw. zusammengesetzt ist. Die Mitgliederzahl beträgt 1421; sie ist damit um 475 gestiegen. Die Rote Woche brachte 805 neue Parteimitglieder und 300 Leser der Parteipresse. Um noch intensiver für die Presse wirken zu können, wurde beschlossen, in allen Orten, wo Sektionen bestehen, Propagandakommissionen zu errichten. Zum deutschen Parteitag wurde Seelmann-Kronach, zum bayerischen Parteitag Reich-Lettau und Wolf-Schney gewählt.

Aus Industrie und Handel.

Von den Metallmärkten.

Die auffallende Senkung der Zinnpreise an der Londoner Metallbörse lenkt das wirtschaftliche Interesse in besonderem Maße auf die Metallmärkte. Die Ermattung des Zinnmarktes ist ein recht bedeutendes Symptom, das zu ungünstigen Schlüssen auf die Konjunkturaussichten in der Metallindustrie berechtigt, zumal auch der Kupfer-, Zinn- und Bleimarkt ähnliche Tendenzen aufweisen. Die Preisbewegung an den Metallmärkten

ist der Reflex des kauen Geschäftsganges der Elektro- und Maschinenindustrie. Im letzten Jahre trat zur Ermattung noch wesentlich die Baukrise bei, die hoffentlich als überwunden gelten kann. Es kostete ein Doppelzentner der nachstehend genannten Metalle durchschnittlich in Mark:

	1911	1912	1913	1914
Kupfer (Elektrolit)	115,00	149,50	145,25	136,00
(best selected)	115,00	148,00	138,75	136,75
Blei (rhein., dopp. raff.)	25,80	32,75	35,83	37,18
(schl., raff.)	27,00	34,18	36,75	38,00
Zinn (schl., ab Gütte)	48,00	52,25	51,75	45,25
Zinn (Banla)	399,00	427,50	474,00	366,00

Am Kupfermarkt zeigte sich schon im Jahre 1913 eine merkliche Abschwächung. Auch die Zinnpreise begannen schon im vorigen Jahre zu weichen. Blei hält sich noch immer auf einem ansehnlichen Preisniveau, dies hat seine Ursache aber mehr in gewissen Hemmungen des Angebots als in starker Nachfrage. Die deutsche Einfuhr von rohem Blei, Zinn und Zinn ist im laufenden Jahre zurückgegangen, der Import von Rohkupfer weist noch eine Steigerung auf. Es wurden eingeführt:

	Menge		Wert	
	in Doppelzentnern	1914	in Millionen Mark	1914
Januar/April 1913	728 197	788 369	108,29	117,16
Kupfer	280 564	172 648	10,29	6,38
Blei	171 415	183 868	7,95	8,54
Zinn	47 328	47 227	19,31	19,27

Trotz der beginnenden Erholung der gewerblichen Konjunktur wird voraussichtlich die Tendenz der Metallmärkte in der nächsten Zeit noch vorwiegend flau sein. Die Trübung der politischen Situation und die Anhäufung größerer Vorräte sind zunächst einer künftigen Aufwärtsbewegung der Preise hinderlich.

Jugendbewegung.

Auflösung der Stuttgarter Jugendorganisation.

Durch eine Verfügung der Verwaltung des württembergischen Redarkreises in Stuttgart ist die Stuttgarter Jugendorganisation für politisch erklärt und aufgelöst worden.

Jugendtag der niederrheinischen Arbeiterjugend.

In den Pfingsttagen fand in Crefeld der diesjährige Jugendtag der niederrheinischen Arbeiterjugend statt. Die Teilnehmerzahl wird auf 4000 geschätzt. Die Polizei hat auf Anordnung des Regierungspräsidenten von Düsseldorf ein Präventivverbot der Teilnahme jugendlicher Personen unter 18 Jahren an der Versammlung erlassen. Sie konnte aber nicht verhindern, daß trotzdem das Riesenspektakel überfüllt war. In den Eingängen übte die Polizei eine scharfe Kontrolle aus. Junge Leute wurden nicht zugelassen, wenn sie nicht nachweisen konnten, daß sie das 18. Lebensjahr überschritten hatten. Es konnte festgestellt werden, daß ein junger Mann trotz Vorzeigung seines Militärpasses — aus dem hervorging, daß er über 23 Jahre alt war — nicht zugelassen wurde. Die Genossin Luise Fieß-Berlin hielt ein begeistert aufgenommenes Referat, in dem sie das ungeschickliche Vorgehen der Polizei scharf getadelte. Unterdessen verbrachte die Jugend die Zeit mit Spiel und Umrüstung in dem das Lokal umgebenden großen Garten. Einen Beweis ihrer Sympathie mit der Arbeiterjugend erbrachte die Düsseldorf-er Arbeiterjugend. Es waren 1300 Nachgäste angemeldet, die alle in

den Arbeiterfamilien untergebracht wurden und am Abend melde ten sich noch Hunderte, die gerne so einen Arbeiterjugend oder Mädchen aufgenommen hätten.

Der Montag brachte herrliche Ausflüge der einzelnen Ortsgruppen in die herrliche Umgebung.

Jugendtag des Bezirks Halle.

Wie alljährlich, hielt die arbeitende Jugend des Agitationsbezirks Halle auch an diesen Pfingsttagen wieder einen Jugendtag ab, und zwar in Merseburg, dem Sitze des argsten Gegners der Arbeiterjugendbewegung, des Regierungspräsidenten von Gersdorf. Es waren weit über 1000 jugendliche zusammengetrommt. Wie auf den vorausgegangenen Jugendtagen sollte auch diesmal ein Ausflug mit Musik mit anschließendem Ausflug ins Freie stattfinden. Doch man hatte die Rechnung ohne den Regierungspräsidenten gemacht, denn der geplante Ausflug war wegen — Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten.

Da die Festteilnehmer jedoch keine Reigung hatten, auf Geheiß der Polizei in dem Festlokal zu bleiben, in dem Genosse Schumann-Leipzig unter stürmischem Beifall zu der Jugend über die Bedeutung des Festes sprach, wurde eben eine nichtgenehmigte Demonstration veranstaltet. Am zweiten Festtage war auf einem großen Platz in Ammendorf ein Spielplatz vorgesehen. Der zuständige Amtsvorsteher glaubte den Spuren seines großen Vorgesetzten folgen zu müssen und verbot einem Händler, der auf dem sonnigen Spielplatz alkoholfreie Getränke verkaufen wollte, die Genehmigung, da hierzu ein Bedürfnis nicht vorliegt. Auch hier hat die Behörde danebengehauen, denn den Jugendlichen fiel es absofort nicht ein, zu verduften.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom 1. bis 3. Uhr abends, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Nachschub und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenidentifikation beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Übrige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

C. B. 22. Leider haben die Kassen zur Zahlung des Nebamalgams in solchen Fällen keine Verschüttung. — 1000. G. J. 2. 1. Sie können Klage auf Zahlung, eventuell auf Herausgabe der Sachen erheben. 2. und 3. Fragen Sie beim Polizeipräsidenten an. 4. und 5. Scheinverträge sind nichtig. — F. 20. 1912. Rein, die Satzungen sind jedoch zu verstehen. — Reno 5. Ja, wenn die Räume renovierungsbedürftig sind, was im Prospekt nachgewiesen werden müßte. — G. 1984. 1. Erheben Sie aus Ihrem Paß. Vergünstigungen für Freiwillige bestehen nicht. 2. Ja, sofern Vermögen oder Verdienst das zuläßt. Die Auskunftsfrist haben Sie nicht. — H. P. 137. 1. Injeres Erachtens sind die Kinder erberechtigt. Falls die Geschwister sich nicht einigen können, hinterlegen Sie den Anteil am amschäftigten. 2. Sie können die Erbschaftsteuer bezahlen und von der Erbschaftsmasse kürzen. — D. 12. 1. Ja, sofern erwerbsbehindernde Folgen vorliegen. 2. Bei der Berufsgenossenschaft oder beim Polizeivater. 3. Beurteilt der Militärarzt. — G. 2. 93. 1. Ja. 2. Rein. 3. Besondere Vorbildung nicht erforderlich. Es genügen die Elementarkenntnisse. — W. G. 27. Ein Rechtsanspruch bestand nicht. Auch gegen die Verstrahlung läßt sich nichts tun. — G. R. 26. Beantragen Sie beim Vorsitzenden der Veranlagungskommission Erlass der Steuer für die Zeit vom 1. Juli 1913 ab. Bis zu diesem Zeitpunkt sind, falls der Erlassantrag Erfolg hat, auch nur Kirchensteuern zu bezahlen. Bei der Kirchenbehörde beantragen Sie die Erstattung. — W. S. Der Antrag ist beim Polizeipräsidenten zu stellen. Dort erfahren Sie das Nähere. — H. G. 125. Injeres Erachtens nein. — Paul 81. Ja. — M. K. 12. Soweit ersichtlich, nein. — S. A. D. G. Bei dem genannten Verdienst braucht das Mädchen nichts zu bezahlen. — Z. 100. Die Vergabe des Geldes beweist noch nicht ihr Eigentumsrecht. Das mehrjährige Gewerbe kann auf Ihren Namen angemeldet werden. — F. 2. 100. Aus dem Statut der Kasse, der das Mädchen angehört, ersichtlich. — C. R. 99. Rein.

Frühzeitiges Ermüden

Ein bewährtes Rezept gegen schnelles Ermüden ist das Tragen von Continental-Absätzen. Sie ermöglichen einen leichten, elastischen Gang, der den Körper nicht ermüdet und nicht erschüttert. Verlangen Sie aber ausdrücklich von Ihrem Schuhmacher

Absätze Continental.

Hüten Sie sich vor Nachahmungen!

Stegdecken größte Auswahl, billig; auch Aufarbeiten alter Stegdecken. **Bernhard Strohmandel**, Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

Kufeke eine bewährte **Krankenkost** für Erwachsene bei Störungen der Verdauung, bei Schwäche u. Appetitlosigkeit.

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Benanntlicher Redakteur: Alfred Dielep, Neufölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Borntrags Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

12 000

Arbeiter und Beamte

beschäftigen wir heute. Im Jahre 1893 800 Personen. Diese gewaltige Vermehrung beweist am besten, daß sich der

Continental

Pneumatik

durch seine Qualität die Gunst des Publikums erworben hat.

Continental-Gaoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.

Spezialarzt f. Haut, Gorn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden jeder Art. **Dr. Ehrlich Gata-Kuren** in u. Co. ions. Laborat. Blutuntersuchung, Nadeln i. Harn usw. gegenüber **Friedrichstr. 81, Panoptikum** Apr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt **Dr. med. Wockenfuß**, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Gata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

Sommertheater Urania Wrangelstr. 11. Tägl.: Spezialitätentheater. Am Garten 2000, im Saal 1000 Stuhl. Ohne jede Anzahlung! Keine Kassierer, keine Kassen! Bettwäsche, Topfische, Portieren, Bilder, Gardinen, Stores, Stepp- u. and. Decken. **NATZNER**, GutsMuthsstraße Nr. 41.

Entfettungstee „Graslan“ rein natürlich aus Meerespflanzen (Fucus vesiculosus), deren fettzählende Wirkung wissenschaftl. anerkannt ist. Total unschädlich. Kein Abführmittel. **Große Gewichtsabnahme** ohne strenge Diät, einfache Anwendung, nachweisl. hohe Erfolge. M. 2.50, 3 Pak M. 7.—. **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4**

Jede Hausfrau ihr eig. Kammerjäger vertilgt Insekten aller Art, unter Garantie, wenn nicht Erfolg, Betrag zurück. Zu beziehen per Nachnahme von 1,30 M. 2296

Chem. Laboratorium Otto Wilsfeld & Co. Vertreter allerorts gesucht.

Restaurant Sparrenbusch **Freienwalde a. O.** herrlich am Wald gelegen am Jagen. Dälteren Grund. Gute Speisen und Getränke. Möbl. Zimmer m. u. ohne Pension, eventl. mit Abganggelegenheit auf Schwarmöhl. Nüchle Preise. Vereinen u. Touristen best. empf. H. Hebbies.

Spezialarzt f. Haut, Gorn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden jeder Art. **Dr. Ehrlich Gata-Kuren** in u. Co. ions. Laborat. Blutuntersuchung, Nadeln i. Harn usw. gegenüber **Friedrichstr. 81, Panoptikum** Apr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt f. Haut, Gorn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden jeder Art. **Dr. Ehrlich Gata-Kuren** in u. Co. ions. Laborat. Blutuntersuchung, Nadeln i. Harn usw. gegenüber **Friedrichstr. 81, Panoptikum** Apr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Parteiangelegenheiten.

Achtung! Bibliothekarskurs!

Der Vortrag am Donnerstag, den 4. Juni, fällt aus. Der nächste Vortrag findet Montag, den 8. Juni, 1/2 9 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses statt.

Der Bezirks-Vorbereitungsausschuss Groß-Berlin.

K. u. K. Heute findet keine Versammlung der Jugendsektion statt; dafür ist ein allgemeines Spielen auf dem Spielplatz Geygerstraße, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße.

Charlottenburg. Die Jugendsektion hält am Donnerstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Kottbuserstr. 3, ihren Vortragabend ab. Thema: Die materialistische Geschichtsauffassung. Referent: Redakteur Ernst Däumig. - Gäste willkommen!

Hermendorf bei Berlin. Sonntag, den 7. Juni: Besichtigung des Wasserwerks und der neuerbauten Turnhalle. Für die Mitglieder des Wahlvereins Treffpunkt vormittags Punkt 8 1/2 Uhr am Kaiserplatz.

Potsdam. Heute abend Wahlvereinsversammlung bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Berliner Nachrichten.

Zur Fürsorge für schulentlassene geistig Schwache

Will der Berliner „Erziehungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene Kinder“ ein Ausbildungs- und Beschäftigungsheim schaffen, das geistig schwachen Jünglingen und Mädchen ihr Fortkommen erleichtert oder ihnen dauernd eine Zufluchtsstätte sein soll. Wir haben über den Plan der Errichtung einer solchen Anstalt, deren Notwendigkeit durch die beklagenswerte traurigen Lage so vieler nur schwer angefaßter, aber gar nicht erwerbsfähig werdenden geistig Schwachen ohne weiteres einleuchtet, schon mehrfach berichtet. Daß nicht fogleich die Gemeinde an die Lösung dieser wichtigen Aufgabe herangeht, sondern sich wieder mal zunächst durch einen Verein ihre Pflicht abnehmen läßt, ist der leider übliche Gang der Dinge.

Um vorerst die Frage nach dem Bedürfnis zu beantworten und sich auch ein ungefähres Bild von der Kostenaufbringung zu machen, hat vor einigen Monaten der genannte Verein durch öffentliche Bekanntgabe seines Planes sich an die etwa in Betracht kommenden Eltern gewandt und um einstweilige Meldungen gebeten. Er legt jetzt das Ergebnis vor in einem Bericht, den der Rektor A. Fuchs, Leiter der Fortbildungsschule für schwachbelegte Jünglinge und Mädchen, erstattet hat. In dem kurzen Zeitraum von nur drei Wochen hatten sich schon Angehörige von 219 Personen gemeldet, für die entweder ein vorübergehender Anstaltsaufenthalt zur Ausbildung oder eine dauernde Anstaltsunterbringung zur Beschäftigung für nötig gehalten und dringend gewünscht wurde. Inzwischen haben die Meldungen sich noch weiter gemehrt, aber sicherlich wird, wie auch der Bericht hervorhebt, hiermit die Zahl der in Berlin vorhandenen nicht erwerbsfähig werdenden geistig Schwachen noch keineswegs erreicht. Vielen Familien und zwar besonders den minderbemittelten dürfte die Aufforderung, sich zu melden, gar nicht bekannt geworden sein.

Der Bericht macht nur Angaben über die ersten 219 Gemeldeten. Darunter waren 106 Jünglinge und 113 Mädchen, 168 aus Berlin und 51 von außerhalb (wohl hauptsächlich aus der nächsten Umgebung), im Alter von 14-20 Jahren 165, von 21-25 Jahren 38, von 26-30 Jahren 16. Ihre Schulbildung hatten erhalten in einer Hilfsschule 133, in einer normalen Gemeindefschule 49, wovon 32 aus unteren Klassen und 17 aus oberen Klassen abgegangen waren, ferner in höheren Schulen 10, im Privatunterricht 8. Aus einer Idiotenanstalt waren 9 gekommen, und 5 hatten bisher überhaupt keinen Unterricht gehabt. Die meisten, nämlich 132, hatten sich noch gar nicht oder nur unbedeutend in Stellungen versucht, die übrigen 87 waren nach vielen Versuchen doch nicht zu dauernder Erwerbstätigkeit gelangt. Es erklärten fast sämtliche Familien, daß ihre geistig Schwachen arbeitsfähig waren und im Hause leichte Arbeiten und Hilfsleistungen verrichteten. Gewünscht wurde vorübergehender Anstaltsaufenthalt für 31 Auszubildende, dauernde Unterbringung für 180 in der Anstalt zu Beschäftigende.

Die Frage nach der Kostendeckung wurde von den Familien fast stets so beantwortet, daß man, sagt der Bericht, die besondere Fürsorge für das schwache Kind herausfühlen und die Bereitwilligkeit zu dem höchstmöglichen Opfer bemerken konnte. Die Eltern von 70 Kindern erklärten sich außerstande zu jeder Zahlung für den notwendigen dauernden Aufenthalt, und bei 12 Kindern konnte auch für vorübergehenden Aufenthalt nebst Ausbildung keine Zahlung versprochen werden. Wir vermuten gerade bei diesen beiden Gruppen, daß noch viele Zahlungsunfähige leider von vornherein auf Meldung verzichtet haben werden. Die übrigen wollten teils monatliche Beiträge, teils einmalige Abfindungen (zum Einkauf auf Lebenszeit) zahlen. Das Heim soll nämlich allen Gesellschaftsklassen dienen, soll sowohl zahlungsfähige gegen Entgelt als auch Unterstützungsbefürftigte in Freistellen aufnehmen. In Aussicht sind gestellt an Einkaufsgeldern zusammen 160 000 M., an Pensionsgeldern pro Jahr etwa 10 000 M. Wieviel Zuschuß da noch erforderlich wäre, sagt der Bericht nicht.

Als erreicht bezeichnet der Verein die Absicht, durch diese Umfrage zunächst mal das Bedürfnis nachzuweisen. Schon mit den bisher eingegangenen Meldungen sei ein für arm und reich bestehender Notstand, der Mangel an derartigen Anstalten für schulentlassene geistig Schwache, aufgedeckt. Die Verwirklichung dieses Planes würde vielen bedürftigsten Eltern eine schwere Sorge abnehmen und vielen bedauernswerten Jungen und Mädchen ihr trauriges Los erleichtern.

Die Welt ist uns bekannt.

Am zweiten Pfingstfeiertag schritt ich durch die Felder hinter dem Flugplatz bei Johannisthal. Ein wunderschöner Morgen war. Die Vögel kletterten lustig in die Lüfte. Im Grase zirpte und piepste es: die Natur sprach in tausend Reden und seinen Lauten zum Herzen. Schweigend ging

ich dahin. Als ich in die Nähe der Brücke kam, die über den Teltowkanal führt, hörte ich von der staubigen Landstraße her Gesang. In Reih und Glied marschierte eine Abteilung Jung-Deutschlandbündler daher. Jetzt hörte ich den Refrain des Liedes, das wahrscheinlich ein dichterischer Genie aus dem Jungdeutschlandbünd verfaßt hat:

Die Welt ist uns bekannt; Wir ziehen durch das Land.

Als ich in die Nähe des Trupps kam, löste sich ein halb-wüchziger Bursche davon los. Er trug im Gegentag zu den anderen Jüngern eine Art Offiziersmütze.

„Sie, he, Sie —“ rief er mir zu. Ich sah mir das Burschen lächelnd an und meinte: „Na, junger Mann, ich halt's damit: Mit dem Hut in der Hand kommt man durch's ganze Land“.

Der Bursche wurde rot und sah auf eine Karte, die er in der Hand hielt. Aber er schien sich nicht zurechtzufinden. Etwas bescheidener sagte er deshalb: „Ich wollte nur fragen, welcher Weg nach Rudow führt?“

„Dann müßt Ihr rechts abgehen über die Brücke“, antwortete ich.

Der junge Bursche kehrte zu seiner Schar zurück und kommandierte mit schnarrender Stimme: „Meber der Brücke rechts abshwenken!“

Hort ging es wieder in Schritt und Tritt. Der Gesang hob wieder an. Die Vögel waren verstummt. Die Natur hüllte sich in Schweigen. Nur der Refrain des Liedes traf mein Ohr wieder:

Die Welt ist uns bekannt; Wir ziehen durch das Land.

Um den Platz des Kolonialkriegerdenkmals.

Aus dem Rathaus wird geschrieben:

Durch einige Zeitungen geht die Nachricht, daß statt des in der Ausschreibung für die Errichtung des Kolonialkriegerdenkmals in Aussicht genommenen Platzes in Berlin ein anderer Platz, etwa im Treptower Park, gewählt werden sollte. Wenn die Nachricht tatsächlich die Gefährdung einer Errichtung des Denkmals auf dem Platz bedeutet sollte, so würde das der Berliner Bevölkerung ganz unerwartet sein. Der Platz ist ein groß angelegter, schöner, freier Platz, der allen Anforderungen entspricht, den ein Kunstwerk für seine volle Wirkung beanspruchen kann. Sieben breite Straßenzüge strahlen von ihm aus, darunter der prächtige Boulevard der Petersburger Straße. In der Nähe des Platzes befindet sich der Friedhof mit dem herrlichen Märchenbrunnen. Die städtischen Körperschaften haben es mit Freude begrüßt, daß der Osten des Berliner Reichs ein Schmuck von nationaler Bedeutung erhalten soll. Die grundsätzliche und nicht verdiente Zurücksetzung gerade dieser Stadtteile wäre der Gesamtentwicklung unserer Großstadt überaus abträglich. Eine Veränderung des Gemeindeforschusses, der die Wahl des Platzes gutheißt, würde auf große Schwierigkeiten führen. Insbesondere war die Wahl eines Platzes im Treptower Park wiederholt, und auch innerhalb der Berliner Stadtgemeinde, erwogen worden; aber es wurde damals schon festgestellt, daß dieser Park nicht die Vorzüge für die Errichtung des Kolonialkriegerdenkmals bietet wie der Platz mit seinem ungemein regen Tagesverkehr.

Wir finden durchaus nicht, daß es ein Unglück wäre, wenn der schöne Platz von der Aufstellung eines neuen Kolonialkriegerdenkmals verschont bliebe. Im Gegenteil! Die Stadt sollte überhaupt die Hergabe eines Platzes für Zwecke, wie das ein Kriegerdenkmal ist, ablehnen.

Platz da, die Polizei kommt!

Man kennt die kleinen Widerstand erregende Art, in der die Polizei auf der Straße zu fordern pflegt, daß „Platz gemacht“ wird. Ein Hausbesitzer, auf dessen Grundstück ein Polizeibureau untergebracht ist, hat nach einem anderen Verfahren für die Polizei „Platz zu machen“ sich bemüht, weil eine Erweiterung der Bureauräume nötig wurde. Im Hause Bueffelstraße 26, dessen Quergebäude das 84. Polizeibureau beherbergt, erschienen gegen Anfang April in zwei neben den Räumen des Bureau liegenden Arbeiterwohnungen ein paar von dem Verwalter des Hauses begleitete Polizeioffiziere, um diese Wohnungen zu besichtigen. Die Mieter fragten sich, was denn das zu bedeuten haben könnte, aber sie beruhigten sich dabei, daß einer der Offiziere, der wohl einer etwa ausstehenden Besorgung vorbeugen wollte, aufgefordert die Versicherung gab: „Haben Sie keine Angst, wir wollen Sie nicht ausmieten.“ Es verging dann der April und der Mai kam heran, da mußten beide Familien wegen augenblicklicher Geldknappheit, wie sie ja in einem Arbeiterhaus halt leicht eintritt, einen Teil ihrer Mietschuldigkeiten bezahlen. Sie hatten selbstverständlich die Absicht, den Rest baldigt nachzuzahlen, und waren auch fest überzeugt, daß der Hausbesitzer sich mit der Verzögerung zufrieden geben würde. Als aber eine der beiden Familien zu dem Verwalter von der Restzahlung sprach, sagte der: „Sie wissen doch, daß die Polizei das hier nimmt.“ Die Polizei!? Wenn sie noch daran gewöhnt hatten, daß sie nun doch ihre Wohnungen wieder räumen müssen, so wurden sie eines anderen beschert durch die — Ermittlungslagen, die bald darauf den beiden Familien zugehen. Der Hauswirt, ein Architekt Schmidt, hatte gegen sie infolge der ihm sehr gelegen kommenden Unpünktlichkeit der Mietzahlung eine Handhabe erhalten, die noch laufenden Mietsverträge jetzt durch Ermittlung sofort aufzuheben und hiermit die für die Erweiterung des Polizeibureaus nötigen Räume schon zu Anfang Juni frei zu kriegen. Nach den Bestimmungen der Verträge war für die Mietschuldner jeder Widerstand aussichtslos, darum zogen sie zum Zweck der Kostenersparnis eine gütliche Einigung vor und räumten „freiwillig“ das Feld. Platz da, die Polizei kommt!

Der ausgegrabene Sarg.

Auf dem katholischen St. Sebastiankirchhofe in Reinickendorf ereigte am Montag die Ausgrabung einer kaum beerdigten Leiche nicht geringes Aufsehen. Die Angehörigen einer verstorbenen 68 Jahre alten Frau H. waren zur Beerdigung gekommen; sie hatten sich im Leichenkeller die Leiche angesehen und gingen in die Kapelle, um hier die Leichenfeier abzuwarten. Als ihrer Meinung nach der Sarg der Verstorbenen in die Kapelle befördert wurde, legten die Trauernden die mitgebrachten Kränze auf den Sarg, als ihnen von den Leichenbedienten bedeutet wurde, die Leiche sei die eines Fräuleins. Die Trauernden nahmen ihre Kränze wieder an sich in der Meinung, sich in dem Sarg vielleicht geirrt zu haben. Als aber die nächste Leiche als die der Verstorbenen Frau ihnen bezeichnet wurde, protestierten die Angehörigen, da der aufgestellte Armenjarg ganz bestimmt nicht der der alten Frau sein konnte. Es stellte sich in der Tat heraus, daß die erste Leiche diejenige war, weshalb die Trauernden erschienen waren, daß aber diese Leiche schon unter der Erde war. Es

gab lange Auseinandersetzungen mit dem Kirchhofinspektor, dann mit dem Kaplan, die alle Schuld den Leichenträgern zuschoben. Schließlich wurde dem Verlangen, die Leiche wieder auszugraben und erneut zu beerdigen, stattgegeben. Sarg mit Leiche wurde nach der Kapelle gebracht und nunmehr mit Befolge beerdigt.

Man sollte meinen, daß derartige Verwechslungen bei einigermaßen gewissenhafter Beerdigung der Geschäfte nicht vorkommen könnten. So groß ist die Zahl der auf dem Sebastiankirchhofe zu beerdigenden Leichen nicht, um da Ordnung zu schaffen. Der Vorfall hatte auf dem Kirchhofe großes Aufsehen und Aufregung hervorgerufen und Anlaß zu den abenteuerlichsten Gerüchten gegeben.

Eine Planschwärze im Friedrichshain wird gegenwärtig nach dem Vorbild derjenigen in Neu-Tempelhof und im Schillerpark angelegt. Sie liegt in der Nähe der Elbinger Straße, inmitten einer größeren Rasenfläche, hat eine Grundfläche von Kopfsteinen und ist mit Zement verkleidet. Das Wasser wird höchstens ein Drittelmeter hoch stehen. Für den kinderreichen Osten ist diese Neuerung als sehr willkommen zu begrüßen. Im nächsten Jahre wird hoffentlich auch der Humboldthain, wo genügend geeignete Rasenflächen vorhanden sind, in gleicher Weise bebaut.

Schredensstat eines abgewiesenen Liebhabers.

Aus Mache darüber, daß er verhaftet wurde, hat gestern nachmittag der 24jährige Malergehilfe Joseph Fabisch seine Braut, die 20jährige Arbeiterin Sophie Stoinka in ihrer Wohnung erschossen und sich dann selbst mit seinem Revolver eine tödliche Verletzung beigebracht. Wir erfahren darüber folgendes:

Die 20jährige Sophie Stoinka, die in einer Schokoladenfabrik angestellt ist, hatte vor einigen Monaten den 24jährigen Malergehilfen Joseph Fabisch, der bei seiner Mutter in der Sophienstraße wohnte, kennen gelernt. Das junge Mädchen empfand jedoch keine Neigung für den Maler und wies dessen Liebesanträge mehrmals zurück. Fabisch hat die von ihm Geliebte wiederholt um eine Zusammenkunft, doch weigerte sich das Mädchen, ihn zu sehen, da es von Bekannten vor F. der als jähzornig bekannt war, gewarnt wurde. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr erschien der Liebhaber in der Wohnung des Mädchens in dem Hause Roskistr. 14. Die alte Frau ließ den Maler eintreten und bat ihn zu warten, da ihre Tochter bald aus dem Geschäft zurückkommen müsse. Als die St. gegen 5 1/2 Uhr nach Hause zurückkehrte, hat der Maler das Mädchen um eine Unterredung. Die Mutter entfernte sich und wartete in der Küche. Zwischen den beiden Kindern fand eine erregte Auseinandersetzung statt, die damit endete, daß Fel. Stoinka den Maler aus der Wohnung wies. Wütlich zog der verlassene Liebhaber einen Revolver hervor und feuerte auf das Mädchen zwei Kugeln ab, von denen eine der Lieberrästen ins Herz drang, während die zweite sie in der rechten Brust verwundete. Die Getroffene sank lautlos zu Boden und verlor nach wenigen Augenblicken. Darauf richtete Fabisch die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß in den Mund. Als Frau St. die Stube betrat, waren beide bereits tot. Die Leichen wurden ins Schauhause geschafft. Die Mutter des unglücklichen jungen Mädchens versuchte sich in ihrem Schmerz aus dem Fenster zu stürzen, konnte aber von Nachbarn noch im letzten Augenblick zurückgehalten werden.

Gefährliches Spielzeug.

In einer Reihe von Geschäften werden als Zugabe bei Einkäufen mit Reklamaufdruck verschiedene Kumpfer-Tauben abgegeben. Dieses Spielzeug wird an einer Schnur, die an einer kleinen Stange befestigt ist, im Kreise durch die Luft geschwungen, wobei der kleine Metallpropeller durch sein lustiges Surren den kleinen Flugzeugführern viel Freude macht. Natürlich findet dies Spiel bei den Kindern großen Anklang, und so kann man denn allmählich die schönsten „Gleitflüge“ und gefährliche „Stürze“ bewundern.

Wie zwei Unfälle beweisen, ist aber auch dieser Zweig des Flugportes nicht ohne Gefahr für die Ausübenden. Am Sonntag nachmittag wurde ein 6jähriger Knabe in Reußlösn aus der Beyerstraße 56 durch die Unachtsamkeit eines Spielkameraden dadurch schwer verletzt, daß ihm der Metallpropeller ins Auge drang, so daß es sofort auslief. Wenig später wurde ebenfalls durch eine kleine Luftschraube ein 7jähriges Mädchen am Ohr nicht unerheblich verletzt.

Aus Furcht vor geistiger Umnachtung in den Tod.

Aus Furcht vor geistiger Umnachtung hat der Vorsteher der Egelutice vom Polizeipräsidium von Reußlösn, Polizeirat Dr. Welsch, in seiner Wohnung in der Friedaustr. 6 zu Friedenau Hand an sich gelegt und eins seiner Kinder in den Tod mitgenommen. Dr. Welsch war früher in Charlottenburg und dann in Stettin angestellt. Von dort kam er vor zehn Jahren nach Reußlösn, wo er zunächst das Bau- und dann das Personal- und Presse-Degernat verwaltete. Er war jetzt 44 Jahre alt und lebte in glücklicher Ehe, aus der zwei Töchterchen von jetzt sieben und fünf Jahren hervorgingen. Schon seit einiger Zeit äußerte Dr. Welsch wiederholt, daß er fürchte, in Geistesfrankheit zu verfallen. Gestern nachmittag überredete er seine nichtsahnende Gattin, den Tennisplatz aufzusuchen, während er mit den beiden Kindern zu Hause blieb. Nachdem er eine Weile mit ihnen gespielt hatte, gab er den Kindern Bonbons, in die er Zyanalkal gemischt hatte. Das siebenjährige Töchterchen nahm sie auch, das fünfjährige nicht. In seinem Sessel im Arbeitszimmer stehend vergiftete sich dann Dr. Welsch ebenfalls mit Zyanalkal. Das jüngste Töchterchen eilte nun nach dem Tennisplatz und holte die Mutter. Diese fand ihren Mann bei der Rückkehr tot im Sessel sitzend. Neben diesem lag ebenfalls tot das älteste Kind. In einem Briefe, den die Amtspolizei von Friedenau an sich nahm, hatte der Polizeirat sich über den Beweggrund zu seinem unseligen Schritte dahin geäußert, daß Furcht vor geistiger Umnachtung die Ursache sei.

Gefentert.

Bei dem gestern früh herrschenden starken Winde und böigem Wetter kenterte auf dem Schwielowsee bei Gänsehorn hinter Potsdam ein mit sechs Personen besetztes Segelboot „Ortrand“ beim Wenden. Während es vier Personen gelang, sich zu retten, sind ein Fräulein Gertrud Baum aus Leipzig — die hier zu Besuch weilte — und ein Herr Gustav Beer mann aus Berlin-Charlottenburg unter das Großsegel geraten und ertrunken. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

Ihren Verletzungen erliegen ist die von ihrem Liebhaber angeführte Frau Anna Schweigert. Die Obduktion der Leiche ergab, daß von den vier abgegebenen Schüssen drei eine tödliche Wirkung hatten.

Umleitung bei der Straßenbahn. Die Straßenbahn leitet wegen Gleisarbeiten in der Alexanderstraße in den Nächten vom 3. zum 4. und 8. zum 9. von 1 Uhr an die Linien 2,

11, 35, 36, 68, 168 über Rosenthaler Straße, Gäßchen Markt. An der Spandauer Brücke, Neue Friedrichstraße, Rosenstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Spandauer Straße und Königstraße, 60 und 61 über Neue Königstraße, Königstor, Friedenstraße und Breglauer Tor um.

Im Kinderhaus Blumenstr. 97 findet im Juni wieder unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege statt mit praktischen Übungen, wöchentlich einmal.

Meldungen, schriftlich oder mündlich, von 1-5 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 97.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Warnung. In der heißen Jahreszeit pflegen durch Zeitungsimitate und gedruckte Rundschreiben allerlei chemische Präparate, meist unter Phantasienamen und ohne Angabe der Zusammensetzung, als Zusätze zur Milch, um deren Gerinnung zu verzögern, empfohlen zu werden. Vor dem Ankauf und der Verwendung dieser Mittel wird gewarnt. Es ist keine chemische Substanz bekannt, die imstande wäre, die Milch frisch zu erhalten und vor dem Gerinnen zu bewahren, ohne ihr gleichzeitig gesundheitschädliche Eigenschaften zu verleihen. Das einzig empfehlenswerte Verfahren, um im Haushalt die Milch vor dem Säuerwerden möglichst lange zu schützen, ist: die Milch so frisch wie möglich zu kaufen, sofort nach dem Ankauf 5-10 Minuten — etwa bis zum Kochen — zu erhitzen und sie alsdann schnell abgekühlt an einem kühlen Orte in einem Gefäß mit überfließendem Deckel, und zwar am besten ohne Umgießen in dem Gefäß, das zum Aufkochen diente, aufzubewahren. Milch, die kleineren Kindern gegeben wird, sollte vor Verabfolgung an sie jedesmal erst von einem Erwachsenen gefolgt werden, um festzustellen, ob sie auch nicht sauer oder bitter schmeckt.

Der Milch, die mit chemischen Konservierungsmitteln versetzt ist, einführt, feilhält oder verkauft, hat Bestrafung auf Grund von § 37 der Polizeiverordnung vom 15. März 1902 und Verfolgung auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes zu gewärtigen.

Kleine Nachrichten. Erschossen hat sich gestern früh der 20jährige Schneider Max Schmolinsky. — Aus dem Wasser gelandet wurde gestern morgen die Leiche eines unbekanntes Mädchens, welche nach dem Schauhaus übergeführt wurde. Die Tote ist etwa 18 bis 25 Jahre alt, schlank und blond und trug schwarzweiß gestreiften Rock und blaugestreifte Schürze.

Vorortnachrichten.

Neufölln.

Von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde der 61 Jahre alte Steinmetzmeister Schütz aus der Poststr. 5. Als Schütz gestern gegen 2 1/2 Uhr die Hermannstraße entlang ging, überfuhr er vor dem Hause 60/70 einen Automagen der Hochbahnlinie Hermannstraße-Frenzlaner Allee und geriet unter die Räder. Dem Unglücklichen wurden beide Beine zermalmt. Er starb im Krankenhaus in Budoto gleich nach der Aufnahme.

Aus Anlaß der Eröffnung des Stadtbades findet am Donnerstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Barth, Hermannstr. 49, eine öffentliche Versammlung statt. Stadtvorordner Gen. Dr. Silberstein spricht über das Thema: Der Wert des Schwimmbades für die werktätige Bevölkerung.

Charlottenburg.

Für die Organisation der Ferienpiele findet eine Besprechung am Donnerstag, den 4. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinestr. 3, statt.

Steglitz.

Die Nachwahl zur Gemeindevertretung hat mit der Wiedereroberung der beiden von der Mehrheitspartei durch einen Gewaltstreich kassierten sozialdemokratischen Mandate geendet. Die knappe Mehrheit beweist, wie richtig die Gegner kalkuliert hatten, als sie hofften, uns bei einer Nachwahl zu schlagen. Zwischen den beiden Wahlen lag der April-Umzugstermin, der unserer Partei eine große Anzahl Wähler durch Verzug nach außerhalb entzogen hatte. Auch der Wohnungswechsel im Orte selbst war für uns sehr nachteilig, indem er die Agitation sehr erschwerte. Mit vieler Mühe mußten die neuen Adressen der Verzagten ermittelt werden, was übrigens nicht immer gelang. Hierdurch gingen uns gleichfalls ein Teil Stimmen verloren. Hinzu kam die Verkürzung der Wahlzeit um eine Stunde gerade in der für die Arbeiterklasse günstigsten Zeit, von 8 auf 7 Uhr abends. Die Engherzigkeit des bürgerlichen Wahlvorstandes kostete uns ebenfalls eine Anzahl Stimmen. Eine ganze Anzahl Wähler hatten nämlich die amtliche Wahlkarte nicht erhalten und mußten sich anderweit legitimieren. Dabei stellte sich heraus, daß die Wählerliste ungenau war, indem teils die Vornamen, teils die Straße oder die Hausnummern nicht stimmten. Freydem diese Fehler der Behörde zur Last fallen und obendrein die Identität zweifellos feststand, wurden diese Wähler abgewiesen. Auch die Polizei glaubte durch das Verbot eines Wahlplatzes etwas zur Bekämpfung der roten Gefahr beitragen zu müssen. Verächtlichigt man nun noch das miserable Wahlrecht nach „Mitzdorfer System“, das außer Steglitz kein Vorort aufzuweisen hat, und die Tatsache, daß das Beamtenamt in Steglitz dominiert, so ergibt sich ohne weiteres, daß die Aussichten für einen Sieg wenig günstig waren. Durch den Schwanz, einen liberalen und einen konservativen Kandidaten aufzustellen, hofften die Gegner das gesamte Bürgertum gegen den Antizug zu sammeln. Diese Sammlungs-politik wurde durch unsere Flugblätter vereitelt. Die herrschende Mehrheit ist bis weit in das Bürgertum hinein verhaßt. Der von uns geführte Nachweis, daß diese Mehrheit hinter den Kandidaten steckt, hielt manchen Bürgerlichen von der Wahl fern und veranlagte andere, für die Sozialdemokraten zu stimmen. Die Steglitzer Arbeiter aber standen treu zu den hinausgeworfenen Kandidaten, viele von ihnen erlegten sich durch früheren Arbeitsfluß noch peluniäre Opfer auf, um den reaktionären Antizug abzuwehren. So errangen wir trotz aller Hemmnisse den Sieg dank der eifrigen Mitarbeit einer großen Zahl von Parteigenossen und der anerkanntwertigen Unterstützung durch den „Demokratischen Verein“, dessen Mitglieder sich die Gelegenheit nicht nehmen ließen, durch tatkräftige Mitarbeit sich für die ihrem Kandidaten bei den Wahlen zuteil gewordene Unterstützung zu revanchieren.

Weißensee.

Sehr geringes Interesse für die letzte Gemeindevertretung haben die bürgerlichen Vertreter bewiesen. Um die Sitzung überhaupt stattfinden zu lassen, mußten erst einige Vertreter telephonisch herangeholt werden. Der kurzen öffentlichen Sitzung, welche nichts Bemerkenswertes enthielt, folgte eine geheime, welche sich mit Grundstücksankäufen und Angelegenheiten der verkrachten Bank beschäftigte.

Adlershof.

Von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet wurde gestern nachmittag gegen 4 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof der Reichensfelder Reinhold Lee. A. hatte einen Defekt an einer Weiche der Berggleise festgestellt und begab sich an Ort und Stelle, um den Schaden sofort auszubessern, da sonst eine Verkehrshinderung entstanden wäre. Mit seiner Arbeit beschäftigt, überfuhr er das Rad eines Güterzuges. Der Lokomotivführer erkannte erst im letzten Augenblick die Gefahr, vermochte jedoch seinen Zug nicht mehr rechtzeitig zum Halten zu bringen. Lee geriet unter die Maschine, deren Räder ihm beide Beine vom Kumpf trennten. In hoffnungs-

losem Zustande wurde A. in das Krankenhaus Weißensee gebracht, wo er im Laufe des Nachmittags seinen Verletzungen erlag.

Johannisthal.

Gemeindevertretung. In der Sitzung wurde zunächst die Wahl zweier Kreisdelegierten vorgenommen und die Schöffen Krommelt und Schulz hierzu gewählt. Der neu gewählte Schöffe Malermeister A. Müller wurde in sein Amt eingeführt. — Der vom Landrat und der Gemeindeverwaltung wiederholt gestellte Antrag, die Beamten, Lehrer und sonstigen Gemeindeangestellten von der Krankenversicherungspflicht zu befreien, wurde angenommen. Das hierzu erlassene Ortsstatut gewährt den Beteiligten von der Gemeinde im Erkrankungsfall den anderthalbfachen Betrag der analogen Krankenkassenleistungen. — Die Vorgärten in der Kaiser-Wilhelm-Straße zwischen Friedrich- und Poststraße sollen befestigt werden. — Nach dem Bericht des Schulrates mußten von den neu eingeschulten 78 Knaben und 42 Mädchen 13 vom Schulbesuch zeitweise befreit werden, darunter 7 wegen Strophulose. In 48 Fällen wurden die Eltern über Erkrankungen ihrer Kinder unterrichtet, und 23 Knaben und 28 Mädchen fanden unter besonderer ärztlicher Beobachtung. Durch die zahnärztlichen Untersuchungen mußten 807 Zähne gezogen und 88 plombiert werden. Ein besonderes Merkblatt soll der Bekämpfung der Zahnskäule dienen. Im nächsten Etat sollen Mittel bereitgestellt werden, um frische oder schwächliche Kinder zur Kur nach außerhalb zu schicken.

Rosowes.

Leberfahnen und getötet. Gestern nachmittag vier Uhr wurde in der Poststraße in Rosowes der elfjährige Sohn des Postkassiers Hoffmann von einer Automobilmaschine überfahren und sofort getötet.

Potsdam.

Autounfall. Von einem Auto überfahren und getötet wurde gestern früh gegen 8 Uhr der Zivilmusiker Engel auf der Chaussee nach Bornim. Engel hatte in Grube zur Tanzmusik gespielt und fuhr auf seinem Zweirad nach Potsdam. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Das Auto konnte noch nicht ermittelt werden.

Eberwalde.

Das Opfer einer unsinnigen Wette ist am gestrigen Tage der Drogist Walter Helm aus Eberwalde geworden. Er hatte mit einigen Freunden eine Ruderfahrt auf dem Werbellinsee gemacht. Im Laufe des Gesprächs erklärte der junge Mann, der etwas angeheitert war, daß er imstande sei, von der Mitte des Sees aus bis ans Ufer zu schwimmen. Da die anderen seine Worte bezweifelten, entkleidete sich F., sprang ins Wasser und fing zu schwimmen an, während seine Freunde ihm mit dem Ruderboot folgten. Etwa 200 Meter vom Ufer entfernt, versank der junge Mann plötzlich in den Fluten und kam nicht wieder zum Vorschein. Erst nach längerer Zeit konnte die Leiche geborgen werden. F. ist, wie die Untersuchung ergab, einem Herzschlag infolge Uebermüdung erlegen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Lichtenberg. Donnerstag, den 4. d. M., abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses, Köpenickerstraße.

Rosenthal. Donnerstag, den 4. Juni, nachmittags 6 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Schillerstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt. Herrscherforgen!

Fürst Wilhelm von Albanien kennt zurzeit sicher keine größere Sorge als die, wie er sich auf seinem wackeligen Thronchen behaupten soll. Seinen Kollegen im Deutschen Reich sind solche Sorgen recht fremd. Daß sie sich aber — wie die Kriegereinsatzredner behaupten — von früh bis spät mit dem Gedanken quälen, wie sie „ihre“ Volk glücklich machen können, ist gewiß nicht zureichend. Jedenfalls gibt ein Dokument, das uns ein günstiger Wind zuweht, davon Kunde, daß sie sich auch über andere — und für sie sicher nicht weniger wichtige! — Dinge Kopfschmerzen machen. Das interessante Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Vertraulich.

Seine Hochfürstliche Durchlaucht der Fürst haben gelegentlich der musikalischen Abendunterhaltung im fürstlichen Residenzschloß am 30. v. M. die Wahrnehmung gemacht, daß die meisten Damen im falschen Anzug erschienen waren, d. h. nicht ausgeschnittene Kleider trugen, wie es vorgeschrieben war, sondern halbhohe Knöchelkleider.

Seine Durchlaucht der Fürst haben das Hofmarschallamt beauftragt, dies zur Kenntnis der bei Hofe verkehrenden Damen zu bringen und haben sich dahin ausgesprochen, daß Damen, welche in Zukunft nicht in der auf der Einladung vermerkten Toilette erscheinen, durch die Herren Kammerherren pp. auf den falschen Anzug aufmerksam gemacht werden.

Seine Durchlaucht der Fürst verlangen nicht den sogenannten Berliner Ausschritt, wohl aber, daß z. B. die Ärmel ganz kurz gehalten und auf alle Fälle ohne Futter sind. Es muß unter allen Umständen ein schäblicher Unterschied zwischen halbhoher Toilette und ausgeschnittener Toilette bestehen. Bückeburg, den 6. Dezember 1913.

Fürstliches Hofmarschallamt.
Glücklicher Bückeburger! — kann Wilhelm von Albanien mit vollem Recht sagen.

Grubenkatastrophe in Südrussland.

Die ein Telegramm aus Bachmut (Schwarzes-See-Gebiet) meldet, brennt auf dem Andriabergwerk der südrussischen Dnjepr-Metallurgie-Gesellschaft ein Kohlensticht. Da auch der Schachtüberbau in Brand steht, ist die Herausbeförderung der unten befindlichen Kohlenbergleute zur Zeit unmöglich und ihr Leben ist gefährdet.

Ein anderes schweres Grubenunglück wird aus dem Ruhrgebiet gemeldet. Auf der Zeche „Arenberg“ wurden Dienstag vormittag durch Einsturz von Gesteinsmassen drei Vergarbeiter getötet und einer schwer verletzt. Drei weitere Arbeiter sind noch unter den Trümmern begraben, doch hofft man, sie noch lebend ans Tageslicht befördern zu können.

Freisprechung der Gräfin Tiepolo.

Das Schwurgericht von Oreglia hat am Dienstag nach wochenlanger Verhandlung die Gräfin Tiepolo, Gattin des italienischen Hauptmanns Oggione, von der Anklage des Mordes freigesprochen. Die Gräfin hatte am 8. November v. J. einen Versuch ihres Mannes, namens Vollmann, erschossen. Wie die Gräfin nach der Tat angab, habe sie in Notwehr gehandelt, um ihre Ehre, die der Verurtheilte bedrohte, zu retten. Die Anklage behauptete, daß Vollmann der Geliebte der Gräfin gewesen sei und daß sie ihn vorzüglich getötet habe, um ihn als Mitwisser ihres Begehrens zu beseitigen. Die Geschworenen stellten sich im Gegensatz zu dem Staatsanwalt, der die Gräfin für eine Mörderin erklärte, auf den Standpunkt, daß sie in Notwehr gehandelt hätte.

Die Katastrophe auf dem Lorengstrom.

Gegen die Führung der „Empire of Ireland“ erhebt der Kapitän Golding von dem norwegischen Kohlendampfer „Athen“ schwere Beschuldigungen. Wie Golding behauptet, sei kein Dampf etwa 30 Meilen oberhalb der Unglücksstelle der „Empire of Ireland“ begegnet. Der Lotse und der zweite Offizier waren auf der Kommandobrücke der „Athen“ und seien bereit, die folgende eisdliche Aussage zu machen: Die „Empire of Ireland“ fuhr den St. Lorengstrom abwärts, als sie ihr begegneten. Sie näherte sich dem Kohlendampfer in einer so ziellosen Fahrt, daß der Lotse und der Offizier ernstlich besorgt wurden. Ihr Kurs war so ziellos, daß man bald das grüne Licht, bald die rote Laterne sehen konnte. Ihr Kurs war zigzagkurs.

Die amtliche Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe wird in Nuebec stattfinden und soll am 9. Juni beginnen. Die Regierung hat im Unterhause eine Bill zur Einsetzung einer Spezialkommission zur Untersuchung des Unglücks der „Empire of Ireland“ eingebracht.

Gottes Segen beim Mausegewehr.

Vor einigen Tagen ist der Kommerzienrat Paul Mause gestorben. Die bürgerliche Presse war in ihren Nekrologien voller Lobeshuldigungen für den Mann, der sich um die Norddeutsche so hohe Verdienste erworben hat. Etwas anders klingt das, was unser Stützgarter Parteiblatt an der Bohre des berühmten Mannes zu sagen hat. Wir lesen da:

Mause war der eigentliche Herrscher von Oberndorf (in Württemberg). Mit den Mausegewehren ist sein Name in die ganze Welt getragen worden. Die Nationalliberalen rühmen den Toten, noch mehr aber das Zentrum, dem er nach seiner Mehr von der Nationalliberalen Partei noch eine Reihe von Jahren angehörte. Gegenüber dem übermäßigem Lob, das insbesondere die Zentrumspresse dem Verstorbenen spendet, sind einige einschränkende Bemerkungen am Platz. Die Vorbeeren des Zentrums hat Mause zu Lebzeiten reichlich bezahlt. Sehr bedeutende Summen und seinen ganzen großen Einfluß als Unternehmer in einer sonst industriearmen Gegend hat Mause dem Zentrum zur Verfügung gestellt. Daneben hatte er gegen die katholische Kirche eine sehr offene Hand: er stiftete Althaus, Kirchen etc. Die Auftritte der Zentrumspresse haben also eine sehr materielle Unterlage. Ist es nicht Blasphemie, der Segen Gottes habe schließlich auf seiner Arbeit geruht? Der Gott des Friedens, der den Menschenmord als schrecklichstes Verbrechen unter schwarze Strafe stellt — so lehrt wenigstens die Kirche —, der das Töten verbietet, spendet seinen Segen der Fabrik von Nordwesten, die Millionen Gewehre in alle Welt jandte, und der also begnadete Unternehmer sucht durch besondere Frömmigkeit Hand in Hand mit einer möglichst gesteigerten Ausbeutung den Segen zu verdienen.

Mit dem Segen muß es eine ganz besondere Bewandnis gehabt haben. Wir erinnern an das Vorgehen eines Sohnes von seinem früher verstorbenen Bruder Wilhelm Mause. Der Rest machte seinem Onkel die schwerwiegendsten Vorwürfe; dieser habe sich angeeignet, was den anderen gehörte; selbst das Erfinderrecht gehöre eigentlich dem verstorbenen Bruder usw. Die bürgerliche Presse suchte damals diese Sache raschmöglichst zugudecken. Die großartige soziale Fürsorge für die Arbeiter haben wir in einem ganz anderen Lichte kennen gelernt. Dem Unternehmer kam es zugut, daß ihm halbberaubte Arbeitskräfte stets in großer Menge zur Verfügung standen, die froh waren, überhaupt Arbeit zu haben und deshalb keinen Kampf wagten. Die Tausende, die vorübergehend beschäftigt waren, hatten schwer genug darunter zu leiden. So bekommt das Bild eine andere Farbe. Mause war ein Unternehmer wie die anderen. Er lebte in einer der kapitalistischen Entwidlung und namentlich der Waffenfabrikation günstigen Zeit, ihn in den Himmel zu heben, besteht kein Anlaß.

Echt amerikanisch.

Ein sonst ganz normales Blatt, der Londoner „Daily Telegraph“, meldet aus New York, daß ein bedeutender Arzt im Massachusets es fertiggebracht hat, das Gewicht der menschlichen Seele festzustellen. Nach seinen Experimenten, die er an einem sterbenden Mann vornahm, wiegt die menschliche Seele 21 Gramm.

Wer's nun noch nicht glaubt, muß selbst nachwiegen.

Kleine Notizen.

Schweres Automobilunglück. Auf einer verbotenen Sprigtour, die der Chauffeur Detmann aus Dessau zu Besuch weilenden Bergwerksdirektors Hiddemann aus Solstedt unternahm, wurden infolge Umliebens des Automobils eine Verkäuferin sowie ein zweiter Chauffeur getötet. Detmann erschöpfte sich an der Unfallstelle.

Ein Liebesdrama. In Hersfeld tödete der auf Besuch weilende Schlichtergeselle Mohr aus Frankfurt a. M. in der Wohnung des Maurers Weder dessen zwanzigjährige Tochter durch einen Schuß in das Herz. Der gleiche Schuß durchbohrte auch einem kleinen Kinde, das die Erschossene auf dem Arme trug, den Oberarm. Nach der Tat brachte sich der Mörder mehrere tödliche Schüsse bei.

Das Messer. Nach Beendigung des Frühlingsmarktes in Friedberg bei Didenburg kam es zu einer Messerketzerei, bei der zwei Arbeiter tödlich verletzt wurden. Die Gemüther hat fünf der als Täter in Frage kommenden Personen verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

Der soziologische Sinn der Lehre von Karl Marx. Von Dr. M. Adler. 2. Aufl. 80 Pf. C. V. Neudruck, Leipzig.

Studentenschaft und Jugendbewegung. Aufsätze von G. Reichensbach, Dr. F. Schmalz, J. Strindum, A. Kautler. Herausgegeben vom Vorstand der Deutschen freien Studentenschaft. M. Steinbach, München. 130 M.

Schuldnernot. Von Dr. E. Karikmenner u. J. Holzner. Broch. 1 M.

Die Vorgänge des Hochadmirals für Gelunde und Kranke von Dr. Ambr. Krola. Broch. 50 Pf. — Aus der Wiesbaden ins eigene Heim von E. Kalkschmidt. Gev. 2 M. C. Wigt, Wiesbaden.

Witterungsüberblick vom 2. Juni 1914.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. u. 5 u. 10 u. 15 u. 20 u. 25 u. 30 u. 35 u. 40 u. 45 u. 50 u. 55 u. 60 u. 65 u. 70 u. 75 u. 80 u. 85 u. 90 u. 95 u. 100 u. 105 u. 110 u. 115 u. 120 u. 125 u. 130 u. 135 u. 140 u. 145 u. 150 u. 155 u. 160 u. 165 u. 170 u. 175 u. 180 u. 185 u. 190 u. 195 u. 200	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. u. 5 u. 10 u. 15 u. 20 u. 25 u. 30 u. 35 u. 40 u. 45 u. 50 u. 55 u. 60 u. 65 u. 70 u. 75 u. 80 u. 85 u. 90 u. 95 u. 100 u. 105 u. 110 u. 115 u. 120 u. 125 u. 130 u. 135 u. 140 u. 145 u. 150 u. 155 u. 160 u. 165 u. 170 u. 175 u. 180 u. 185 u. 190 u. 195 u. 200
Stuttgart	758.5	SW	10	bedeckt	17	Stuttgart	758.5	SW	10	bedeckt	17
Dresden	761.5	SW	10	bedeckt	14	Dresden	761.5	SW	10	bedeckt	14
Berlin	760.5	SW	10	bedeckt	12	Berlin	760.5	SW	10	bedeckt	12
Frankfurt	763.5	SW	10	bedeckt	10	Frankfurt	763.5	SW	10	bedeckt	10
München	761.5	SW	10	bedeckt	12	München	761.5	SW	10	bedeckt	12
Wien	758.5	SW	10	bedeckt	11	Wien	758.5	SW	10	bedeckt	11

Witterungsprognose für Mittwoch, den 3. Juni 1914. Kühl und veränderlich, nachhergehend mäßig mit leichten Regenschauern und ziemlich häufigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmittag: lokal ziemlich kühl, teilweise aufklarend, doch sehr veränderlich, mit öfter wiederholten, im Westen meist geringen, im Osten zeitweise starken Regenschauern.

Soziales.

11. ordentlicher Genossenschaftstag.

Der 11. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine findet vom 14.—16. Juni 1914 in der Zentralthalle in Bremen statt.

Seit Bestehen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist die Zahl der ihm angeschlossenen Organisationen von 685 auf 1297 gestiegen, die Zahl der diesen Vereinen angeschlossenen Mitglieder ist gewachsen von 575 449 auf 1 633 644.

Zur Landflucht.

Von einem nach zwanzig Jahren aus Amerika nach Deutschland zurückgekehrten Mann wird uns geschrieben:

Nach einem rund zwanzigjährigen Aufenthalt in Übersee-Ländern zurückgekehrt, durchstreifte ich letzthin Deutschlands Dörfer nach allen Himmelsrichtungen und hatte dabei in Städten wie auf dem Lande sehr ausreichende Gelegenheiten, vergleichende Beobachtungen anzustellen.

Die Anrechte und Mängel, sowie die Tagelöhner auf den Gütern leben durchweg heute noch in Wohnungen, welche einen aufstrebenden Arbeiter sicher nicht zu befriedigen vermögen.

Die unabhängigen Tagelöhner, welche ihre eigenen kleinen Besitzungen im Dorfe haben, sehen sich wiederum durchweg gezwungen, bei den Gutsherrn oder Großbauern Arbeit zu nehmen.

Auch die Anrechte und Mängel gehen aus ähnlichen Gründen sehr oft dem Lande verloren. Wer je unser Landleben aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, weiß, daß die Lohndarbeit durchweg ebenso schwer wie verhältnismäßig schlecht bezahlt ist.

Es ist doch selbstverständlich, daß solche Zustände nicht von Bestand sein können, denn jeder, und sei es der geringste Adersnedt, sieht mit eigenen Augen, daß die Welt fortschreitet, und trotzdem wird von ihm selbst Stillstand verlangt.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Auch die Hauslichkeiten auf dem Lande entbehren durchweg noch heute den allergeringsten Komfort, woblgerneht nicht Luxus. Vergleichlich man z. B. die Wohnungseinrichtungen der Arbeiter und Bauern auf dem Lande in Deutschland mit denen in Kanada, den Vereinigten Staaten und anderen überseeischen fortgeschrittener Kultur, so muß man staunen, wie wenig das Leben auf dem Lande in Deutschland fortgeschritten ist.

Die Behauptung vieler, daß unsere allgemeine Militärpflicht die Landflucht fördert, trifft zweifellos zu, nur ist dieselbe nicht die Ursache, sondern nur die Wirkung.

Die Behauptung vieler, daß unsere allgemeine Militärpflicht die Landflucht fördert, trifft zweifellos zu, nur ist dieselbe nicht die Ursache, sondern nur die Wirkung. Der zum Militärdienst eingezogene junge Mann hat dadurch Gelegenheit, kennen zu lernen, daß es noch ein anderes komfortableres Leben gibt, als jenes, welches er in seiner Heimat gezwungen ist zu führen.

Der Drang nach persönlicher Freiheit, welcher nun einmal die stärkste Triebfeder unseres Fortschritts ist, kann und muß daher zweifellos als die Hauptursache der Landflucht betrachtet werden, welche noch dadurch unterstügt wird, daß jedes Individuum danach strebt, von den Ertragsersparnissen des modernen Fortschritts seinen Anteil zu erhalten.

Man sieht, wie auch ein Nichtsozialdemokrat bei vorurteilsloser Anschauung der Verhältnisse im wesentlichen zu denselben Gründen für die Landflucht gelangt, die wir wiederholt dargelegt haben. Zu erwähnen wären außer den vom Einfender hervorgehobenen Momenten der Mangel eines hinreichend geschützten Koalitionsrechts und die Verkümmern der persönlichen Freiheit durch das Gesetz vom April 1854 und durch eine Ungabli „Gesindeordnungen“.

Die Landflucht wird daher auch so lange anhalten und ständig zunehmen, bis diese Grundursachen fortgeräumt worden sind.

Die Landflucht wird daher auch so lange anhalten und ständig zunehmen, bis diese Grundursachen fortgeräumt worden sind.

Gerichtszeitung.

Kindermißhandlung.

Brutale Mißhandlungen eines Kindes durch den eigenen Vater lagen einer Anklage zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Lepenau das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte.

Der Angeklagte, welcher in zweiter Ehe verheiratet ist, ist Vater eines aus der ersten Ehe stammenden, jetzt 7-jährigen Knaben. Die Hausbewohner wiederholt wahrnahmen, drang aus der Wohnung des Angeklagten häufig das jämmerliche Geschrei des kleinen Karl hervor, welches erst verstummte, als ein Geräusch wahrnehmbar wurde, als wenn jemand mit dem Kopf gegen die Wand oder gegen einen festen Gegenstand gestoßen wird.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Handlung ferner ergab, war das bebauerte Ackerland von seinem rohen Vater wiederholt mit einem Ackerriegel und mit der geballten Faust auf den Kopf geschlagen worden, außerdem durfte es den ganzen Tag nicht in die Wohnung, sondern mußte sich auf der Straße herumtreiben.

Offener Brief

an alle diejenigen, welche im Deutschen Reiche

Nestor Gianacis - Cigaretten

rauchen oder vertreiben!

Seit einige Zeit wird speziell in Berlin mit fast allen bekannten Cigarettenmarken geschleudert, wodurch die reelle Händlerschaft schwer geschädigt wird.

Nestor Gianacis G. m. b. H., Cigarettenfabrik, Frankfurt a. M. und Nestor Gianacis Limited, Cigarettenfabrik, Cairo (Egypten)

an alle Cigarrenhändler und Gewerbetreibende der Tabakbranche ab 25. Mai d. J. nur noch gegen Revers abzugeben, welcher diese zur Einhaltung bestimmter Detailpreise bei den Verkäufen an Konsumenten verpflichtet.

Table with 4 columns: Cigarette brand, Price per 20 St., per 50 St., per 100 St. Brands include Queen, Privat, Nestor No. 5, Fine No. 15, Nestor No. 4, Excelsior B, Nestor No. 3, Ira.

Jedem Einsichtigen dürfte verständlich sein, daß eine Qualitätsware auch einen bestimmten Preis bedingt und dem realen Händler einen angemessenen Nutzen gewähren muß.

Ich unterlasse aber auch nicht, durch diese öffentliche Bekanntmachung und Bekanntgabe der äußersten Detailpreise an die gesamte Berliner Händlerschaft die eindringliche

Warnung

zu richten, Schleuderverkäufe in Nestor Gianacis-Cigaretten zu unterlassen, da diese geeignet sind, das Fabrikat zu diskreditieren.

FRANKFURT A. M., den 26. Mai 1914.

Georg Krebs

Generalvertrieb der Cigarettenfabriken von Nestor Gianacis G. m. b. H., Frankfurt a. M. und Nestor Gianacis Limited, Cairo (Egypten).

Trustfrei!

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 3. Juni 1914.

Anfang 4 Uhr.
Urania. Mit dem „Imperator“ nach New York.

Anfang 4 1/2 Uhr.
Voigt-Theater. Das Wiltternachtsmädchen.

Anfang 5 Uhr.
Vollage-Theater. Sino-Varieté.
Potsdamer Naturtheater. III. Potsdam.

Anfang 7 Uhr.
Rgl. Oberhand. Barfisch.
Eines Nollendorfer-Theater. Lichtspiele.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Schauspielhaus. Die Kabinenheerin.
Berliner Prater-Theater. Grigri.

Anfang 7 3/4 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Zum Hochfirt der Jungfrau.

Deutsches. Viel Lärm um nichts.
Kammerstücke. Französ.
Heffing. Das Märchen vom Wolf.
Theater an der Weidendammer Brücke. Der müde Theodor.

Deutsches Opernhaus. Der Sigunerbaron.

Schiller O. Die beiden Leonoren.
Schiller Charlottenburg. Krieg im Frieden.

Deutsches Künstler-Theater. Der Raub der Sabinerinnen.
Berliner. Wie einst im Mai.

Kleines. Kränze auf Noxos.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die Scheidungs-Ehe.

Montis Cyreniten. Als ich noch im Rißgellebe.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Ferruccio. Ein Meisfal. Genf im Übermorgen. Madras-Barthe.

Wollu. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Palast-Theater. Das Rätsel.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater am Nollendorferplatz. Der Juxbaron.
Komödienhaus. Kammermusik.
Zirkus Busch. Das Rätsel.
Walballa. Zwischen Himmel und Erde. Ein Paar Dornenbüschchen.
Luftk. Der müde gelbe Robt.
Folies Caprice. Die Leibwächterin.
Die Kinoschrauner. Das Bett Napoleons. Ah — da stau' ich.

Anfang 8 3/4 Uhr.
Neues Volks-Theater. Maria Friedhamer.
Reißens. Die verfluchte Liebe.
Zentralpalast. Im Langgastub.
Stierwarte. Inballenstr. 57—62

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).
Freitag, abends 8 Uhr:
Klein-Eva.

Schiller-Theater
Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Compagnon.
Freitag, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Mr. Wu.

Komödienhaus.
8 1/2 Uhr:
„Kammermusik“.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater am Nollendorferplatz 5.
8 1/2 Uhr:
Der Juxbaron.

Theater a. d. Weidendammerbrücke.
Täglich abends 8 Uhr
Zum 86. Male: mit sensationell. Nachfolge: **Der müde Theodor.**
Berühmte Musik. d. engl. Tanzkünstlerin Rig Mac Keen i. ihren Originalität.

Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.
8 Uhr. **Heute Premiere: Die Scheidungs-Ehe.**

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberg. Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorfer 1383.
Mittwoch 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Donnerstag 8 Uhr:
Schneider Wibbel.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng.
Herr Direktor Kuhlicke
Burlaffe von Weßel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen **Azteken!**
Der unfesselbare Rappo, der König der Ausbrecher.
Aga, die schwabende Jungfrau.
Buddhas Geisterfahne.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108/114
Hente Mittwoch, den 3. Juni 1914
1. Großes Kinderfest!
Hauptgewinn für Knaben und Mädchen je 1 silberne Uhr.
Neu! **Kinderspielplatz!** Neu!
Fackelzug, Bonbonregen, Puppentheater und große Gratisverlosung von wertvollen Gegenständen.
Anfang: Konzert 4 Uhr, Varieté 6 Uhr.
Im neuen Saale: Großer Ball.
Voranzeige! Morgen Donnerstag, den 4. Juni, Elite-Tag.
1. Großes Brillant-Feuerwerk.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr:
Mit dem „Imperator“ nach New York. (Kleine Preise.)
8 Uhr:
Zum Hochfirt der Jungfrau.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Das Rätsel — Wrib.
Anfang 8 Uhr.
— Auf der Gartenbühne —
Rausert, Theater-Vorstellung.
erzähl. Spezialitäten. Anf. 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr 55 prägte:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Admiralspalast.
Eis-Arena.
Die Novität „Im Tangoklub“
und das effektvolle Eisballett
„Die lustige Puppe“.
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Leibwächterin.
Die Amordragoner.
Das Bett Napoleons.
Ah — da stau' ich.
Voigt-Theater
Sobkrahne 58.
Deutl. heute täglich:
Das Mitternachtsmädchen.
Gr. Ausstattungshaus m. Gel. u. Tanz
in 3 Akten u. Auftreten von Spezialitäten allerersten Ranges.
Staffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar. I. M. v. d. Str. 50 Pf. v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
Neu! **AQUARIUM**
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Zirkus Busch.
Gastspiel des Deutschen Theaters
Direktion: Max Reinhardt
68/19
Das Mirakel
Anfang 8 1/2 Uhr.
Vorverkauf an der Kassa des Deutschen Theaters, Zirkus Busch und A. Werthim.
Preise der Plätze von 1—10 M.

WINTERGARTEN
Neues Programm:
Radjah
in ihren Tänzen
Johnson u. Dean Jannette-Denarber
Ragtime- mit ihrem Ballon
Sextett sowie
10 hervorragende Kunstkräfte
Entreplatz wochentags
M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 20. Ziehungstag 2. Juni 1914 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 R. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr K. St. K. f. S.) (Nachdruck verboten)

70 77 108 (3000) 374 526 (500) 59 (1000) 873 3216 564	854 623 113249 992 40 96 569 743 932 114033 41 50 185 306
412 714 (2000) 608 93 918 50 (500) 119 519 48 326 58 97 276	991 533 765 960 56 119041 323 354 73 544 988 117 156 279
407 700 894 (1000) 918 118 700 118 87 459 582 269 (3000)	68 (500) 688 98 (1000) 950 119 330 229 310 418 541 540 55 703
521 928 30	120060 136 301 670 730 928 120104 (1000) 255 58 351
(500) 413 429 734 38 49 928 122044 (500) 87 459 694 811	(1000) 123 106 230 356 96 411 77 92 (1000) 527 477 822
124093 336 64 81 360 607 36 726 870 125079 125 32 85 220	325 33 421 76 627 93 126084 110 39 61 305 97 373 87 514
127 079 (1000) 79 (1000) 140 391 742 829 94 128 110 87 964	59 82 440 630 85 713 62 129 126 71 337 67 64 43 (1000)
130 077 187 216 325 456 147 606 47 705 89 545 131 087	145 254 93 322 529 53 73 95 132098 95 789 853 963 (500)
133 077 611 944 54 134 440 (1000) 91 842 135 858 337 (1000)	859 138094 299 555 644 762 528 137 033 237 419 89 508 137
27 718 43 485 138091 379 413 (500) 810 37 500 21 90 (1000)	943 138 132 221 (1000) 30 320 424 30 811 (3000) 670 735 (1000)
831 75 959	140 148 85 256 318 74 413 49 820 822 (1000) 958 141 099
338 39 597 675 774 818 (1000) 142 078 286 335 85 71 (1000)	413 602 537 (1000) 714 822 927 134 155 63 54 603 810 (500) 91
966 90 144 154 304 441 532 514 70 713 145 098 74	(1000) 221 (500) 88 305 24 34 487 821 43 781 935 148 143
(500) 68 243 340 411 625 906 147 034 433 656 547 77 840 962	148 323 83 328 485 609 (500) 019 62 937 72 148 025 (500) 139
924 412 30 833 917	150 007 74 106 236 442 705 812 991 (3000) 98 (1000)
150 111 31 114 (1000) 37 240 30 300 640 53 72 657 51 58 719	32 914 80 83 152 176 147 300 899 (1000) 35 067 73 (500)
271 435 822 30 659 16 006 55 248 430 651 755 941 78 98 (500)	15 511 208 (2000) 89 (500) 301 7 640 725 5 95 694 54 15 004
152 311 47 85 629 647. 15 744 206 341 425 34 637 899 638	158 024 300 (1000) 473 500 51 61 957 158 179 80 225 63 321
91 614 58 (3000) 867	160 005 19 182 (1000) 205 (500) 893 782 902 16 005 140
205 (1000) 433 60 70 (500) 584 (1000) 700 865 18 2018 23 (1000)	95 120 57 216 344 625 700 40 78 95 970 163 070 62 196 211
70 40 491 623 789 80 849 164 006 286 73 307 23 (500) 957 860	165 010 123 233 76 95 502 32 (500) 81 789 803 (1000) 166 297
810 941 167 141 82 205 956 967 80 82 717 892 85 896 165 114	273 (3000) 91 478 538 753 586 169 340 458 83 879 783 827
170 136 45 331 (1000) 641 710 11 (1000) 954 171 096 267	97 973 411 637 646 (500) 703 821 49 938 87 17 265 83 182
237 90 311 699 642 173 212 13 48 75 329 (500) 843 47 75	174 059 138 423 71 787 897 98 178 086 82 (3000) 107 643
(500) 908 178 058 421 546 818 778 873 915 17 206 (1000)	182 96 93 340 (500) 61 467 814 938 27 178 052 544 570 809
121 31 959 623 178 006 79 161 356 315 (1000) 543 628 786 83	95 854 93
180 028 89 88 476 937 181 063 187 256 (500) 464 703 (1000)	821 500 182 021 245 (1000) 613 714 164 964 79 183 274
643 646 51 62 53 78 98 184 065 (500) 687 800 (500) 900 26	185 456 586 (500) 774 188 002 64 141 275 710 500 95 866
903 88 18 078 870 17 223 577 623 91 26 95 188 092 (600)	65 (500) 80 116 71 94 303 10 98 356 79 409 602 718 98 831
189 063 63 (1000) 200 313 25 93 432 (1000) 67 623 79 817 89 74 9	190 005 290 (1000) 315 30 43 (1000) 64 581 (1000) 653 191 283
334 19 789 854 76 (3000) 192 213 309 556 81 97 685 759 (500)	79 916 69 193 080 131 267 304 (3000) 441 (500) 641 770 729
194 021 162 148 96 229 411 16203 44 575 126 51 (500) 64 47	805 82 168 150 (500) 255 65 351 411 20 34 431 43 87 710 44 67
198 028 362 (500) 436 78 981 703 23 653 187 348 (3000) 417	199 024 70 194 256 19 150 921 427 (500) 34 965
200 046 373 613 731 946 201 157 205 95 (1000) 827 23 63	65 85 897 (1000) 609 741 74 923 43 79 202 056 390 89 (300)
619 31 600 33 122 283 033 68 114 15 456 201 4 24 40 204 241	345 (500) 442 807 80 703 529 205 167 262 481 684 96 768
85 808 78 801 (500) 208 094 143 74 38 262 371 416 521 42	635 79 748 806 207 187 269 808 478 873 825 516 208 294
448 99 819 (1000) 641 95 717 89 814 29 209 014 216 (3000) 30	369 469 819 74 847 74 (500)
210 077 (3000) 179 248 383 488 546 75 691 (500) 947	211 059 139 308 78 633 676 80 (1000) 212 138 318
568 213 050 85 149 223 411 16203 44 575 126 51 (500) 64 47	214 034 120 96 509 62 629 629 227 215 018 23 119 45 71 237
303 168 73 (1000) 709 689 920 23 29 216 041 348 (3000) 91	434 58 591 643 217 005 185 94 549 70 53 735 83 218 335 64
92 337 878 744 43 219 100 74 337 38 810 24 650 752 54	976 (1000) 189 866 95 055 221 046 60 588 434 578 625 54
976 (1000) 22 205 22 325 32 35 45 80 90 466 76 886 56 816	98 893 (1000) 223 083 203 (600) 53 63 306 907 924 22 4041 43
236 (500) 500 821 623 22 513 34 310 74 425 611 (3000) 893	856 226 718 25 74 12 19 24 30 24 76 22 278 282 461 97 813 21
859 22 210 5 22 236 346 430 616 800 27 875 65 98 784 987	(500) 229 002 19 79 155 90 802 665 90 713 (500) 43 805 64
915 91 (500)	230 021 63 (500) 105 305 (1000) 448 90 897 881 856 945 75
231 079 171 379 437 80 603 (1000) 74 489 729 87 68 632 913	232 129 20 233 (1000) 70 809 443 (1000) 92 303 233 090 164
245 49 307 407 584 682 93 (1000) 301	

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 20. Ziehungstag 2. Juni 1914 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 R. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr K. St. K. f. S.) (Nachdruck verboten)

110 005 27 68 369 426 41 119 000 426 851 83 68 22 94 748	841 71 938 112 008 224 313 529 300 504 96 112 141 202 416
65 625 63 (500) 563 114 655 306 402 622 960 (1000) 115 417	593 615 93 116 008 221 (500) 64 (500) 304 94 485 55 584 709
68 117 173 (1000) 234 75 (500) 321 638 718 815 920 118 012	26 48 (1000) 209 9 530 55 592 723 81 62 (1000) 61 118 044
201 405 507 32 700 916 51 71	120 117 66 71 79 314 58 402 835 97 (500) 123 000 (5000)
120 117 66 71 79 314 58 402 835 97 (500) 123 000 (5000)	10 731 817 38 (500) 122 002 (500) 40 174 205 48 85 423 602
673 84 877 91 920 52 122 041 99 174 91 200 333 433 75 557	785 850 124 344 68 594 610 68 76 859 125 006 109 88
92 306 654 617 54 713 891 924 143 004 (5000) 92 148 430 96	(500) 618 771 97 111 127 081 116 17 55 88 346 48 429 370 55
851 128 002 111 256 79 97 323 422 46 (1000) 548 919 129 877	479 593
130 015 23 299 316 68 95 436 (1000) 22 65 520 617 32 87	943 13 000 157 73 218 (3000) 70 423 303 714 132 118 48 69
225 408 554 934 507 98 92 133 028 414 75 777 977 134 017	138 266 381 474 629 818 91 93 135 024 35 89 277 344 500
61 448 (3000) 526 81 777 928 97 13 6000 (500) 609 418 609 (3000)	733 907 94 13 714 15 327 46 (500) 437 602 603 707 87 855
978 138 050 69 319 54 325 453 509 621 41 91 956 139 119	584 134 90
140 017 89 236 485 623 72 833 773 835 60 625 141 061	204 332 (3000) 449 67 524 67 847 967 142 002 56 118 296 313
(3000) 21 624 665 63 889 912 143 004 131 (500) 82 160 927 93	328 481 609 12 702 56 144 038 131 204 347 466 95 671 906
(500) 40 94 146 059 307 34 54 466 60 649 326 979 93	148 014 389 (500) 609 29 14 710 278 308 31 394 705 853
148 014 389 (500) 609 29 14 710 278 308 31 394 705 853	148 014 389 (500) 609 29 14 710 278 308 31 394 705 853
147 225 000 508 64 97 716 (500) 97	150 015 23 299 316 68 95 436 (1000) 22 65 520 617 32 87
943 13 000 157 73 218 (3000) 70 423 303 714 132 118 48 69	225 408 554 934 507 98 92 133 028 414 75 777 977 134 017
61 448 (3000) 526 81 777 928 97 13 6000 (500) 609 418 609 (3000)	733 907 94 13 714 15 327 46 (500) 437 602 603 707 87 855
978 138 050 69 319 54 325 453 509 621 41 91 956 139 119	584 134 90
140 017 89 236 485 623 72 833 773 835 60 625 141 061	204 332 (3000) 449 67 524 67 847 967 142 002 56 118 296 313
(3000) 21 624 665 63 889 912 143 004 131 (500) 82 160 927 93	328 481 609 12 702 56 144 038 131 204 347 466 95 671 906
(500) 40 94 146 059 307 34 54 466 60 649 326 979 93	148 014 389 (500) 609 29 14 710 278 308 31 394 705 853
148 014 389 (500) 609 29 14 710 278 308 31 394 705 853	14

ehrentafeln, Handels-Kurse, Margarine und Honig, Möbelmagazine, Möbel-Pich, Musik-Instrumente, etc.

Musik-Lehranstalten, Nahrungsmittel, Nähmaschinen, Singer Nähmaschinen, etc.

Rechtsbüros, Deliktus, Hagenbeck Cafe und Restaurant, zum Original-Bäckepeter, etc.

Unterrichtsinstitute, Deutschland Berlin, Weine, Liköre, Fruchtsäfte, etc.

Briz, Adlershof, Bohnsdorf, Friedersdorf, Königs-Wulterhausen, etc.

Butterhandlung Monopol, Kaufhaus Emil Bergmann, etc.

Nieder-Schönhausen, Tegel, Spandau, etc.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 3 fettgedruckte Worte).

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Anzeigenstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe. Klappwagen, Kinderwagen, Teppiche, etc.

Wäbeteilfabrikation, 10 Karat Anlagung, etc.

Sparen Sie bei den schlechten Zeiten. Sie erhalten von mir gegen ganz kleine An- und Abzahlung nach Ihren Wünsche ganze Wohn- und Einrichtungsgegenstände.

Musikinstrumente. Pianinos, mehrere neue, 200,00, 420,00, 450,00, 3. Mannes u. Co., Potsdamerstrasse 21.

Fahrräder. Fahrräder 15,- bis zu feinsten Garantierädern. Verhörs Haus, Rosenfelder Str. 20, Lindenstrasse 203/4, Ecke Rosenfelderstrasse.

Unterricht. Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Verein, wird englischer Unterricht erteilt.

Vermietungen. Restauration, Laden mit Wohnung zu vermieten. Neue Infanteriestr. 28.